

## **Ostdeutschland**

### **20 Jahre nach dem Mauerfall**

#### **– eine Wohlstandsbilanz**

### **Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**

**von**

**Klaus Schroeder**

## **Einleitung**

Dieses Gutachten<sup>1</sup> soll eine unvoreingenommene Beurteilung des Aufbaus in den Neuen Bundesländern in den letzten zwanzig Jahren erlauben.

Die materielle Situation jedenfalls hat sich 20 Jahre nach dem Mauerfall für die meisten ehemaligen DDR-Bürger stark verbessert. Dies belegen wir durch Daten und Fakten. Das ist wichtig, auch deshalb, weil viele die Ausgangslage zum Ende der DDR heute offenbar in einem verklärten Licht sehen.

Das Gutachten macht sichtbar, dass die Neuen Länder einen einmaligen Angleichungsprozess vollzogen haben. Es lässt auch noch einmal die Zustände im real existierenden Sozialismus Revue passieren und macht Belege dafür öffentlich, wie die Staatsführung seinerzeit Wirtschaftsdaten gefälscht hat, was dazu beiträgt, dass manche den tatsächlichen desolaten Zustand der DDR bis heute nicht zur Kenntnis nehmen und sicher auch deshalb die in den vergangenen zwei Jahrzehnten erbrachte Aufbauleistung nicht zu würdigen wissen.

Professor Dr. Klaus Schroeder,

Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, 21. August 2009

## **Inhalt**

- 3 Fazit und Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Studie / Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Schnelle Angleichung und fortbestehende Unterschiede
- 9 Die Schlussbilanz der DDR
- 29 Nach der Wiedervereinigung: Wohlstandsexplosion in Ost-deutschland und Wohlstandsstagnation in Westdeutschland
- 49 Der wirtschaftliche Aufholprozess – und seine Probleme
- 66 Die Angleichung der Lebensverhältnisse und der gespaltene Blick auf Staat und Gesellschaft
- 84 Die Sanierung des ehemaligen Territoriums der DDR
- 87 Die Kosten der Einheit

---

<sup>1</sup> Anm. d. Verf.: Zusammenfassende Überarbeitung einer Studie, die im kommenden Jahr als Buch erscheinen wird.

## **Fazit und Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Studie**

### **Deutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Schnelle Angleichung und fortbestehende Unterschiede**

Wer den Weg, den Deutschland und speziell die Ostdeutschen nach dem Fall der Mauer in den beiden nachfolgenden Jahrzehnten zurückgelegt haben, angemessen würdigen will, sollte mit der Betrachtung der Schlussbilanz der DDR beginnen. Der erst nach dem Fall der Mauer mögliche nüchterne Blick auf die Hinterlassenschaften der SED offenbart: Die DDR hat aus sozialen und ideologischen Motiven weit über ihre Verhältnisse gelebt, die Umwelt flächendeckend zerstört, Innenstädte verfallen lassen und die Menschen in ein zentralistisch gelenktes Korsett von Vorgaben eingespannt.

Wie marode die DDR-Wirtschaft tatsächlich ist, wird einer breiten Öffentlichkeit erst nach dem Sturz von Erich Honecker deutlich. Nun diagnostizieren Planer, Ökonomen und Stasi-Offiziere den Zerfall der zentralistischen Planwirtschaft und ihrer industriellen Basis. Jetzt wird öffentlich, wie veraltet und verschlissen die Industrie, wie rückständig der Modernisierungsgrad fast aller Wirtschaftsbe-  
reiche und wie hoch der Aufwand für Reparaturen, Subventionen und Aufrecht-  
erhaltung der „inneren Sicherheit“ ist. Aus eigener Kraft hätte die DDR nur mit-  
tels massiver sozialer Einschnitte überleben können. Der Sozialismus hat von  
der 1945 übernommenen Substanz gelebt und sie aufgebraucht.

Brisante Daten über den tatsächlichen Zustand der Wirtschaft, die Außenhan-  
delsbeziehungen mit dem Westen, die Ungleichheit bei Einkommen und Ver-  
mögen, den Zustand der Umwelt und des Gesundheitswesens werden auf Wei-  
sung von oben geheim gehalten, manipuliert, gefälscht.

Die an internationale Organisationen weitergegebenen gefälschten Daten prä-  
gen bis heute bei vielen das verzerrte Bild, dass die DDR unter den angeblich  
zehn führenden Industrienationen rangiert habe. Tatsächlich erreichte die DDR  
in etwa nur das Niveau der schwächsten EU-Länder.

Dreist manipuliert die SED-Führung Daten zum Handel mit dem nichtsozialisti-  
schen Wirtschaftsgebiet. Aus einem Importüberschuss wird ein Exportüber-  
schuss. Auch die hohen Kosten für den Sicherheitsapparat werden verschwie-  
gen. Die Selbsttötungsziffern dürfen jahrzehntelang nicht veröffentlicht werden.

Versorgungsmängel bestimmen den Alltag der meisten DDR-Bürger. Selbst in  
Ost-Berlin, wo die SED-Führung viele Ressourcen des privaten Verbrauchs  
konzentriert, kommt es immer wieder zu Engpässen bei bestimmten Produkten.  
Dabei geht es nicht nur um Südfrüchte, sondern um banale Dinge wie Schuhe,  
Bettwäsche, Puddingpulver und ähnliches. Die Neu- oder Ersatzbeschaffung

von technischen Konsumgütern zieht sich bei vielen Produkten, nicht nur bei Autos, zum Teil über Jahre hin. Viele technische Konsumgüter sind nicht nur überteuert, sondern im Vergleich zu westlichen Produkten hoffnungslos veraltet.

Die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln, Mieten und ähnlichem führt nicht nur zur Verschwendung, sondern auch zur Verwahrlosung, sozialer Nivelierung und Unterhöhnung der Leistungsbereitschaft.

Die mangelnde Leistungsbereitschaft vieler Werktätiger, hohe Ausfallzeiten und Krankenstände etc. werden ebenfalls erst kurz vor dem Ende des SED-Staates auf Führungsebene ausführlich thematisiert. Angesichts der vorhandenen verdeckten Arbeitslosigkeit wäre auch ohne Wiedervereinigung eine Arbeitslosenrate von mindestens 10 % rasch Realität in der DDR geworden.

Bei Fortbestehen der DDR hätten die Verantwortlichen zur Modernisierung der Volkswirtschaft den Sozialstaat um mindestens ein Drittel seines Niveaus reduzieren müssen. Die Diskrepanz im Wohlstand zwischen Ost und West hätte sich noch einmal spürbar vergrößert.

Die Annahme der Bundesregierung, durch ordnungspolitische Weichenstellungen und massive Transfers binnen weniger Jahre einen sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwung in den neuen Ländern entfalten zu können, erweist sich als Fehlschluss. Der ökonomische Angleichungsprozess stockt schon Mitte der neunziger Jahre, als die Bauwirtschaft – in den Jahren zuvor durch staatliche Subventionen und Steueranreize begünstigt – erlahmt. Seit diesem Zeitpunkt wächst die ostdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt wieder schwächer oder nur geringfügig stärker als die westdeutsche, so dass die Differenz in Wirtschaftskraft und Produktivität annähernd konstant bleibt. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall liegt das BIP je Einwohner im Osten bei etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus, die Produktivität in etwa bei drei Viertel. Dennoch hat sich das materielle Lebensniveau weiter Bevölkerungskreise in Ost- und Westdeutschland dank kontinuierlich fließender Transfers in etwa angeglichen.

Durch den unter Helmut Kohl eingeschlagenen sozialen und konsumorientierten Vereinigungspfad, der zwangsläufig gewaltige finanzielle Transfers voraussetzt, vollziehen sich unmittelbar nach der Vereinigung materielle und soziale Angleichungsprozesse in atemberaubender Geschwindigkeit. Schon Mitte der neunziger Jahre leben etwa drei Viertel der Deutschen in Ost und West unter fast gleichen materiellen Bedingungen. Seither verlangsamt sich zwar die durchschnittliche materielle Annäherung der Haushalte, wiewohl inzwischen – unter Berücksichtigung fortbestehender regionaler Kaufkraftunterschiede – die durchschnittlichen realen ostdeutschen Haushaltseinkommen etwa 80 % bis 85 % des Westniveaus erreicht haben dürften. Noch bestehende und sich auch nur langfristig ändernde Unterschiede existieren – als systembedingte Nachwirkung

– insbesondere in der Verteilung des Vermögens und der hieraus resultierenden Einkommen. Aber auch auf diesem Feld lässt sich eine erstaunliche relative Verbesserung für ostdeutsche Haushalte konstatieren. Ihre durchschnittlichen Geldvermögen steigen in den letzten zwanzig Jahren von etwa einem Fünftel auf über die Hälfte des westdeutschen Niveaus. Werden die kapitalisierten Besitzansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung miteinbezogen, erreichen Ostdeutsche – je nach Alter und Geschlecht – sogar etwa 80 % bis 90 % des westdeutschen Niveaus.

Der durchschnittliche Lebensstandard ostdeutscher Haushalte hat sich sowohl im Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern als auch bei den Wohnverhältnissen dem westdeutschen weitgehend angeglichen, ihn in einigen Bereichen sogar überholt. Jenseits der Betrachtung des Durchschnitts vereinheitlichen sich freilich auch die sozialen Differenzierungsmechanismen in Ost und West, wodurch in Ostdeutschland eine nun nach anderen Kriterien als zuvor materiell und sozial ausdifferenziertere Gesellschaft entsteht. Sie ist etwas – jetzt öffentlich sichtbar – ungleicher und vielfältiger und damit der westdeutschen ähnlicher geworden, aber es finden sich in ihr nach wie vor noch Überbleibsel alter Verhältnisse, die sich teils in das neue System einfügen, teils ihm fremd bleiben. Trotz der lebensgeschichtlichen Umbrüche, von denen die meisten Menschen betroffen waren, ändern sich die sozialen Hierarchien nach der Transformation nur wenig. Die in der DDR privilegierten Beschäftigtengruppen können, sei es als Arbeitnehmer, Selbstständige oder als Rentner, auch nach der Vereinigung ihre Vorrangstellung behaupten. Sie werden seltener arbeitslos und sind weniger von sozialen Abstiegen betroffen. Durch die Währungsumstellung und die Sozialunion sichern sie sich zudem ihre schon zu DDR-Zeiten vorhandenen überdurchschnittlichen Vermögensbestände und vergleichsweise hohe Renten. Erst im Nachhinein wird deutlich, wie ungleich in der DDR die Einkommen und vor allem die Geldvermögen verteilt waren.

Während die Anpassung der materiellen Verhältnisse an das „Westniveau“ bei den unteren und mittleren sozialen Gruppen – insbesondere ermöglicht durch massive Sozialtransfers – weitgehend abgeschlossen ist, besteht im oberen Segment der Gesellschaft, d.h. bei den einkommens- und vermögensstärksten 10 % bis 20 %, weiterhin ein erheblicher und wahrscheinlich nur langfristig zu schließender Wohlstandsgraben. Deutschland ist in den letzten zwanzig Jahren materiell mehr von unten als von oben zusammengewachsen.

Zwar sind auch nach zwei Jahrzehnten Marktwirtschaft die regionalen Wohlstandsdisparitäten wesentlich geringer als in Westdeutschland, aber einige Regionen erreichen und überholen inzwischen ökonomisch schwache westdeutsche Gebiete und liegen gleichzeitig deutlich über den schwächsten ostdeutschen.

Die ökonomischen Probleme des Transformationsprozesses nach dem Mauerfall verdanken sich in erster Linie jahrzehntelanger Misswirtschaft im SED-Staat. Im Nachhinein wird aber auch deutlich, in welchem Maße ostdeutsche Unternehmen zusätzlich zu ihren schlechten Ausgangsbedingungen durch die gewählte 1 : 1-Währungsumstellung und vor allem durch die massiven Lohnerhöhungen unmittelbar vor und nach der Vereinigung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer beeinträchtigt wurden. Da außerdem der RGW-Markt gleichsam über Nacht zusammenbricht, können viele Betriebe trotz milliardenschwerer Subventionen nicht überleben.

Viele Akteure müssen nach dem Ende der Planwirtschaft das marktwirtschaftliche Agieren erst lernen und sind auf westdeutsche Berater angewiesen, die nicht immer das Wohl des Betriebes im Sinn haben. Die Vertreibung der wirtschaftlichen Eliten durch die SED erweist sich damit auch nach 1990 als eines der größten Probleme Ostdeutschlands.

Wie der nach dem Mauerfall einsetzende Gründungsboom belegt, ist bei vielen Ostdeutschen die Bereitschaft vorhanden, unternehmerisch tätig zu werden. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre hat sich eine neue Unternehmerschicht herausgebildet, die in kleineren und mittleren Betrieben die Mehrzahl der Arbeitnehmer beschäftigt. Inzwischen hat sich auch der Anteil der Selbstständigen an der erwerbstätigen Bevölkerung in Ost und West weitgehend angeglichen.

Die räumliche, ökonomische und soziale Modernisierung Ostdeutschlands vollzieht sich binnen weniger Jahre – ein Prozess, der in der alten Bundesrepublik einige Jahrzehnte dauerte. Dieser schnelle Wandel kann zwangsläufig nicht ohne Brüche erfolgen, die aber in großem Maße sozial abgefedert werden. Gleichwohl belastet die im Vergleich zur Bundesrepublik deutlich höhere Arbeitslosigkeit die positiven Aspekte des Transformationsprozesses, worauf sich die ostdeutsche Kritik an der Wiedervereinigung insbesondere konzentriert. Bis zum heutigen Tag ist das Hauptproblem der Vereinigung die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Sie resultiert zwar vordergründig aus der Vereinigung, hat ihre Wurzeln aber in der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung in den Jahrzehnten der Teilung. Während sich die Erwerbstätigenquote, d.h. die Zahl derjenigen, die tatsächlich einer Erwerbsarbeit nachgehen, schon wenige Jahre nach dem Fall der Mauer annähert, bleibt die Erwerbsneigung, vor allem bei Frauen, unterschiedlich. Da westdeutsche Frauen in deutlich höherem Maße generell teilzeitbeschäftigt sind und Vollzeitbeschäftigte im Gegensatz zu ihren ostdeutschen Geschlechtsgenossinnen nach der Geburt von Kindern ebenfalls Teilzeitarbeit präferieren, könnte sich die unterschiedliche Erwerbsneigung und damit unterschiedlich hohe Arbeitslosenquoten zukünftig fortsetzen.

Zur – abgesehen von den letzten beiden Jahren – hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland generell, aber speziell in Ostdeutschland, dürften die hohen Sozialtransfers und Lohnnebenkosten beigetragen haben. Vor allem für gering Qualifizierte existiert kein hinreichendes Arbeitsangebot auf einem nennenswert über den Sozialtransfers liegenden Lohnniveau. Die Einführung des ALG II führt durch seine aufstockende Wirkung zu einer Art Grundeinkommen, das vor allem Niedriglohnbeziehern keine Anreize für die Beschäftigungsaufnahme bietet.

Die von Ostdeutschen hoch gelobten, in der DDR flächendeckend vorhandenen Institutionen zur Kinderbetreuung sind zwar nach der Vereinigung etwas abgebaut worden, gleichwohl sind die Betreuungsmöglichkeiten sowohl bei Klein- als auch bei Hortkindern im Osten zumindest nach ihrer Quantität immer noch deutlich besser als im Westen.

Die Verbesserung der Ernährungssituation, der medizinischen Versorgung und der Umwelt haben dazu geführt, dass sich die Lebenserwartung in beiden Landesteilen selbst für ältere Jahrgänge angenähert hat. Hinzu kommt ein überproportionaler Rückgang der Suizidrate in den neuen Ländern.

Trotz des schnellen materiellen Angleichungsprozesses zeigen sich Ostdeutsche unzufriedener mit dem Leben als Westdeutsche. Sie beurteilen ihre derzeitige Situation nicht im Blick zurück, d.h. mit den Zuständen in der DDR in den achtziger Jahren, sondern im Vergleich mit dem – von ihnen überschätzten – Wohlstand im Westen. Das rasch Gewonnene wird von vielen gering geschätzt, vieles Verlorene nostalgisch verklärt.

Durch Einsatz mehrerer hundert Milliarden Euro wird die geschändete Umwelt saniert, werden verfallende Häuser, zerschlissener Straßen und Schienen sowie das Gesundheitswesen und die Telekommunikation modernisiert.

Ostdeutsche Nostalgiker färben nicht nur die DDR-Verhältnisse schön, sondern verschweigen die Modernisierungsleistungen in den neuen Ländern. Vor allem aber werden die hohen Kosten der Beseitigung der Hinterlassenschaften der SED-Diktatur ausgeblendet oder banalisiert. Nicht zuletzt durch das Fehlen eines sich selbst tragenden Wirtschaftsaufschwungs und die konsequente Fortführung einer konsumorientierten Vereinigungspolitik summieren sich die Vereinigungskosten nach zwanzig Jahren – zwischen 1990 und 2009 – auf etwa 2 Billionen Euro brutto bzw. etwa 1,6 Billionen Euro netto.

Um die Höhe der Vereinigungskosten zu verschleiern, entschloss sich die damalige Bundesregierung, den größten Teil der Transfers auf die Sozialkassen abzuwälzen. Durch die Finanzierung der Einheit erhöhen sich die Sozialbeiträge je Arbeitnehmer im Westen insgesamt um knapp 6 Prozentpunkte.

Die Finanzierung der Einheit durch Sozialversicherungskassen und Bundessteuern belastet weit überdurchschnittlich Arbeitnehmer mit sozialversicherungspflichtigen Einkommen zwischen 3.500 Euro und 6.000 Euro. Sie sind die Hauptfinanziers der Einheit. Beamte und Selbstständige, die nicht sozialbeitragspflichtig sind, sind von den Transfers nur unterdurchschnittlich betroffen.

Die Erfolgsbilanz der Wiedervereinigung wird in der öffentlichen Diskussion überlagert von der teilweise berechtigten, aber auch unberechtigten Kritik an Einzelaspekten der Wiedervereinigungspolitik und vor allem durch die Verklärung der DDR. So erscheint die Wiedervereinigung nicht als Erfolgsgeschichte, sondern als misslungener Versuch des Zusammenwachsens zweier ehemals geteilter Staaten und Gesellschaften. Dabei haben viele Ostdeutsche die neuen Chancen nach dem Sturz der Diktatur genutzt. Vor allem der Jugend eröffnen sich nach 1990 neue Perspektiven der individuellen Entwicklung.

Die Wiedervereinigung hat Deutschland insgesamt und damit die alte bundesrepublikanische Gesellschaft mehr verändert, als den meisten bewusst ist. Die Folgen zeigen sich in der Politik ebenso wie im alltäglichen Leben und den Einstellungen. Dabei ist das vereinte Deutschland nicht westlicher, sondern eher östlicher, eher linker als rechter, eher sozialdemokratischer als liberal-konservativer sowie eher staats- als marktbezogener geworden. Zwar existieren zwischen alten und neuen Bundesbürgern weiterhin deutliche Unterschiede in Einstellungen, Werteordnungen und politischen Auffassungen, aber der Veränderungsprozess verläuft schon lange nicht mehr nur von Ost nach West, sondern in mancher Hinsicht umgekehrt. Die „innere Einheit“ –materiell wie mental und wertemäßig – wird sich in den nächsten Jahren nicht auf altem westdeutschen Niveau einpendeln, sondern irgendwo zwischen Ost und West.

In der größer gewordenen Republik vieles in Bewegung geraten, was die bisherige politische und soziale Stabilität in Frage stellen könnte. Wie die anhaltenden Differenzen zwischen Ost und West zeigen, lässt sich mit Geld zwar vieles, aber nicht alles bewerkstelligen. Finanzielle Solidarität ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für das Zusammenwachsen. Zugleich aber können die Deutschen auf das nach der Vereinigung Geschaffene in Ost und West mit einigem Recht durchaus stolz sein, denn schließlich ist erreicht worden, was kaum noch für möglich gehalten wurde: Deutschland hat sich friedlich und in Freiheit vereint. **Trotz aller Probleme verläuft die deutsche Vereinigung angesichts der Ausgangsbedingungen wesentlich besser, als es die Stimmung in Ost und West ausdrückt.**

## Die Schlussbilanz der DDR

Angesichts der schnellen Wiedervereinigung und der 1990 bereits vor der Wiedervereinigung einsetzenden Finanztransfers ist die katastrophale ökonomische Schlussbilanz der DDR aus dem Blick geraten. Anhand einiger Indikatoren wird hier das ökonomische, soziale, ökologische und mentale Erbe der DDR beschrieben. Im Vordergrund stehen dabei die Produktivitätsschwäche der Wirtschaft, die veralteten Produktionsstrukturen ebenso wie der erreichte – im Vergleich zu Westdeutschland dürftige – Wohlstand, die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die Zerstörung der Umwelt und der Innenstädte sowie die mentalen Dispositionen der Bevölkerung. Die von der DDR veröffentlichten Statistiken werden kritisch hinterfragt, insbesondere im Bereich des Außenhandels, der Umweltdaten sowie der Kriminalitätsziffern.

### **Das Eingeständnis des wirtschaftlichen Scheiterns**

Günter Mittag, seit den sechziger Jahren in maßgeblichen Funktionen – u.a. seit 1966 als Mitglied des Politbüros und ab 1976 als Sekretär des ZK der SED – für die DDR-Wirtschaft zuständig, fasst in einem Spiegel-Interview knapp ein Jahr nach der Wiedervereinigung die wirtschaftliche Situation in der Endphase der DDR mit drastischen Worten zusammen: *„Man denke nur, angesichts der schwierigen Lage in der Sowjetunion, was heute hier los wäre, wenn es die DDR noch gäbe. Unbeschreiblich. Da läuft es mir heiß und kalt über den Rücken. Mord und Totschlag, Elend, Hunger. Es reißt mir das Herz kaputt. Mein Wunsch ist, Vertrauen in die Zukunft zu schaffen. Das ist wichtig. Jeder Mensch braucht Zuversicht, braucht etwas, woran der sich festhalten kann.“*<sup>2</sup> Das Fazit eines zentralen Systemverantwortlichen der DDR: *„Das sozialistische System insgesamt war falsch.“*

Erst nach dem erzwungenen Rücktritt Honeckers und der kurzzeitigen Machtübernahme durch Günter Schabowski und Egon Krenz wird das ganze Desaster der DDR-Wirtschaft offenbar.

Am 27. Oktober 1989 trägt der Leiter der Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) des Ministeriums für Staatssicherheit, Generalleutnant Kleine, seinen Abteilungsleitern eine schonungslose Krisenanalyse vor. Kleine beklagt unter anderem einen Verschleißgrad in sensiblen Bereichen der Industrie von über 50 %, die total veralteten Kraftwerksanlagen sowie die technologisch zurückgebliebene mikroelektronischer Speichermedien. Der im Jahr 1988 von der DDR für 93 Mark je Stück hergestellte 64-Kbit-Chip war auf dem Weltmarkt für 1 US-Dollar, der mit einem Aufwand von 534 Mark produzierte 256-Kbit-Chip für 2 US-Dollar

---

<sup>2</sup> Vgl. Der Spiegel 37/1991, S. 104.

erhältlich. Für die Modernisierung der Wirtschaft seien laut Kleine mindestens 500 Mrd. Mark notwendig.

Für eine Kernfrage der wirtschaftlichen Sanierung und Modernisierung hält Kleine die Durchsetzung des Leistungsprinzips in der DDR und zitiert einen Leitartikel der „Berliner Zeitung“: *„Im neuen Jahrzehnt der DDR zählt mehr denn je die Leistung. Natürlich ist auch die Bereitschaft dazu wichtig. Aber es zählt eben nur die tatsächliche Leistung, und dieses mit Geld verbundene Prinzip sollte wohl wesentlich genauer durchgesetzt werden. Beim Durchsetzen des Leistungsprinzips ein deutliches Stück voranzukommen wäre eine lohnendere Form für den Sozialismus.“*

Die vom MfS vorgenommene wirtschaftliche Lageeinschätzung deckt sich weitgehend mit der von der AG Zahlungsbilanz für das Politbüro vorgelegten Stellungnahme vom 30. Oktober 1989. In den als „Schürer-Papier“ bekannten Ausführungen wird eine *„grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“* gefordert. Nach Meinung der Finanzspezialisten müssten Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung gebracht werden. *„Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muss als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.“* Ein besonderes, kaum zu bewältigendes Problem sei die Verschuldung: *„Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards von 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.“*

Nach Berechnungen einiger Wirtschaftshistoriker hat die DDR-Wirtschaft – wird sie nach vergleichbaren Preisen/Werten taxiert – nie das Wohlstandsniveau der dreißiger Jahre erreichen können.<sup>3</sup>

Ehemalige DDR-Ökonomen kommen in ihrer Betrachtung der „Schlussbilanz DDR“ zu einem vernichtenden Urteil über den Zustand der DDR-Wirtschaft: *„(...), dass bereits der Ansatz der Kommandowirtschaft falsch war, dass bei allem Subjektivismus der SED-Führung und ihrer Ignoranz gegenüber ökonomischer Vernunft nichts von dieser Grundthese ablenken darf. Für die DDR gilt gegenüber allen anderen sozialistischen Ländern, dass dieser falsche Ansatz am konsequentesten verfolgt und perfektioniert wurde (...).“<sup>4</sup>* Die Autoren kritisieren insbesondere das Fehlen einer Strukturpolitik, was dazu führte, dass

---

<sup>3</sup> Vgl. Schwarzer 1999 und Blum 2007.

<sup>4</sup> Kusch u.a. 1991, S. 9.

technologisch überholte Unternehmen und Branchen weiter produzierten und auf eine Modernisierung der Wirtschaft verzichtet wurde.

Ein weiterer wichtiger Grund für die desolante Situation der Wirtschaft sei die politisch motivierte Anhebung des Wohlstands gewesen. *„So grotesk es angesichts des Auseinanderlaufens des Lebensniveaus in der BRD und der BRD besonders in den siebziger und achtziger Jahren auch klingt: Der DDR-Bürger hat in all diesen Jahren über seine Verhältnisse und vor allem zu Lasten der Zukunft gelebt.“*

Die Ökonomen aus dem ehemaligen Forschungsinstitut der staatlichen Plankommission resümieren das Dilemma dieser Politik: *„Die als Grundsäule seiner [Honeckers] Strategie deklarierte ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ scheiterte, weil einerseits das Wirtschaftssystem keine Anreize implizierte, die zu Leistungen führten, mit denen die sozialen Ansprüche befriedigt werden konnten, und andererseits die nicht an eigene Leistungen gebundene Zunahme sozialer Sicherheit kontraproduktiv auf die Leistungsmotivation zurückwirkte (...).“<sup>5</sup>*

Erst nach dem Ende der DDR wird sichtbar, dass dabei die gesellschaftlichen Ressourcen nicht einmal gleichmäßig verteilt sind. Außerdem verschlang die Aufrechterhaltung des Macht- und Repressionsapparates gewaltige Summen, die zur Modernisierung der Wirtschaft dringend benötigt worden wären.

### **Die Realität der Mangelwirtschaft**

Bis zum Ende ihrer Existenz ist die Lebenswirklichkeit im SED-Staat von Materialknappheit und Versorgungsmängeln geprägt. Während die Materialknappheit immer wieder zu Produktionsausfällen und Wartezeiten in der Produktion führt, beeinträchtigt die mangelnde Versorgung mit Konsumgütern den Lebensalltag der Menschen. Es gibt nicht nur Engpässe bei Südfrüchten und hochwertigen Importgütern, sondern auch bei banalen, für den Alltag aber unverzichtbaren Produkten wie Lebensmitteln, Kinderschlafanzügen, Schuhen etc.

Ein ehemaliger DDR-Wissenschaftler konstatiert: *„So wurde auf der 693. Tagung der AGV, kurz vor Weihnachten 1988, die Versorgungslage bei folgenden Produkten erörtert und Maßnahmen zur Behebung der Probleme besprochen: Lieferrückstände bei Lebkuchen, bedarfsgerechte Bereitstellung von Schokotrunk, Versorgung mit Kakaopulver, Sicherung des geplanten Aufkommens an Schlachtvieh und Milch sowie der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Wurstwaren und, im Rahmen der Durchführung der Kontrolle von Beschlüssen, wurde der Stand zum Vertragsabschluss zwischen Industrie und Handel beim*

---

<sup>5</sup> Ebd., S. 18 und 21.

*Farbfernsehempfänger Color kontrolliert. Solche Beratungen waren nicht die Ausnahme, sondern die Regel.*<sup>6</sup>

Im Sommer 1989 wird nicht nur das Gemüseangebot, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung mit Puddingpulver zu einem Politikum. Der zuständige Minister ordnet die Durchführung von Sonderschichten im VEB Ring Mittweida des Kombinats Nahrungsmittel und Kaffee an, um die Bevölkerung mit Puddingpulver versorgen zu können. Probleme gibt es ebenfalls bei der „bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Gummibadehauben“ und bei Damenslips, deren Nachfrage im Jahre 1989 nicht mehr aus eigener Produktion gedeckt werden kann, so dass ein zusätzlicher Import von 4 Millionen Damenslips für 6 Mio. Valuta-Mark angeordnet wird.<sup>7</sup>

Da die Produktion von Damenslips auch schon vor 1989 auf nicht zu überwindende Schwierigkeiten stößt, veröffentlicht der Demokratische Frauenbund Deutschland (DFD) eine Nähanleitung für Slips. Die für den DFD zuständige Kandidatin des Politbüros, Inge Lange, berichtet hierüber dem für Leichtindustrie zuständigen Mitglied Günter Kleiber.

Höherwertige Waren können DDR-Bewohner in Exquisit-Läden erwerben. Dort kosten 1989 ein Herrenanzug 925 Mark, ein Herrenpullover 81 Mark und Herrenschuhe 237 Mark. Damit liegen die Preise etwa zwei- bis dreifach höher als im Fachhandel, wo allerdings die Qualität der Kleidungsstücke deutlich schlechter ist. Gleiche Preis- und Qualitätsunterschiede gibt es bei Lebensmitteln. So kosten Röstkaffee im Delikat-Handel 106 Mark pro Kilo, Dauerbackwaren 22,60 Mark/Kilo und Kakaoerzeugnisse 63 Mark pro Kilo. Sehr teuer ist mit 14,50 Mark eine Dose Ananas und mit 18 Mark 200 g belgische Tafelschokolade.

Vergleichsweise teuer sind auch Küchenmöbel, Farbfernsehgeräte und PKW. Für einen Waschvollautomaten zahlt der DDR-Bürger Ende der achtziger Jahre mit knapp 3.000 Mark deutlich mehr als ein durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen. Ein neuer Trabant kostet zwischen 10.000 Mark und 12.000 Mark.

Einige besonders nachgefragte langlebige Konsumgüter sind freilich erst nach Bestellung und längerer Wartezeit erhältlich. Auf Möbel wartet der normale Bürger ein bis zwei Jahre, auf Farbfernsehgeräte bis zu zwei Jahre, auf einen PKW fünfzehn bis zwanzig Jahre und auf einen Telefonanschluss bis zu 25 Jahre. Eine beantragte Wohnung erhält man ohne Beziehungen vielerorts erst nach fünf bis zehn Jahren. Viele Familien versuchen, die Wartezeiten zu verkürzen, indem sie Bestellungen durch mehrere Familienmitglieder vornehmen.

---

<sup>6</sup> Mittelbach 2005, S. 65.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 112.

Westpakete kompensieren die Versorgungsmängel in einem beträchtlichen Ausmaß: Allein im Jahr 1988 schicken Westdeutsche 28 Millionen Päckchen und Paketsendungen in einem Gesamtwert von 5,5 Mrd. Mark in die DDR. Dies entspricht 4 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes, bei Textilien und Bekleidung sogar 24 %. Der in der DDR verzehrte Kaffee stammt zu etwa 20 % aus Westpaketen, die Damenstrumpfhosen zu 30 % und die Damenoberbekleidung zu fast 20 %. Bei Kakaopulver liegt die Einfuhrmenge 1988 sogar rd. 60 % über dem einheimischen Warenangebot. Während die Westpakete von den DDR-Organen inspiziert und registriert werden,<sup>8</sup> gelangen weitere mehr oder weniger stark nachgefragte Waren als Geschenke anlässlich des Besucherverkehrs aus der Bundesrepublik in die DDR. Das Institut für Marktforschung schätzt hierfür eine ähnliche Warenstruktur und Größenordnung, d.h. die Kompensation des Mangels bei bestimmten begehrten Gütern durch Transfers aus dem Westen dürfte zwischen 30 % und 50 % betragen haben.<sup>9</sup>

DDR-Bürger mit Zugang zur D-Mark können die Versorgungsschwierigkeiten umgehen, indem sie Intershop-Einkäufe tätigen oder dringend benötigte Waren im Westpaket erhalten. So entsteht in den achtziger Jahren eine zweigeteilte Gesellschaft: *„Es entwickelten sich DM- und Nicht-DM-Konsumenten.“*<sup>10</sup>

Die von der SED betriebene Subventionierung von Lebensmitteln führt zu der Absurdität, dass ein Züchter für ein Kaninchen 60 Mark erhält und es in der staatlichen Handelsorganisation geschlachtet und ausgenommen für 15 Mark kaufen kann. Da die niedrigen Wohnungsmieten nur etwa ein Drittel der Kosten decken, werden in Privateigentum befindliche Häuser dem Verfall preisgegeben. Am Ende der DDR gibt der Staat für Preissubventionen etwa ein Viertel des Staatshaushaltes aus.

Die Versorgungsmängel lassen sich wesentlich auch auf die Enteignung auch von kleinen und mittleren Betrieben im Bereich des Einzelhandels und der Konsumgüterindustrie zurückführen. Die letzte große Enteignungswelle 1972 dürfte wesentlich zur Verschlechterung in diesem Sektor beigetragen haben.

Durch die verschiedenen Enteignungs- und Verstaatlichungswellen von 1945 bis 1972 wird der unternehmerische Mittelstand weitgehend abgeschafft. 1939, als die industriellen Leistungen in Mitteldeutschland noch die in Westdeutschland übertrafen, trug der Mittelstand hierzu mit über 70 % bei. Die schrittweise Enteignung von Privateigentum an Produktionsmitteln hat nach Meinung von

---

<sup>8</sup> Vgl. zur Post- und Paketkontrolle Kallinich/Pasquale 2002 und Härtel/Kabus 2001.

<sup>9</sup> Vgl. Müller 2000, S. 64.

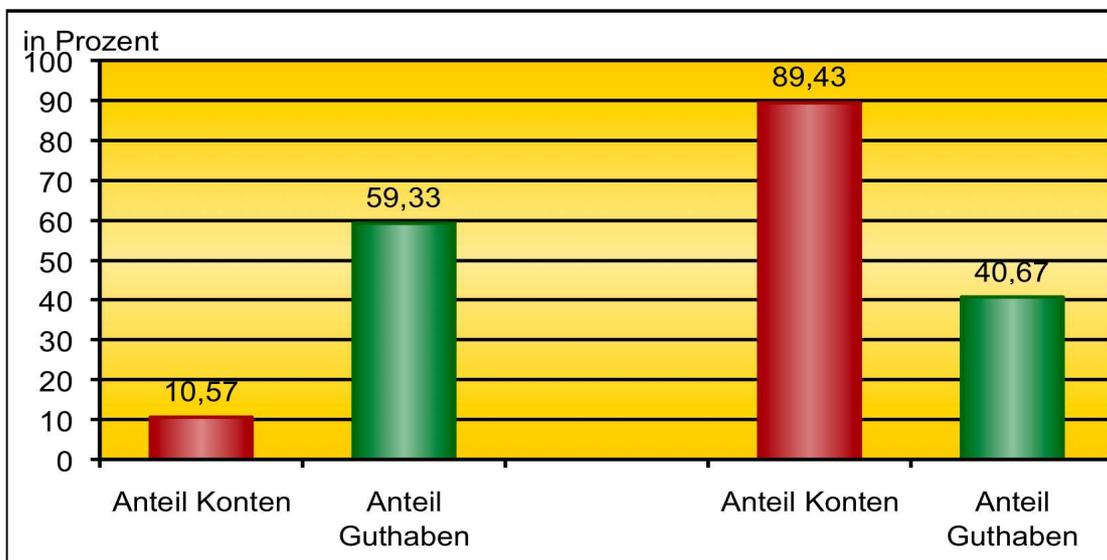
<sup>10</sup> Manz 1992, S. 90.

Wirtschaftskritikern nicht nur wirtschaftliche Stagnation und Mittelmäßigkeit zur Folge, sondern auch Rückständigkeit.<sup>11</sup>

### **Die Legende von der sozial gerechten DDR-Gesellschaft**

Einkommen und Geldvermögen sind in der DDR keineswegs – wie gemeinhin in Politik und Öffentlichkeit angenommen wird – etwa gleich verteilt. Erst in der Vorbereitung auf den Umtausch der Spareinlagen von Mark in D-Mark zeigt sich, was zuvor nur dem Führungspersonal der SED bekannt ist: Die Geldvermögen sind in etwa ebenso ungleich wie in der Bundesrepublik verteilt.

**Schaubild 2: Verteilung des Geldvermögens in der DDR im Jahre 1989**



Wie aus dem Schaubild unten zu ersehen ist, entfallen auf etwa 10 % der Sparkonteninhaber knapp 60 % der Guthaben. Laut Berechnungen des Instituts für Marktforschung Leipzig verfügen ca. 61 % der Haushalte über ca. 19 %, weitere 22 % über ca. 19 % und die restlichen 17 % über ca. 62 % des finanziellen Vermögens. Insgesamt liegt das finanzielle Vermögen der DDR-Bevölkerung 1989 bei 194,3 Mrd. Mark.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Paraskewopoulos 1999, S. 20.

<sup>12</sup> Müller 2000, S. 15 f.

Zudem gab es in der DDR auch eine große Einkommensungleichheit.

Schichtung nach Einkommensdezilen in der DDR							
Prozent der Haushalte		Durchschnittliche Haushaltne-tto-einkommen in M		vH der Haushaltsnettoeinkommen			
				Basiswerte		kumuliert	
Basiswerte	Kumuliert	1980	1988	1980	1988	1980	1988
10	10	627	792	4,2	4,1	4,2	4,1
10	20	902	1.126	6,1	5,8	10,3	9,9
10	30	1.138	1.437	7,6	7,4	17,9	17,3
10	40	1.298	1.681	8,7	8,6	26,6	25,9
10	50	1.421	1.852	9,5	9,5	36,1	35,4
10	60	1.530	2.002	10,3	10,3	46,4	45,7
10	70	1.644	2.159	11,0	11,1	57,4	56,8
10	80	1.788	2.350	12,0	12,1	69,4	68,9
10	90	1.995	2.629	13,4	13,5	82,8	82,4
10	100	2.557	3.430	17,2	17,6	100,0	100,0
100	100	1.490	1.946	100,0	100,0		

Quelle: Wirtschaftsreport 1990

Am unteren Ende der Einkommens- und Vermögenspyramide befinden sich 1989 viele Rentner. Die durchschnittliche Altersrente erreicht 1988 nur etwas über 30 % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens.

Trotz ihres prinzipiell nivellierenden Charakters privilegiert die Sozialpolitik der DDR bestimmte soziale Gruppen durch Zusatz- und Sonderversorgungssystemen bei den Rentenzahlungen und auch schon bei den Sozialbeiträgen. Staatsbedienstete und vor allem Beschäftigte der „bewaffneten Kräfte“ und der „Sicherheitsapparate“ erhalten vielfach eine mehr als doppelt so hohe Rente wie der Durchschnittsrentner.

### **Die Legende vom umfassenden Sozialstaat DDR**

Der Sozialstaat DDR ist vor allem erwerbszentriert, d.h. das Wohl der Arbeitskräfte und die Nachwuchsförderung stehen im Vordergrund. Die Familienförderung fällt vergleichsweise großzügig aus; zur Anhebung der „Reproduktionsrate“ gewährt die Partei spezielle Vergünstigungen wie Kindergeld, Krediterlass nach der Geburt von Kindern, Babyjahr, Pflegeurlaub etc. Für nahezu alle Kinder vom Säugling bis zum Schulkind stellt sie Versorgungseinrichtungen zur Verfügung, die intensiv genutzt wurden. Der Anteil der in Krippen betreuten Kinder liegt Mitte der achtziger Jahre bei ca. 80 %, die Kindergärten werden sogar von 95 % der entsprechenden Altergruppe besucht.

Doch bei Menschen, die nicht mehr in den Produktions- und Arbeitsprozess eingebunden werden können, demonstriert der vermeintliche Sozialstaat DDR seine ganze Schwäche.

Pflegebedürftige ältere und behinderte Menschen müssen ein zum Teil menschenunwürdiges Leben führen. *„Die Unterbringung und Betreuung der psychisch schwerst- und physisch schwergeschädigten Kinder und Jugendlichen entsprachen nicht dem verfassungsmäßig verankerten Recht und dem angekündigten Niveau, weil mangelnde Integration, fehlende spezielle Angebote, Wohnungen und Einrichtungen sowie architektonische Barrieren außerordentlichen Einfluss auf die Lebensbedingungen dieser Gruppe hatte und sie in starkem Maße aus der Öffentlichkeit verdrängten.“*<sup>13</sup>

Die Bundesregierung resümiert in einer Stellungnahme zum ersten Altenbericht: *„Der Standard der meisten Alten- und Altenpflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern ist erschreckend niedrig und zum Teil katastrophal. Erhebliche bauliche Mängel, Überbelegung der Zimmer und zum Teil ungenügende hygienische Verhältnisse kennzeichnen die Situation.“*<sup>14</sup> Mehr als jeder zehnte Pflegebedürftige lebt in einem Zimmer mit fünf und mehr Betten.<sup>15</sup>

Der sächsische Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Hans Geisler beschreibt die Situation in einem Heim für psychisch Kranke: *„Als ich am 20. November 1990, zwölf Tage nach meiner Vereidigung, in Waldheim, die Psychiatrie das erste Mal besucht habe, hat mich die dortige Situation sehr erschüttert (...) Da standen die Menschen um 11 Uhr morgens in Schlafanzügen in ihren Zimmern oder besser gesagt vor ihren Zellen, denn es war nämlich ursprünglich ein ehemaliges Frauengefängnis. In den Zellen waren nur eine Pritsche und ein Hocker vorhanden. (...) die Menschen mussten ihre Notdurft in dafür vorgesehenen Eimern erledigen.“*<sup>16</sup>

Im Jahre 1989 liegt das Durchschnittsalter der Krankenhaus-Bausubstanz bei sechzig Jahren. Auch um die medizinisch- technische Ausstattung ist es im Vergleich zur Bundesrepublik in der DDR schlecht bestellt; in Sachsen etwa gibt es nur einen einzigen Kernspin-Tomographen.

Auch chronisch Kranken wird das Gesundheitswesen nicht im gewünschten Maße gerecht. So gibt es zum Beispiel in den achtziger Jahren nur 200 Behandlungsplätze zur Nierendialyse pro 1 Million Einwohner (Bundesrepublik: 510).<sup>17</sup> Da nur für etwa 40 % der schwer Nierenkranken ein Dialyseplatz zur Verfügung steht, entstehen lange Wartezeiten.

Die Zahnärzte der DDR – fachlich vergleichbar mit der Bundesrepublik – leiden zumindest in den siebziger und achtziger Jahren unter einer schlechten techni-

---

<sup>13</sup> Kohnert 1999, S. 1727 bzw. 1728.

<sup>14</sup> Zit. nach: Kohnert 1999, S. 1744.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 1784.

<sup>16</sup> Geisler 1991, S. 342.

<sup>17</sup> Vgl. Wendt 2009.

schen Ausstattung und Materialmangel. Patienten müssen Gold mitbringen, wenn sie eine Goldkrone haben. Vielerorts mangelt es an Betäubungsmitteln.

Auch bei Medikamenten sind Angebot und Versorgung ungenügend, da auch hier bei der kurzfristigen Beschaffung zum Teil lange bürokratische Wege einzuhalten sind. Die Lebenserwartung der Bevölkerung liegt in den achtziger Jahren einige Jahre unter der in der Bundesrepublik.

In der DDR gibt es eine Zwei-Klassen-Medizin: Den privilegierten Schichten, vor allem SED-Funktionären, stehen exklusive Einrichtungen wie das Regierungskrankenhaus oder Sonderbereiche in Bezirkskrankenhäusern zur Verfügung. Daneben verfügen die NVA, das MfS, das Ministerium des Innern sowie der Sport über eigene medizinische Dienste.<sup>18</sup>

### **Ausstattungsgrad der DDR-Haushalte**

Beim Ausstattungsgrad der Haushalte erleben weite Bevölkerungskreise von 1970 bis Ende der achtziger Jahre zumindest in der Ausstattung mit langlebigen technischen Konsumgütern einen deutlichen Aufschwung.

<b>Entwicklung des Ausstattungsgrades der Haushalte der DDR mit ausgewählten technischen Konsumgütern</b>			
	<b>1970</b>	<b>1980</b>	<b>1988</b>
<b>Personenkraftwagen</b>	17	35	48
<b>Motorräder/-roller</b>	16	11	10
<b>Kleinkrafträder</b>	19	23	27
<b>Fahrräder</b>	63	66	73
<b>Kühlschrank</b>	59	92	98
<b>Gefriergerät</b>	0,8	13	45
<b>Staubsauger</b>	79	91	97
<b>Waschmaschinen gesamt</b>	64	84	92
<b>Waschvollautomaten</b>	0,6	6	19
<b>Grillgerät</b>	2	27	39
<b>Fernsehgeräte gesamt</b>	82	95	98
<b>Fernsehgerät color</b>	0	13	54
<b>Radiorecorder</b>	0	15	48
<b>Plattenspieler</b>	14	36	47
<b>Tonbandgeräte</b>	10	35	60
<b>Fotoapparat</b>	<53	58	64

Datenbasis: Wiederholungsbefragungen; Angaben in Prozent  
Quelle: Müller 2000, S. 69

Trotz der hohen Kosten besitzen in den achtziger Jahren viele Haushalte ein Farbfernsehgerät, einen Kühlschrank und eine im Vergleich zum Westen rückständige Waschmaschine. Im Jahre 1988 beträgt das Durchschnittsalter von Kühlschränken 10,7 Jahre, von Waschmaschinen 8,9 Jahre und von Personen-

<sup>18</sup> Vgl. Geisler 1996, S. 255.

kraftwagen 10,7 Jahre. Gerade PKW werden aufgrund der langen Wartezeiten beim Kauf besonders lange genutzt.

Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ist ein Hauptanliegen der SED-Politik. Durch Subventionierung sollen die Mieten billig gehalten werden. Da die Errichtung von Plattenbauten billiger ist als die Sanierung des Altbaus in den Innenstädten, ist ein katastrophaler Zustand der Wohn- und Bausubstanz in den meisten Innenstädten die Folge.

<b>Wohnungsbestand in der DDR nach Ausstattungsmerkmalen</b>				
	<b>1961</b>	<b>1971</b>	<b>1981</b>	<b>1989*</b>
<b>Bad bzw. Dusche</b>	22	39	68	82
<b>Innentoilette</b>	33	36	60	76
<b>Warmwasser</b>	--	26	64	82
<b>Moderne Heizung</b>	--	11	36	47
<b>Telefon</b>	--	8	12	16

\* Nach Hochrechnungen des Instituts für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, Bauakademie der DDR, 1988;  
Quelle: Winkler 1990, S. 158; Angaben in Prozent

Jenseits der Plattenbautenwohnungen ist das Heizsystem der Wohnungen ebenso wie die Sanitärausstattung großteils veraltet. Etwa die Hälfte wird noch 1989 durch Einzelöfen auf Kohlebasis beheizt.

Die Möglichkeit einer individuellen Wohnungseinrichtung ist bis zum Ende der DDR wegen Engpässen bei der Produktion von Möbeln, Polsterwaren und Wohnraumleuchten und des eingeschränkten Sortiments äußerst begrenzt. „Das Modellangebot für alle Wohnzimmermöbel – also Schrankmöbel, Polstermöbel, Tische und Sitzmöbel zusammen – bot mit ca. 350 Modellen keine große Auswahl und zeichnete sich in den letzten zehn Jahren nicht durch spürbare Fortschritte aus. Die Modellbreite stagnierte(...)“<sup>19</sup>

Der Kauf eines Autos ist mit langen Wartezeiten verbunden. Ende der achtziger Jahre besitzt etwa jeder zweite DDR-Haushalt einen PKW. Die Zahl der Neubestellungen steigt von etwa einer viertel Million im Jahre 1970 auf eine knappe halbe Million im Jahre 1988. Zu diesem Zeitpunkt sind gut 6,2 Millionen Bestellungen noch offen, was 1,7 Bestellungen pro Haushalt entspricht. 44 % wünschen einen Trabant, knapp jeder Dritte einen Wartburg. Ein Trabant kostet 1989 12.650 Mark, ein Wartburg 31.230 Mark, wobei die Preise gegenüber Anfang der achtziger Jahre gewaltig (um 31 % bzw. 46 %) steigen. Damit will die Regierung den vorhandenen Geldüberhang abbauen.

<sup>19</sup> Müller 2000, S. 92.

Eher rar und teuer sind auch unterhaltungselektronische Geräte. Nach Erhebungen des Instituts für Marktforschung besteht das Gesamtsortiment der Unterhaltungselektronik noch Ende der achtziger Jahre in der DDR nur aus rd. einhundert verschiedenen Gerätetypen, mithin weniger, als in einem einzigen Elektronikfachmarkt der Bundesrepublik angeboten werden. Während in der Bundesrepublik Anfang der achtziger Jahre zum Beispiel 420 Farbfernsehgeräte in Katalogen angepriesen werden, gibt es in der DDR nur 13 Modelle.<sup>20</sup> Vor allem Farbfernsehgeräte sind begehrt, obschon die Preise in den späten achtziger Jahren zwischen 4.300 Mark und 6.900 Mark liegen. Trotz dieses hohen Preises sind sie im internationalen Vergleich technisch unterentwickelt.

### ***Die Manipulation von Statistiken in der DDR***

In einer Notiz von Werner Krolkowski – Mitglied des SED-Politbüros und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates – zur inneren Lage in der DDR im Frühjahr 1983 heißt es: *„In der Bevölkerung gibt es viel Kritik an den Mängeln in der Versorgungslage (...) Der Leistungszuwachs der Industrieproduktion beträgt in den beiden ersten Monaten des Jahres 1983 2,6 % arbeitstäglich und die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Bereich der Industrieministerien 1,4 %. Öffentlich spricht dagegen EH (Erich Honecker) von einem Zuwachs der industriellen Warenproduktion von 4,3 % und der Arbeitsproduktivität im Bereich der Industrieministerien von 3,3 %, d.h. es wird in der Statistik durch Schwindel weiterhin Schönfärberei betrieben, die direkt von EH und GM (Günter Mittag) angeordnet ist.“*<sup>21</sup>

Krolkowski, heimlicher Kontrahent von Erich Honecker, spricht damit aus, was einer breiten Öffentlichkeit erst nach dem Sturz der SED-Diktatur offenbar wird: Auf Befehl der obersten Partei- und Staatsführung werden Statistiken gefälscht, um die DDR in ein besseres Licht zu rücken. Dies geschieht sowohl durch Manipulationen am Zahlenwerk als auch durch Geheimhaltung von Daten.

Honecker verfügt unmittelbar nach seinem Aufstieg zum 1. Sekretär der SED, dass der Text des „Statistischen Jahrbuchs der DDR“ und andere Schriften der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) ihm vor Veröffentlichung vorgelegt werden müssen. Nach der Durchsicht und Säuberung der Daten durch Günter Ehrensberger, dem ZK-Abteilungsleiter für Planung und Finanzen, redigiert Honecker einige Daten selbst in der gefilterten Vorlage. Hochrangige Mitarbeiter der SZS bekunden nach dem Fall der Mauer und dem Sturz Hone-

---

<sup>20</sup> Vgl. Müller 2000, S. 190.

<sup>21</sup> Zit. nach: Przybylski 1991, S. 349 f.

ckers, „dass nicht die SZS ihre Mitteilungen veröffentlichte, sondern Dr. Günter Mittag und Erich Honecker bestimmten, was veröffentlicht wird“.<sup>22</sup>

Anders als im Westen vor 1989 vermutet, werden bestimmte Daten und Statistiken manipuliert. Peter von der Lippe geht in einem Gutachten für die Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ davon aus, „(...) dass in der DDR bewusst differenziert wurde zwischen Material, das sehr wenigen ausgewählten Funktionären der Partei übergeben wurde, und Material, das veröffentlicht wurde. Man hat sogar bewusst in Kauf genommen, dass nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch der Staatsapparat nur ein sehr unvollständiges Bild der Wirklichkeit hatte und eventuell sogar mit falschen Daten Berechnungen anstellte. Hinzu kommt, dass die Benutzung der statistischen Veröffentlichungen, auch wenn sie nur in den einfachsten Auswertungen bestand, unterbunden wurde, wenn dies der Partei nicht genehm war.“<sup>23</sup>

Da die SED die Statistik ebenso wie das Recht, die Medien etc. als „Waffe im Klassenkampf“ betrachtet, ist alles erlaubt, was der SED nutzt. Ein früherer Leiter der SZS, Heinz Rauch, bestätigt dies mit den Worten: „Es gibt keine Statistik schlechthin, sondern nur eine bürgerliche und sozialistische Statistik.“ Es kommt „darauf an, dass wir allen unseren Mitarbeitern [der SZS] die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse klarmachen“ und die Aufgabe der sozialistischen Statistik ist, „den Werktätigen (zu) helfen, die Überlegenheit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten des Lebens gegenüber der kapitalistischen Ordnung zu erkennen“.

Zu den aus Sicht der SED-Führung sensiblen Bereichen gehören zum Beispiel Daten über Auswanderungen oder Selbstmorde, über den Außenhandel, die Kosten des Sicherheitsapparates oder die Vermögensverteilung. Neben der Nichtveröffentlichung brisanter Daten kommt es auch zu Manipulationen durch definitorische und methodische Festlegungen. Besonders dreist werden die Zahlen über den Wohnungsbau gefälscht: Im Oktober 1988 feiert die SED die Übergabe der drei millionsten seit 1971 fertig gestellten Wohnung, während es realiter nur 1,9 Millionen sind. Durch die politisch motivierte Überdehnung des Begriffs „Modernisierung“ erhält dieser statistische Taschenspielertrick sogar einen realen Hintergrund. Selbst die Zahl der Neubauten wird um 11 % überhöht dargestellt.<sup>24</sup>

DDR-Planungschef Gerhard Schürer bestätigt nicht nur die Manipulationen in der Wohnungsbaustatistik – Heimplätze in Arbeiterwohnheimen und Pflegehei-

---

<sup>22</sup> Vgl. Przybylski 1992, S. 83.

<sup>23</sup> Lippe 1995, S. 1979.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 2003.

men wurden hinzugezählt –, sondern erwähnt die obskure Definition eines Roboters in der DDR: Hierzu werden selbst Melkmaschinen gezählt, so dass die DDR gemessen an der offiziell angegebenen Zahl der eingesetzten Roboter als eines der technologisch modernsten Länder der Welt erscheint.

Um die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu demonstrieren, sollte die DDR im Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) möglichst einen Exportüberschuss vermelden. Welches Ausmaß die Fälschung annimmt, verdeutlicht nachfolgende Tabelle.

Außenhandel der DDR mit dem NSW in Mill. VM						
Zeitraum	Tatsächliche Zahlen			Gemeldete Zahlen		
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo
1987	23633	25583	- 1950	28033	26683	+ 1350
1. HJ 88	10740	11048	- 308	12210	11760	+ 450
1.1.-30.9.88	16415	17608	- 1193	17715	17608	+ 107
1988	23700	27100	- 3400	27300	27100	+ 200

Quelle: Lippe 1995, S. 2021

Aus einem Importüberschuss von knapp 2 Mrd. VM wird 1987 ein Exportüberschuss von 1,35 Mrd. VM. Diese Zahlen werden auch internationalen Organisationen gemeldet. Die „Korrektur“ der Außenhandelsdaten erfolgt aufgrund einer Anweisung des ZK-Sekretärs Mittag.

Aus einem von Erich Honecker paraphierten Blatt wird deutlich, wie die im Staatshaushalt ausgewiesenen Ausgaben auf dem Gebiet der Landesverteidigung und Sicherheit manipuliert werden. Anstelle der errechneten tatsächlichen Ausgaben von 19,7 Mrd. Mark werden offiziell nur 16,8 Mrd. Mark angegeben und die Differenz von 2,9 Mrd. Mark anderen Institutionen zugeordnet. Wirtschaftshistoriker kommen bei der Rekonstruktion der Ausgaben für Verteidigung und „innere Sicherheit“ zu noch höheren Zahlen. Neben den 3,7 Mrd. Mark für das MfS und die 12,8 Mrd. Mark für die Nationale Volksarmee zum Beispiel im Jahre 1989 müssen weitere Belastungen des Haushalts hinzu gezählt werden: *„Unter Einbeziehung aller offen ausgewiesenen Aufwendungen sowie der Ausgaben des ‚Sonderbereichs‘ wurden nicht ca. 8 % des National-einkommens, wie bisher angenommen, sondern nahezu 11 % zur Verteidigung und ‚innere Sicherheit‘ aufgewandt. Dies war eine Quote, die deutlich über den Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben vergleichbarer Staaten lag.“*<sup>25</sup>

Die auf Weisung von höchster Stelle massiv manipulierten Daten führen bis heute zu einem geschönten Außenbild der DDR.

Auch unterschiedliche Erhebungsweisen und -methoden in der west- und ost-deutschen Statistik müssen beachtet werden. Ein Beispiel dafür ist die DDR-

<sup>25</sup> Karlsch 1999, S. 1583 f., vgl. auch Przybylski 1992, S. 208.

Statistik zur Säuglingssterblichkeit. *„In der DDR war ein Säugling lebend geboren und konnte damit sterben, wenn das Herz schlug und die Atmung funktionierte. In der Bundesrepublik war und ist ein Säugling lebend geboren und kann und konnte damit sterben, wenn das Herz schlägt oder die Atmung funktioniert. Mit anderen Worten: Viele der im Westen als verstorben gemeldeten Säuglinge kamen im Osten, da nie offiziell geboren, in keiner Säuglingssterblichkeitsstatistik vor und eröffneten damit der DDR unter anderem die Möglichkeit zu der Lüge, ihr Gesundheitswesen sei dem des Westens überleben.“<sup>26</sup>*

Selbst im letzten Jahresbericht der Staatsbank der DDR 1989 versuchen die Verantwortlichen, den Zustand der DDR-Wirtschaft und die Staatsverschuldung zu verschleiern. So werden zum Beispiel nur 10 Mrd. DDR-Mark als Kredite, die aus Mitteln des Staatshaushaltes zu tilgen sind, angegeben, weitere knapp 40 Mrd. werden als „Forderungen der Staatsbank“ bezeichnet. Hinzu kommen Kredite zur Finanzierung des Wohnungsbaus und der Außenwirtschaft. Die offiziell ausgewiesenen Forderungen an den Staatshaushalt von gut 126 Mrd. DDR-Mark sind deutlich niedriger als die in den Aktiva angegebenen Positionen. Nach überschlägigen Berechnungen betragen die inneren und äußeren Gesamtschulden der DDR etwa 292 Mrd. DDR-Mark, die jedoch als solche in der Bilanz nicht erkennbar sind.

### ***Der Umgang mit Umweltdaten in der DDR***

Die ökologische Schlussbilanz der DDR ist katastrophal: Die Luftbelastung mit Schwefeldioxid und Staub ist die höchste aller europäischen Staaten, viele Gewässer sind stark verschmutzt oder gekippt, und die Entsorgung des privaten und industriellen Abfalls erfolgt weitgehend unkontrolliert zu Lasten der Natur.

Ein von der Generalstaatsanwaltschaft der DDR Anfang Februar 1990 in Auftrag gegebenes Umweltgutachten bestätigt die schlimmsten Befürchtungen: *„Beim Aussenden von Schwefeldioxid pro Flächeneinheit rangierte die DDR an erster Stelle in Europa. Rd. 1,24 Millionen Menschen können nicht mit den Güternormen entsprechendem Trinkwasser versorgt werden. Die DDR verzeichnet einen Anteil von 52,4 % geschädigter Waldflächen. Eine einseitige Orientierung der Landwirtschaft auf Höchstbeträge und die Konzentration hoher Tierbestände ohne ausreichende Entsorgungslösungen für Abwässer und Abluft hat – zusammen mit dem Einsatz unzureichender Agrartechnik – zu teilweise hohen Schäden der Bodenstruktur, Grundwasserbelastung und Verunreinigungen der Oberflächengewässer geführt. Mehr als 40 % des anfallenden Mülls wurden auf ungeordneten Müllkippen und wilden Ablagerungen beseitigt. Für toxische Produkte der Arzneimittelproduktion, der Fertigung elektronischer Bauelemente*

---

<sup>26</sup> Walter Krämer: So lügt man mit Statistik, Manuskript, o.J.

und für Problemabfälle der Elektronik sind keine Hochtemperaturverbrennungsanlagen vorhanden. Diese Abfälle wurden ausnahmslos in Zwischenlagern gestapelt usw., usw.<sup>27</sup>

Die Veröffentlichung von Umweltdaten wird ab 1970 eingeschränkt; der „Statistische Jahresbericht für Umweltschutz und Wasserwirtschaft“ erhält die Form einer „Vertraulichen Verschlussache“ (VVS). In den nachfolgenden Jahren werden zumindest noch einige Daten veröffentlicht und der Jahresbericht an die Mitglieder des Ministerrats verteilt. Anfang der achtziger Jahre sind die jährlichen Umweltschutzberichte als „Geheime Verschlussache“ (GVS) eingestuft, so dass nur noch wenige Personen den jährlichen Umweltbericht erhalten. Als Begründung wird angegeben, die Umweltdaten würden vom Klassenfeind benutzt, um die DDR zu diskreditieren.

In den achtziger Jahren bleibt die ökologische Situation nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für politische Akteure Geheimsache. Vermutlich werden auch Umweltinformationen aus dem Mess- und Kontrollsystem verfälscht.<sup>28</sup>

Auf der zehnten Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 29. Januar 1990 charakterisiert der neue Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Peter Dietrich, die Umweltsituation in der DDR: *„Die hohen Belastungen der Luft, der Gewässer und des Bodens sind (...) Ursache gesundheitlicher Belastungen der Bürger, Schäden an Flora und Fauna und an Sachgütern. (...) die Belastungen der Luft mit Schwefeldioxid und Staub [übersteigen] die gesetzlich zulässigen Werte, und die [Belastung der] Gewässer durch Abwasserinhaltsstoffe schränkt die Nutzung des Wassers bedeutend ein. (...)“*<sup>29</sup>

Für die besonders starke Luftverschmutzung und extrem hohen Schwefeldioxid-Emissionen und starke Schwebstaubbelastung zeichnet vor allem die Verwendung stark schwefelhaltiger Rohbraunkohle verantwortlich.

<b>Vergleich von Umweltdaten für das Jahr 1988</b>			
	<b>BRD</b>	<b>DDR</b>	<b>BRD = 100 %</b>
<b>SO<sub>2</sub>-Ausstoß in kg</b>	30	310	1.020
<b>NO<sub>x</sub>-Ausstoß in kg</b>	43	59	137
<b>CO<sub>2</sub>-Ausstoß t</b>	11,7	23,0	196

Quelle: Behrens 2007, S. 9; Angaben pro Kopf

Die überdurchschnittlich hohe Staubbelastung in der DDR führt dazu, dass mehr als jeder vierte Bewohner hiervon unzulässig hoch belastet wird.

<sup>27</sup> Przybylski 1992, S. 198.

<sup>28</sup> Vgl. Beleites 1999, S. 1588.

<sup>29</sup> Zit. nach: Thayßen 2000a, S. 554.

Die Waldschäden sind ebenfalls beträchtlich: Zum Ende der DDR ist mehr als die Hälfte der Wälder geschädigt, darunter 16,4 % in starker oder mittlerer Weise. Gleiches gilt wegen hoher Belastungen für die Gewässer. *„Die Beschaffenheit der Hauptwasserläufe der DDR war 1990 dadurch gekennzeichnet, dass von den klassifizierten Flussabschnitten nur 20 % für die Trinkwassergewinnung mit normalen Aufbereitungstechnologien nutzbar waren. 35 % waren nur mit komplizierten und ökonomisch sehr aufwändigen Technologien aufbereitbar und 45 % waren für eine Trinkwassergewinnung nicht mehr nutzbar.“*<sup>30</sup> Aufgrund dieses Zustandes haben etwa zwei Millionen Menschen nur Trinkwasser mit einem erhöhten Nitratgehalt von über 40 mg pro Liter zur Verfügung. Dies resultiert insbesondere aus dem im Vergleich zur Bundesrepublik stark erhöhten Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft. Da die Düngemittel zu zwei Dritteln aus Klärschlamm bestehen, gelangen schädliche Stoffe wie Nitrate und Blei in die Böden. Pflanzenschutzmittel werden ebenfalls deutlich häufiger als in der Bundesrepublik eingesetzt. Als Folge verarmen die Böden und verschmutzen die Gewässer. Die Schadstoffbelastung von Flüssen und Seen ist hierdurch und durch das Einleiten ungeklärter industrieller Abwässer ebenfalls sehr hoch. In die Elbe gelangen zum Beispiel pro Jahr 23 Tonnen Quecksilber, 380 Tonnen Kupfer, 120 Tonnen Blei, 2000 Tonnen Zink und 3,5 Millionen Tonnen Chlorid. Nur etwa 3 % aller Flüsse und 1 % aller Seen in der DDR gelten 1989 noch als ökologisch intakt.<sup>31</sup>

Bis zum Jahre 1990 sind nur 36 % der Bevölkerung an eine biologische und 57,7 % überhaupt an eine Kläranlage angeschlossen. In der Bundesrepublik entsorgen zum gleichen Zeitpunkt über 86 % der Bevölkerung ihr Abwasser mittels einer Kläranlage.<sup>32</sup> Viele Staatsbetriebe entledigten sich „gleich um die Ecke“ ihrer verschlissenen Produktionsanlagen und Produktionsabfälle.

Ein besonders schwerwiegendes Problem ist die Entsorgung von Sonder- und Giftmüll. Zusätzlich zum eigenen Müll nimmt die DDR, um Devisen zu bekommen, große Mengen Giftmüll aus West-Berlin, der Bundesrepublik und auch aus anderen westeuropäischen Ländern auf. Experten gehen davon aus, *„(...) dass die DDR nach 1985 pro Jahr aus der EG und Österreich 685.000 Tonnen Giftmüll, über 200.000 Tonnen mit Schadstoff kontaminierte Klärschlämme und zigtausend Tonnen mit Giftstoffen verseuchte Böden importiert hat. Diese Gemenge bunkerte sie fast sämtlich in vier Spezialdeponien ein.“*<sup>33</sup> Besonders die Schadstoffdeponien in Vorketzin, Schöneiche und Deetz gelten schon zu DDR-Zeiten als „aktive umweltschädliche Giftverbreiter, da keine von ihnen eine Ba-

---

<sup>30</sup> Behrens 2007, S. 3.

<sup>31</sup> <http://www1.dasan.de/j//medien/jumatexte/03natur/umwelt.htm>; Zugriff: 13.2.2009, 16.10 Uhr.

<sup>32</sup> Vgl. Behrens 2007, S. 9.

<sup>33</sup> Buck 1999, S. 468 f.

sisabdichtung gegenüber dem Erdreich besaß“. Aber selbst die als vorbildhaft deklarierte Spezialdeponie in Schönberg, 18 km von Lübeck entfernt, entspricht keineswegs modernstem Standard.

Der geringe Stellenwert des Umweltschutzes in der DDR wird durch einen Vergleich der Investitionen für den Umweltschutz deutlich. Während Japan 3,4 %, die CSSR 2,3 %, die USA 2,0 % und die Bundesrepublik 1,6 % vom produzierten Nationaleinkommen in den achtziger Jahren für entsprechende Investitionen ausgeben, veranschlagt die DDR nur 0,5 %.

Zu den genannten Umweltbelastungen kommen noch die militärischen Altlasten, vor allem durch die Rote Armee hinzu. Nach dem Abzug der über 500.000 russischen Militärangehörigen wird das ganze Ausmaß der Umweltverschmutzung sichtbar. *„Es wurden 33.750 Altlastverdachtsflächen auf 140 Truppenübungsplätzen, 406 Garnisonen, 80 Flugplätzen, 147 Lagern und Bunkern sowie 42 Großtanklagern erfasst und dokumentiert. Die Einschätzung mit dem in diesem Projekt geschaffenen Erstbewertungsmodell MEMURA ergab, dass 18.880 Altlastverdachtsflächen nicht umweltrelevant sind, 10.814 weiterer mittelfristiger Untersuchung bedürfen und für 4.048 sofortiger Handlungsbedarf besteht. Von der WGT-genutzten Fläche sind rund 5.700 ha (2,5 %) Altlastverdachtsflächen, auf 10 % bis 20 % dieser Flächen besteht Sanierungsbedarf.“*<sup>34</sup>

Die Bilanz von Experten zum Umweltzustand der DDR ist vernichtend: *„Als nach dem Untergang der DDR-Herrschaft Monat für Monat neue Schreckensmeldungen über die real-sozialistische Entsorgungswirklichkeit bis 1989 verbreitet wurden, war es von da an allen mit der ökologischen Sanierung befassten Fachleuten klar, dass die jahrzehntelange rücksichtslose Befrachtung des Bodens mit den ‚Exkrementen des Produktionsprozesses‘ (Marx) die DDR in ein ökologisches Minenfeld voller Altlasthalden, Schadstoffgruben, verschlammten Reststofflöchern aus der Chemieproduktion und versuchten Flächen verwandelt hatte. Wie viele teils nur notdürftig abgedeckte und nicht mehr bediente Müllkippen aus 45 Jahren Müllgeschichte insgesamt auf dem Territorium versteckt lagen, war für die DDR mit Akribie flächendeckend noch nicht ermittelt worden. Außerdem war unbekannt, auf wie viel Ablagerungsplätzen in der Vergangenheit schadstoffhaltige Industrieabfälle verscharrt worden waren und wie groß die Flächen angesetzt werden mussten, die durch Schadstoffablagerungen inzwischen kontaminiert worden waren.“*<sup>35</sup>

Ehemalige Akteure in der staatlichen Umweltpolitik oder Wissenschaft der DDR verweisen in Sachen DDR-Umweltschutz auf die positive Funktion des Sero-Systems – die landesweite Erfassung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen

---

<sup>34</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1999, S. 2880 f.  
<sup>35</sup> Buck 1999, S. 479.

durch das Kombinat Sero. Dieses System ist jedoch keineswegs aus Umweltschutzgründen, sondern aufgrund der Materialknappheit eingeführt worden. Gleichwohl soll der positive Effekt nicht unterschlagen werden.

Kritik wird rücksichtslos unterdrückt: Gegen Umweltaktivisten leitet die Stasi „Zersetzungsmaßnahmen“ ein. *„(...) Jeder, der ernsthaft daran arbeitete, zur Umweltsituation in der DDR eine kritische Öffentlichkeit herzustellen, wurde früher oder später mit einem operativen Vorgang verfolgt, d.h. auch Opfer von Zersetzungsmaßnahmen.“*<sup>36</sup>

Wer sich auf Basis recherchierter Daten kritisch zur Umweltsituation äußert, muss zudem damit rechnen, aufgrund folgender Paragraphen im Strafgesetzbuch der DDR angeklagt zu werden: § 97 Spionage, § 99 Landesverräterische Nachrichtenübermittlung, § 100 Landesverräterische Agententätigkeit, § 106 Staatsfeindliche Hetze, § 107 Verfassungsfeindlicher Zusammenschluss, § 214 Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit, § 218 Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele, § 219 Ungesetzliche Verbindungsaufnahme und § 220 Öffentliche Herabwürdigung.

Trotz der repressiven Maßnahmen entstehen in mehreren Städten so genannte Umweltbibliotheken. Die bedeutendste richtet in Ost-Berlin im Keller der Zionsgemeinde ein Archiv ein und gibt unter dem Schutz der Kirche die „Umweltblätter“ mit einer Auflage von zuletzt etwa 5.000 Exemplaren heraus. Im November 1987 stürmt die Stasi diese Umweltbibliothek und nimmt mehrere Personen fest. Nach landesweiten Protesten und Kritik der internationalen Presse lässt der SED-Staat die Aktivisten nach kurzer Untersuchungshaft frei. Nach dieser fehlgeschlagenen Aktion der Stasi wird die Umweltbibliothek DDR-weit bekannt.

Umweltschäden entstehen auch durch Störfälle und Katastrophen in den veralteten Industrieanlagen. Diese hält der SED-Staat geheim.

Der fahrlässige Umgang mit „Störfällen“ und den entsprechenden Auswirkungen auf die Menschen zeigt sich insbesondere beim Umgang mit der Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. Die radioaktive Wolke erreicht sehr schnell die DDR und die Bundesrepublik.

Während in Westdeutschland und West-Berlin die Katastrophenmeldung und die Messdaten eine breite öffentliche Diskussion und Schutzmaßnahmen auslösen, berichtet die DDR-Presse erst vier Tage danach über den Unfall, indem sie eine kurze Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS übernimmt: *„Havarie im ukrainischen Kernkraftwerk. Im Kernkraftwerk Tschernobyl*

---

<sup>36</sup> Ebd., S. 1598.

*in der Ukraine hat sich eine Havarie ereignet. Einer der Kernreaktoren wurde beschädigt. Es werden Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Havarie ergriffen. Den Betroffenen wird Hilfe erwiesen. Es wurde eine Regierungskommission eingesetzt.*<sup>37</sup>

Erich Honecker empfiehlt Müttern, Salat zu waschen, bevor Kinder ihn essen. Verschwiegen wird in der DDR ebenfalls, dass zum Beispiel in Sachsen-Anhalt Regenfälle den Boden verseucht haben und die Radioaktivität einiger Milchproben 700 % über dem Grenzwert für Säuglinge liegt. Die Bevölkerung kann sich nur über West-Medien informieren. Aus Vorsicht halten sich viele mit dem Kauf von Obst und Gemüse zurück mit der Folge, dass Kinder dieses in Schulen und Kindergärten bekommen.<sup>38</sup>

Die Gesundheitsschäden und wahrscheinlich auch die im Vergleich zur Bundesrepublik geringere Lebenserwartung der Bevölkerung dürfte bis zu einem gewissen Grad auf die starke Umweltbelastung in der DDR zurückzuführen sein. So liegt zum Beispiel die Sterblichkeit von Männern an Bronchitis, Lungenemphysem und Asthma Bronchiale mehr als doppelt so hoch wie im europäischen Durchschnitt.<sup>39</sup> Die Arbeit im Uranbergbau bei Wismut führt nicht nur zu einem starken Anstieg von Lungenkrebsfällen.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. Nève 1995, S. 24.

<sup>38</sup> Vgl. Spiegel online vom 9. April 2006.

<sup>39</sup> Vgl. Pflugbeil 1999, S. 562.

<sup>40</sup> Ebd., S. 564.

## Nach der Wiedervereinigung: Wohlstandsexplosion in Ostdeutschland und Wohlstandsstagnation in Westdeutschland

In den letzten neunzehn Jahren, vor allem bis Mitte der neunziger Jahre, erleben die meisten ostdeutschen Haushalte eine beispiellose positive Entwicklung des Lebensstandards, die, weil sie zu großen Teilen nicht selbst erwirtschaftet wird, pointiert als Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament bezeichnet werden kann. Die meisten westdeutschen Haushalte erleben in dieser Zeit Stagnation des Wohlstandes auf allerdings immer noch hohem Niveau.

Die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen steigen bis Mitte der neunziger Jahre in Ostdeutschland brutto um etwa 150 %, netto um über 120 %, real um mehr als 40 %. In den Jahren danach verlangsamten sich die Einkommenszuwächse; gleichwohl verzeichnen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer bis zur Jahrtausendwende weitere Reallohnsteigerungen. Zwischen 1996 und 2003 wachsen die Arbeitnehmerentgelte nur um insgesamt 14 %, um dann bis 2007/2008 real kaum noch zu steigen. Die realen Nettomonatsverdienste für ostdeutsche Angestellte haben sich gleichwohl zwischen 1991 und 2007/2008 in etwa verdoppelt, die der ostdeutschen Arbeiter um 60 % bis 80 % – je nach Familienstand – erhöht.

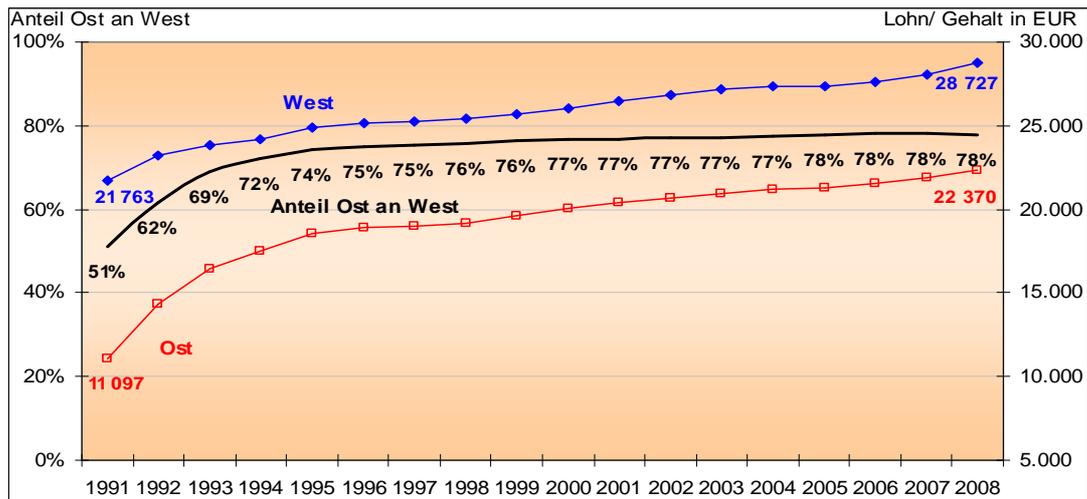
Westdeutsche Arbeitnehmer kommen dagegen zwischen 1991 und 2007 auf nur geringe reale Nettolohnsteigerungen. Die verfügbaren Einkommen – d.h. das, was den Haushalten tatsächlich zur Verfügung steht – wachsen real im Zeitraum zwischen 1991 und 2006 nur um 1 % bis 2 %. Die kargen realen Wohlstandszuwächse verdanken sich weniger der Entwicklung der Bruttolöhne als steuerlichen Erleichterungen vor allem für Familien.

Primäres und verfügbares Einkommen*						
	1991		2007		Steigerung: Primäreinkommen	Steigerung: Verfügbares Einkommen
	Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner	Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte je Einwohner	Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner		
<b>Ost</b>	6.903	7.145	15.144	15.064	119,4 %	110,8 %
<b>West</b>	16.695	13.779	22.918	19.242	37,3 %	39,6 %

\* Angaben in Euro; Ost und West jeweils ohne Berlin  
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Die verfügbaren Einkommen, die u.a. neben den Vermögenseinkommen auch die Sozialtransfers berücksichtigen, erreichen 2006 im Osten durchschnittlich knapp 78 % des Westens.

**Schaubild 28: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Ost-West-Vergleich**



Ost und West jeweils ohne Berlin.  
 Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

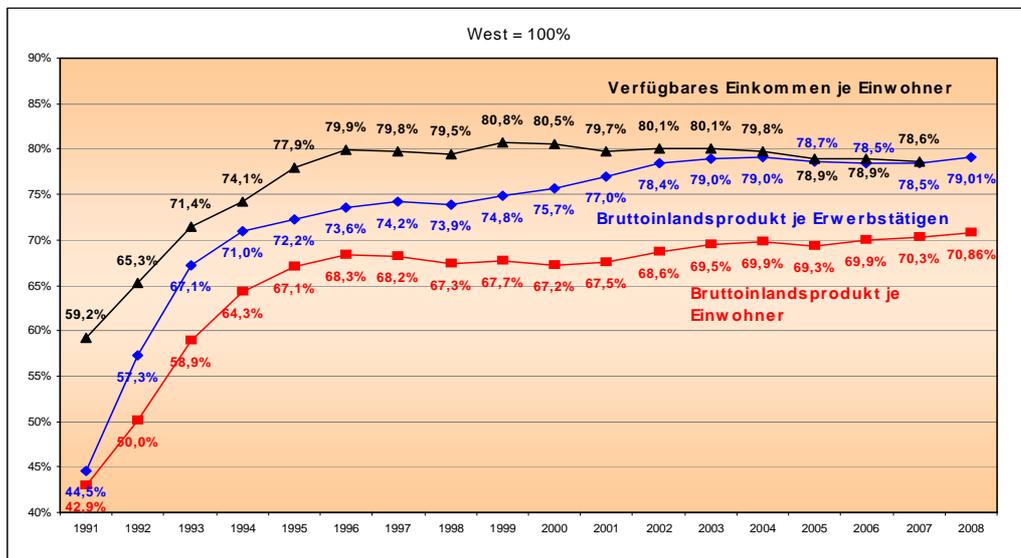
Allerdings variieren die Unterschiede in den einzelnen Wirtschaftsbereichen weiterhin beträchtlich. Während in vielen Branchen seit Mitte der neunziger Jahre 100 % des Westniveaus gezahlt werden (etwa im Dachdeckerhandwerk, in der Druck-, Eisen- und Stahlindustrie und im privaten Bank- und Versicherungsgewerbe), erhalten Beschäftigte zum Beispiel im Hotel- und Gaststättenbereich, in der Steine- und Erdenindustrie und in der Bekleidungsindustrie nur zwischen 65 % und 80 % des Westtarifs. Darüber hinaus liegt die wöchentliche Arbeitszeit in Ostdeutschland in vielen Bereichen nach wie vor um etwa zwei Stunden über der im Westen.

Die Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes in den östlichen Bundesländern erhalten – alle Leistungen zusammengerechnet und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Arbeitszeiten – etwa 90 % (bezogen auf den Monat: 92,5 %) der westdeutschen Gehälter. Die daraus resultierenden Nettolöhne dürften inzwischen etwa 95 % erreicht haben.

Werden weitere Einkommensarten berücksichtigt, stellt sich der Ost-West-Vergleich erheblich differenzierter dar. Während das Niveau der Vermögenseinkommen und privaten Altersrenten weiterhin beträchtlich auseinanderklafft – eine systembedingte Nachwirkung –, übertreffen die sozialen Transfers für ostdeutsche Haushalte den westdeutschen Level deutlich. Im Saldo gleichen sich die entgegen gerichtet wirkenden Größen jedoch wieder aus. Je nach Datenbasis und Familienstand erreichen die neuen Bundesbürger etwa Mitte der neunziger Jahre beim verfügbaren Einkommen zwischen 80 % und 82 % des durchschnittlichen Westniveaus. Derzeit liegen sie nominal zwischen 77 % und 80 %.

Während die durchschnittlichen Altersrenten in Ostdeutschland sowohl bei Männern als auch vor allem bei Frauen wesentlich höher als im Westen ausfallen, erreichen die durchschnittlichen Vermögenseinkommen ostdeutscher Haushalte nur etwa ein Drittel des westdeutschen Niveaus.

**Schaubild 31: Verfügbares Einkommen und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/je Erwerbstätigen im Ost-West-Vergleich**



Ost einschließlich Berlin; in jeweiligen Preisen.  
 Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Die Bedeutung der Transfers beim Angleichungsprozess der zur Verfügung stehenden Einkommen offenbart der Vergleich zum BIP je Erwerbstätigem bzw. je Einwohner. Die Entwicklung dieser drei Größen verläuft parallel, d.h. auch weiterhin steht die Wohlstandsentwicklung in Ostdeutschland nicht auf eigenen Füßen. Die Wachstumsentwicklung verläuft in den letzten drei Jahren in etwa parallel.<sup>41</sup>

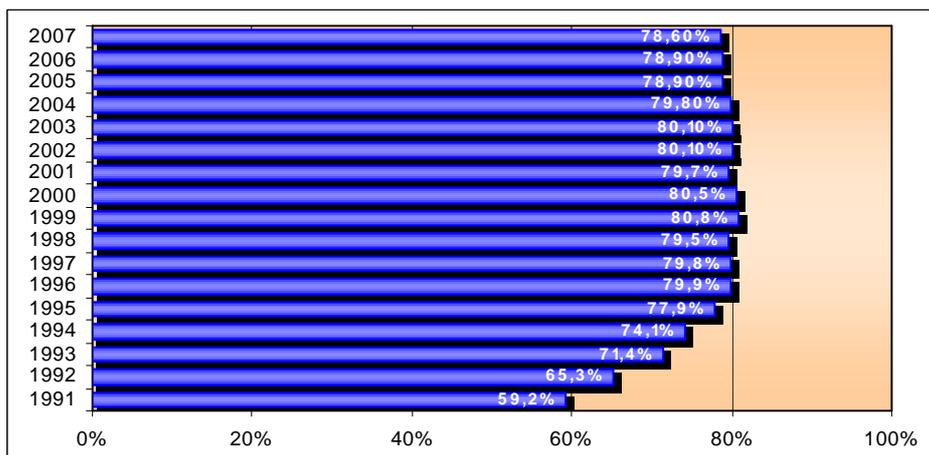
In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung fallen in vielen Bereichen vor allem bei den Mieten und Dienstleistungen die Preise in Ostdeutschland erheblich niedriger aus als in Westdeutschland. Im Jahr 2003 liegt das Preisniveau in Ostdeutschland nach Berechnungen des IWH 6,6 % unter dem westdeutschen Wert.<sup>42</sup> Damit schmilzt – zumindest auf der Ebene der Haushalte – die reale Einkommensdifferenz auf etwa 15 Prozentpunkte. Im Ost-West-Vergleich unterscheiden sich die Preise weiterhin bei einigen Dienstleistungen und vor allem bei den Mieten und bei den Preisen für Häuser und Wohnungen. So zahlen zum Beispiel Mieter in Rostock 6,15 Euro pro qm, in Cottbus 4,43 Euro, in Magdeburg 4,3 Euro, in Wiesbaden aber 7,51 Euro, in Stuttgart 7,27 Euro und in München 9,81 Euro. Noch stärker unterscheiden sich die Preise für Einfamili-

<sup>41</sup> Vgl. BMWi (Hg.): Wirtschaftsdaten neue Bundesländer, Berlin 2009, S. 4.  
<sup>42</sup> Wirtschaft im Wandel Nr. 8/2004.

enhäuser. Ein vergleichbares Haus kostet im Jahre 2007 in Sachsen-Anhalt 60.000 Euro und in Thüringen knapp 69.000 Euro, in Bayern dagegen knapp 213.000 Euro und in Hamburg knapp 284.000 Euro.<sup>43</sup>

Laut einer an der Universität Dortmund erstellten Studie variieren die Lebenshaltungskosten regional in Deutschland zwischen Ost und West und auch innerhalb der beiden Landesteile noch stärker als vom IWH berechnet. Der Kaufkraftunterschied zwischen Bundesländern beträgt im Jahr 2002 maximal 24 %. Während die Nominallöhne in diesem Jahr zwischen Ost und West um 28 % differieren, beträgt der Abstand bei den Haushaltseinkommen 19 %. In der realen Betrachtung sind die Westlöhne nur noch um rund 8 % höher als die Ostlöhne und die durchschnittlichen realen Haushaltseinkommen liegen nahezu auf dem gleichen Niveau.<sup>44</sup> In die Betrachtung gehen indes nur die Flächenländer ein, die Stadtstaaten bleiben außen vor. Gleichwohl gelten die Ergebnisse für den überwiegenden Teil der Bevölkerung.

**Schaubild 32: Verfügbares Einkommen je Einwohner: Ost-West-Anteil**



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) je Einwohner in Euro; neue Bundesländer einschließlich Berlin, West = 100%.

*Quelle:* Arbeitskreis VGR der Länder

Bei dieser Betrachtung der Entwicklung der verfügbaren Einkommen im Ost-West-Vergleich wird deutlich, dass der Aufholprozess der ostdeutschen Haushalte bis Mitte der neunziger Jahre äußerst dynamisch und seitdem eher schleppend bzw. sogar leicht rückläufig verläuft.

Unter Berücksichtigung zweier aus der unterschiedlichen Vorgeschichte resultierender Faktoren zeigt sich für über drei Viertel der Bevölkerung ein längst vollzogener Angleichungsprozess, d. h. die meisten Haushalte in Ost und West haben monatlich etwa gleich viel Geld zur Verfügung. Die bestehende Einkom-

<sup>43</sup> Vgl. Stern Nr. 15/2009, S. 90.

<sup>44</sup> Roos 2004.

mensungleichheit verdankt sich schon seit mehreren Jahren einem höheren Anteil Bezieher hoher Gehälter im Westen, die im Osten noch fehlen. So liegt im Jahre 2003 im westdeutschen Durchschnitt der Anteil der Gutverdiener, d.h. derjenigen, deren Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze überschreitet, bei 4,7 %, in Ostdeutschland trotz einer um rund 10.000 Euro niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze aber nur bei 2,8 %.<sup>45</sup> Im Jahr 2006 verfügen etwa 7 % der westdeutschen, aber nur etwa 3 % der ostdeutschen Haushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 4.500 Euro und mehr.<sup>46</sup>

<b>Einkommensverteilung im Ost-West-Vergleich*</b>		
<b>Einkommen in Euro<sup>1</sup></b>	<b>West</b>	<b>Ost</b>
<b>Unter 900</b>	12,7	19,4
<b>900-1.300</b>	15,7	21,1
<b>1.300-1.500</b>	8,2	9,7
<b>1.500-2.000</b>	16,9	18,7
<b>2.000-2.600</b>	16,0	14,3
<b>2.600-3.600</b>	16,3	10,6
<b>3.600-5.000</b>	8,7	4,4
<b>5.000-18.000</b>	4,9	1,6

\* in Prozent; <sup>1</sup> monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Euro nach Selbsteinstufung des Haushalts am 1.1.2008

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Heft 1, Wirtschaftsrechnungen 2008

eher weiter entfernt vom westdeutschen Durchschnitt; Alleinerziehende, Paare mit älteren Kindern und vor allem Rentner- und Sozialtransfer-Haushalte eher dichter daran. So zeigt sich auch hier bei den unteren Einkommensbezieher in Ost und West inzwischen ein identisches Niveau, während im höheren Bereich weiterhin eine erhebliche Kluft existiert. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Haushalte der Selbstständigen in Ostdeutschland nicht einmal annähernd das Einkommen ihrer Pendanten im Westen erreichen.

Gleichwohl: Trotz der weiterhin bestehenden durchschnittlichen Wohlstandsdifferenz und der unterschiedlichen Spreizung der Wohlfahrtspositionen verfügen die meisten ostdeutschen Haushalte über einen mit dem Westen durchaus vergleichbaren durchschnittlichen Wohlstand.

Die Dimension dieser Entwicklung wird erst in einer historischen Perspektive deutlich. Die ostdeutschen Haushalte starten zum Zeitpunkt der Vereinigung kaufkraftbereinigt in etwa auf einem Niveau, das ein durchschnittlicher westdeutscher Haushalt Ende der fünfziger Jahre erreicht hat. Mitte der neunziger Jahre sind sie etwa im westlichen Wohlstand des Jahres 1992 angelangt, d. h. sie haben in kurzer Zeit einen Wohlstandssprung von über 30 Jahren vollzogen;

<sup>45</sup> Vgl. Binder/Schwengler 2006, S. 9.

<sup>46</sup> Vgl. Datenreport 2001, S. 146.

Ohne die oberen 10 % bis 20 % der Einkommensbezieher decken sich schon seit zehn Jahren in etwa sowohl die Verteilungsstruktur als auch das durchschnittliche reale Nettoeinkommen.

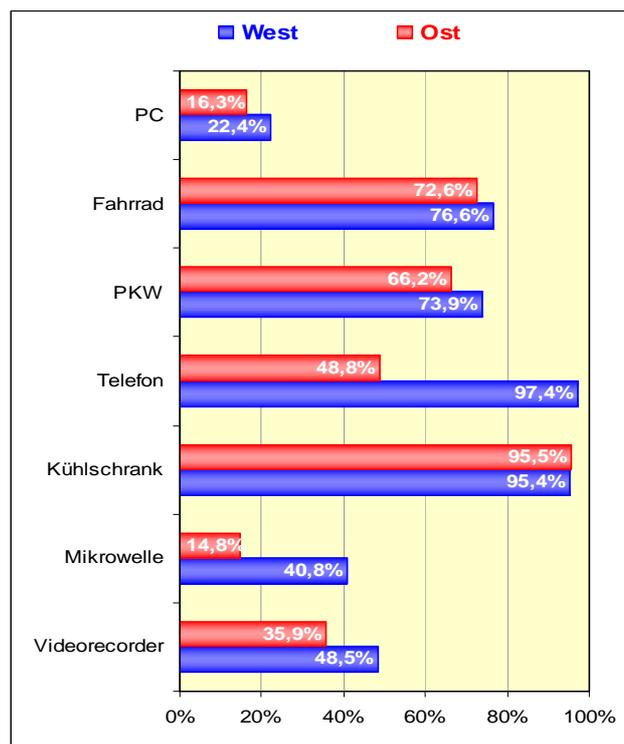
Der deutsch-deutsche Angleichungsprozess verläuft indes in den einzelnen Haushaltsgruppen bzw. sozialen Schichten sehr unterschiedlich. Ein-Personen-Haushalte und Paar-Haushalte ohne Kinder liegen

seither ist der Angleichungsprozess aber gestoppt. Im Jahre 2008 entspricht das BIP je Einwohner im Osten nominal dem in der alten Bundesrepublik im Jahre 1992; im Zeitraum von 1991 bis 2008 hat es sich mehr als verdreifacht. In den alten Ländern erhöht sich die Wirtschaftskraft im genannten Zeitraum lediglich um etwa 46 %. Nur durch anteilig steigende Vermögenseinkommen und private Altersvorsorge haben viele westdeutsche Haushalte ihre Wohlstandspolition seit der Vereinigung halten oder geringfügig verbessern können.

### **Die Angleichung der Wohlstandsattribute**

Die Ostdeutschen decken sich nach der Vereinigung mit langlebigen Gebrauchsgütern ein: West-Fernseher, West-Waschvollautomat, West-Auto. Zwischen 1990 und 1993 leistet sich etwa jeder zweite Ostdeutsche einen neuen PKW, knapp jeder dritte eine neue Waschmaschine, gut jeder zweite einen Farbfernseher und gut jeder dritte einen Videorekorder.

**Schaubild 33: Ausstattung privater Haushalte 1993**

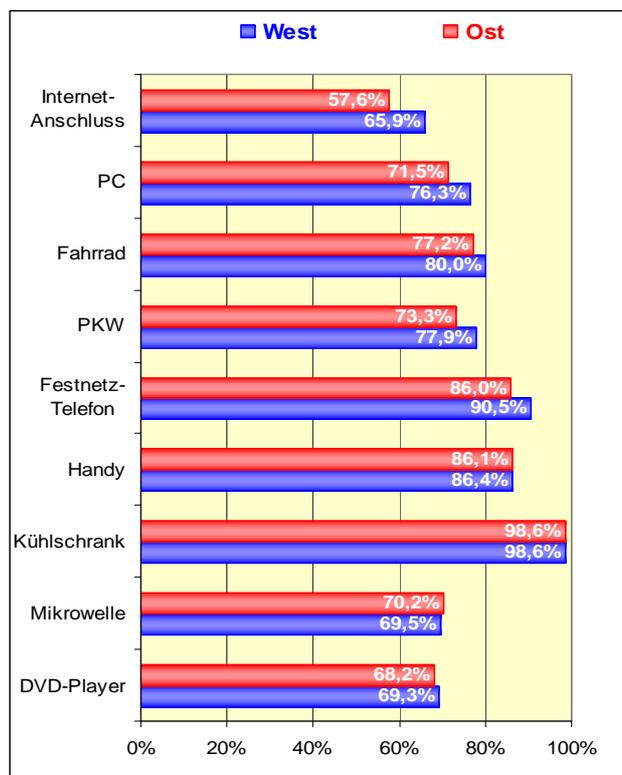


*Quelle:* Statistisches Bundesamt;  
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

Im Laufe der nächsten Jahre verschwinden die Unterschiede, die wir im Jahre 1993 in obigem Schaubild noch sehen, nahezu vollständig.

Allerdings verbergen sich hinter den Durchschnittszahlen Unterschiede, vor allem bei Preis und Größe der PKW. Aus Zulassungszahlen neuer Wagen im Jahre 1998 kann gefolgert werden, dass zu dieser Zeit in den neuen Bundesländern die Mittelklasse dominiert; im oberen Preissegment fällt der ostdeutsche Anteil rapide ab. Die Nobelmarken BMW und Mercedes verkaufen in Westdeutschland ein Vielfaches mehr als in den neuen Ländern. Allerdings nähern sich bereits damals die durchschnittlichen Ausgaben für den PKW-Neukauf an. Westdeutsche zahlen im Jahre 1999 etwa 37.000 D-Mark für einen Neuwagen, Ostdeutsche dagegen ca. 34.000 DM. 1991 fällt die Differenz mit knapp 32.000 bzw. 20.500 D-Mark noch beträchtlich größer aus.

**Schaubild 34: Ausstattung privater Haushalte 2008\***



*Quelle:* Statistisches Bundesamt;  
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Im Jahre 2008 ist – wie obiges Schaubild demonstriert – der Angleichungsprozess im Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern zwischen ost- und westdeutschen Haushalten endgültig abgeschlossen.

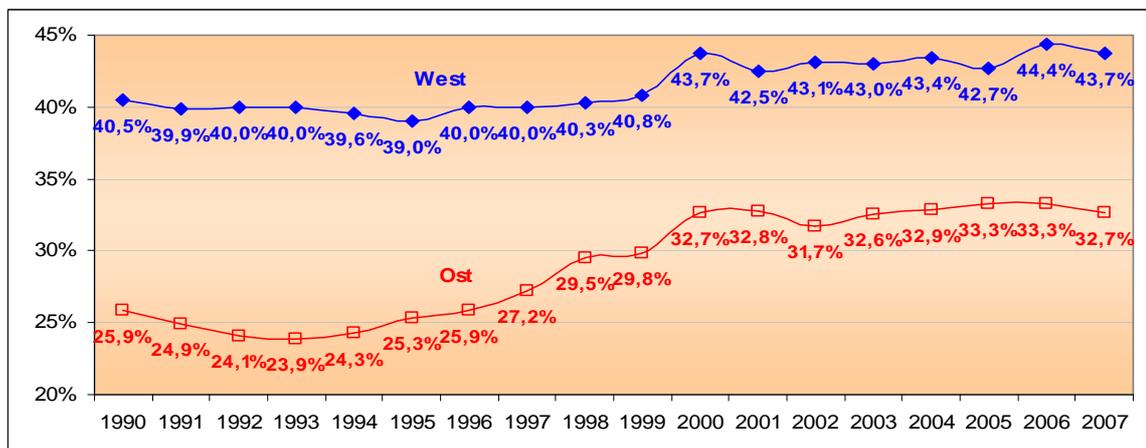
Die ostdeutschen Urlaubsausgaben sind inzwischen von 71 % auf 99 % des Westniveaus gestiegen. Im Jahre 2008 wenden Westdeutsche im jährlichen Durchschnitt 836 Euro für ihren Urlaub auf, Ostdeutsche 827 Euro. Unterschiedlich sind zum Teil aber immer noch die Reiseziele – Westdeutsche reisen häufiger nach Italien, Spanien und auf andere Kontinente, Ostdeutsche häufiger

in Länder des ehemaligen Ostblocks oder sie bleiben in Ostdeutschland und besuchen beispielsweise die ehemalige DDR-Ostseeküste.<sup>47</sup>

Weitgehend angeglichen haben sich die Aufwendungen für den privaten Konsum. Im Osten wird etwas mehr für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (14,6 % gegenüber 13,6 %) sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (11,9 % gegenüber 11,0 %) ausgegeben, im Westen etwas stärker in Wohnenergie und Wohnungsinstandhaltung (32,9 % gegenüber 31,6 %) sowie in Gesundheitspflege (4,2 % gegenüber 2,8 %) investiert. Die höheren Ausgaben für Verkehr verzeichnen mit 16,8 % (gegenüber 15,1 %) dagegen die Ost-Haushalte.<sup>48</sup>

Noch unter dem Westniveau liegt der private Immobilienbesitz in Ostdeutschland. Das hat historische Gründe: Nur wenige Personen haben in der DDR jährlich die Genehmigung erhalten, ein eigenes Haus zu bauen.

**Schaubild 35: Anteil der Haushalte in selbst genutztem Wohneigentum**



Quelle: SOEP-Monitor 2007.

Obschon der Anteil ostdeutscher Haushalte mit Haus- und Grundbesitz bzw. Wohneigentum in den Jahren seit der Vereinigung – nicht zuletzt begünstigt durch staatliche Förderung – deutlich angestiegen ist, besteht eine beträchtliche – vergangenheitsbedingte – Lücke gegenüber dem Westen.

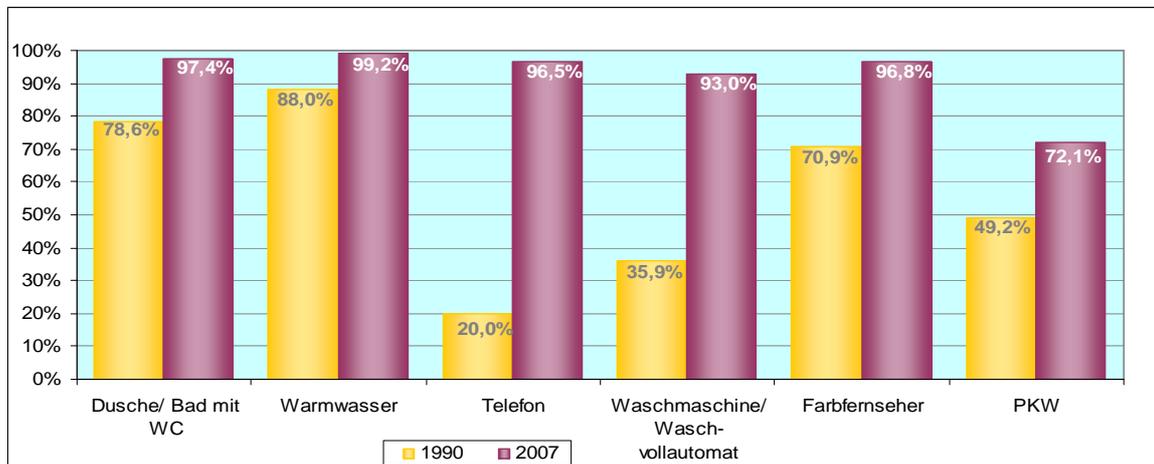
Seit der Vereinigung werden in den neuen Ländern über eine Million Wohnungen fertig gestellt. Daneben erfolgt die Sanierung alter Häuser und Wohnungen. Bezogen auf die Wohnfläche je Einwohner und die Ausstattung der Wohnungen hat ein weitgehender Angleichungsprozess zwischen Ost und West stattgefunden. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person steigt seit der Vereinigung

<sup>47</sup> Vgl. Sönke Krüger: Jetzt reist zusammen, was zusammen gehört, in: Welt online vom 22. März 2009, Zugriff: 22. März 2009, 16.20 Uhr, und FUR (Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V.): Reiseanalyse 2009. Erste Ergebnisse.

<sup>48</sup> Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR) 1998, 2003 und 2006.

von knapp 27 qm auf knapp 40 qm (West: gut 38 qm auf knapp 45 qm). Der Ost-West-Anteil erhöht sich dadurch von etwa 70 % auf gut 87 %. Die Wohnungsqualität verbessert sich: Schon zehn Jahre nach der Einheit verfügen die meisten Wohnungen über moderne Heizung, Bad/Dusche und Innen-WC.

**Schaubild 38: Langlebige Gebrauchsgüter in ostdeutschen Haushalten in den Jahren 1990 und 2007**



\*Waschmaschine: Daten aus 2006 !

Quelle: SOEP Monitor 1984-2007;

Wie sich die Wohnsituation und die Haushaltsausstattung im Laufe des Transformationsprozesses verändert haben, wird aus obigem Schaubild deutlich. Diese Entwicklung illustriert die Wohlstandsexplosion in Ostdeutschland.

### **Regionale Wohlstandsunterschiede**

Durch den Finanzausgleich und diverse Bundeszuschüsse hat der Bund die Voraussetzungen geschaffen, dass auf Länderebene „gleichwertige Lebensverhältnisse“ entstehen können. Dabei geht es aber nicht um gleiche Einkommen oder individuelle Lebensverhältnisse, die ohnehin von zusätzlichen Faktoren abhängen, sondern um Infrastruktur, Bildung und Verkehr sowie andere staatliche Garantien, die gleiche Lebenschancen ermöglichen sollen.

Neben dem über Länder und Kommunen vermittelten Finanzausgleich garantiert der Sozialstaat die Herstellung individueller Gleichwertigkeit durch das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung und das Wohngeld. Die beitragsfinanzierten Sozialversicherungssysteme verteilen darüber hinaus ebenfalls Mittel um, um das Gleichwertigkeitsziel auch für Erwerbstätige zu erreichen. Hinzu kommen Bundeszuschüsse.

Die Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ findet also nicht nur Ausdruck im Länderfinanzausgleich – den West-Ost-Transfers –, sondern auch in den regionalen Ausgleichsmechanismen der Sozialversicherungen. Wenn man in den Blick nimmt, dass zum Beispiel Baden-Württemberg bezogen auf den

Arbeitsort im Jahre 2005 einen Überschuss von knapp 2,7 Mrd. Euro aufweist und Sachsen auf einen negativen Saldo von knapp 1,8 Mrd. Euro kommt, aber die Ausgaben in Sachsen mit 918 Euro je Einwohner deutlich über denen in Baden-Württemberg mit 510 Euro liegen, wird das Ausmaß der Umverteilung sichtbar. Insgesamt beträgt in diesem Jahr der Überschuss für die westlichen Länder gut 6,8 Mrd. Euro, das Minus bei den östlichen etwa 7 Mrd. Euro.<sup>49</sup> In den alten Ländern werden im Jahre 2005 durchschnittlich 575 Euro je Einwohner für die Arbeitslosenversicherung ausgegeben, in den neuen Ländern sind es 914 Euro. Noch deutlicher fallen die Differenzen in der Rentenversicherung aus. Einem positiven Saldo von zum Beispiel Bayern mit 658 Euro je Einwohner steht ein negativer Saldo von knapp 1.647 Euro je Einwohner in Sachsen gegenüber. Unter dem Strich entfällt auf die alten Länder ein Plus von 313 Euro je Einwohner und auf die neuen ein Minus von etwa 1.217 Euro.<sup>50</sup>

Das regionale Wohlstandsgefälle in Deutschland zwischen West und Ost, aber auch innerhalb des Westens und des Ostens ist beträchtlich. Den knapp 91.000 Euro BIP pro Einwohner des Landkreises München stehen die Südwest-Pfalz mit gut 12.500 Euro und das Zwickauer Land mit gut 13.000 Euro gegenüber. Dagegen nimmt sich der Unterschied zwischen den neuen und den alten Ländern mit 22.130 Euro gegenüber 32.231 Euro je Einwohner im Jahr 2008 eher bescheiden aus.

Obschon die Unterschiede innerhalb der neuen Länder geringer sind als in den alten, hat sich auch hier ein deutliches Wohlstandsgefälle herausgebildet. So lag zum Beispiel im Jahre 2006 das BIP pro Einwohner in der Stadt Dresden bei knapp 30.000 Euro und im Landkreis Mecklenburg-Strelitz nur bei 13.495 Euro. Die dynamischsten Standorte Ost haben inzwischen den Anschluss an den Westen gefunden, so eine Studie zu den regionalen Entwicklungsunterschieden in Ost und West. Gleichzeitig zeigen sich in den alten Ländern Problemzonen, die strukturschwachen ostdeutsche Regionen ähneln. Nach dieser Studie verfügt inzwischen jeder sechste Kreis in Ostdeutschland bereits über Strukturen und Perspektiven, die viele westdeutsche Kreise nicht erreichen.<sup>51</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. Schnitzlein/Bruckmeier 2008, S. 40.

<sup>50</sup> Vgl. Bundesamt für Raumwesen und Bauordnung: Die Grundsäulen des fiskalischen Ausgleichssystems, S. 2 ff.

<sup>51</sup> Vgl. Jakszentis/Hilpert 2005, S. 57/58.

**Schaubild 39: Stärkstes und schwächstes verfügbares Einkommen je Einwohner nach Kreisen und Regionen 2006**

Baden-Württemberg	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in BW:	19845 €
Kreis mit höchstem VEK in BW:	Heilbronn, Kreisfreie Stadt 24917 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in BW:	Baden-Baden, Kreisfreie Stadt 23851 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in BW:	Mannheim, Universitätsstadt, Kreisfreie Stadt 17364 €
Kreis mit niedrigstem VEK in BW:	Neckar-Odenwald-Kreis 17153 €
Bayern	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in BY:	19285 €
Kreis mit höchstem VEK in BY:	Starnberg, Landkreis 27952 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in BY:	München, Landkreis 24294 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in BY:	Regen, Landkreis 15984 €
Kreis mit niedrigstem VEK in BY:	Freyung-Grafenau, Landkreis 15753 €
Nordrhein-Westfalen	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in NW:	19104 €
Kreis mit höchstem VEK in NW:	Olpe, Kreis 25807 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in NW:	Märkischer Kreis 22249 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in NW:	Hamm, Kreisfreie Stadt 15613 €
Kreis mit niedrigstem VEK in NW:	Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt 15518 €
Hessen	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in HE:	18833 €
Kreis mit höchstem VEK in HE:	Hochtaunuskreis 25083 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in HE:	Main-Taunus-Kreis 22115 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in HE:	Kassel, documenta-Stadt, Kreisfreie Stadt 16353 €
Kreis mit niedrigstem VEK in HE:	Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt 16321 €
Saarland	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in SL:	17618 €
Kreis mit höchstem VEK in SL:	St. Wendel, Landkreis 23949 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in SL:	Saarpfalz-Kreis 18775 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in SL:	Saarlouis, Landkreis 16476 €
Kreis mit niedrigstem VEK in SL:	Merzig-Wadern, Landkreis 15417 €
Rheinland-Pfalz	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in RP:	17538 €
Kreis mit höchstem VEK in RP:	Mainz-Bingen, Landkreis 20724 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in RP:	Rhein-Pfalz-Kreis 19218 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in RP:	Kusel, Landkreis 16020 €
Kreis mit niedrigstem VEK in RP:	Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt 15690 €
Niedersachsen	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in NI:	17518 €
Kreis mit höchstem VEK in NI:	Harburg, Landkreis 21790 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in NI:	Celle, Landkreis 20091 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in NI:	Leer, Landkreis 15225 €
Kreis mit niedrigstem VEK in NI:	Aurich, Landkreis 15181 €
Schleswig-Holstein	
Bundesland:	
durchschnittl. VEK in SH:	17395 €
Kreis mit höchstem VEK in SH:	Stormarn, Landkreis 21072 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in SH:	Pinneberg, Landkreis 19131 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in SH:	Kiel, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt 15367 €
Kreis mit niedrigstem VEK in SH:	Flensburg, Kreisfreie Stadt 14874 €

Bundesland:	Brandenburg	
durchschnittl. VEK in BB:		15000 €
Kreis mit höchstem VEK in BB:	Potsdam-Mittelmark, Landkreis	16218 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in BB:	Dahme-Spreewald, Landkreis	15637 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in BB:	Ostprignitz-Ruppin, Landkreis	14088 €
Kreis mit niedrigstem VEK in BB:	Uckermark, Landkreis	13585 €

Bundesland:	Sachsen	
durchschnittl. VEK in SN:		14949 €
Kreis mit höchstem VEK in SN:	Chemnitz, Kreisfreie Stadt	15765 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in SN:	Weißeritzkreis	15627 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in SN:	Niederschlesischer Oberlausitzkreis	14209 €
Kreis mit niedrigstem VEK in SN:	Löbau-Zittau, Landkreis	14167 €

Bundesland:	Thüringen	
durchschnittl. VEK in TH:		14521 €
Kreis mit höchstem VEK in TH:	Suhl, Kreisfreie Stadt	16879 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in TH:	Wartburgkreis	16129 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in TH:	Weimar, Kreisfreie Stadt	13302 €
Kreis mit niedrigstem VEK in TH:	Kyffhäuserkreis	13266 €

Bundesland:	Sachsen-Anhalt	
durchschnittl. VEK in ST:		14332 €
Kreis mit höchstem VEK in ST:	Jerichower Land	15051 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in ST:	Börde	14981 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in ST:	Halle (Saale), Stadt	13890 €
Kreis mit niedrigstem VEK in ST:	Stendal	13837 €

Bundesland:	Mecklenburg-Vorpommern	
durchschnittl. VEK in MV:		14266 €
Kreis mit höchstem VEK in MV:	Mecklenburg-Strelitz, Landkreis	15573 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in MV:	Schwerin, Kreisfreie Stadt	14960 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in MV:	Ostvorpommern, Landkreis	13421 €
Kreis mit niedrigstem VEK in MV:	Uecker-Randow, Landkreis	13076 €

Region:	ABL	
durchschnittl. VEK in den ABL:		18991 €
Kreis mit höchstem VEK in den ABL:	Starnberg, Landkreis (BY)	27952 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in den ABL:	Olpe, Kreis (NW)	25807 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in den ABL:	Aurich, Landkreis (NI)	15181 €
Kreis mit niedrigstem VEK in den ABL:	Flensburg, Kreisfreie Stadt (SH)	14874 €

Region:	NBL	
durchschnittl. VEK in den NBL:		14683 €
Kreis mit höchstem VEK in den NBL:	Suhl, Kreisfreie Stadt (TH)	16879 €
Kreis mit zweithöchstem VEK in den NBL:	Potsdam-Mittelmark, Landkreis (BR)	16218 €
Kreis mit zweitniedrigstem VEK in den NBL:	Kyffhäuserkreis (TH)	13266 €
Kreis mit niedrigstem VEK in den NBL:	Uecker-Randow, Landkreis (MV)	13076 €

Ohne Berlin, Bremen und Hamburg.  
Quelle: VGR der Länder.

Obiges Schaubild verdeutlicht die gewaltigen Einkommensunterschiede in den einzelnen Ländern – so zum Beispiel in Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo die Einkommensunterschiede weit über 70 % bzw. 60 % betragen. Der Vergleich des stärksten westdeutschen Landkreises (Starnberg) mit 27.952 Euro verfügbares Einkommen je Einwohner gegenüber dem schwächsten in den westdeutschen Ländern (Stadt Flensburg) mit 14.874 Euro illustriert das enor-

me Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd. Dagegen liegen die einkommensstärksten und einkommensschwächsten Landkreise in den neuen Ländern wesentlich dichter zusammen. Suhl und Ücker-Randow trennen nur knapp 30 %. Dies entspricht in etwa auch der durchschnittlichen Differenz der alten und neuen Bundesländer.

<b>Tabelle 20: Maximale Einkommensdifferenz in Kreisen nach Bundesländern und Regionen 2006*</b>	
	<b>Differenz</b>
<b>Bayern</b>	77,4
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	66,3
<b>Saarland</b>	55,3
<b>Hessen</b>	53,7
<b>Baden-Württemberg</b>	45,3
<b>Niedersachsen</b>	43,5
<b>Schleswig-Holstein</b>	41,7
<b>Rheinland-Pfalz</b>	32,1
<b>Thüringen</b>	27,2
<b>Brandenburg</b>	19,4
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	19,1
<b>Sachsen</b>	11,3
<b>Sachsen-Anhalt</b>	8,8
<b>ABL (ohne Berlin, Bremen, Hamburg)</b>	87,9
<b>NBL (ohne Berlin)</b>	29,1
<b>ABL/NBL (ohne Berlin)</b>	29,3

\* Angaben in Prozent;

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Die maximale Wohlstandsdifferenz, gemessen am verfügbaren Einkommen, fällt in allen westdeutschen Ländern höher als zwischen Ost- und Westdeutschland aus. In den alten Bundesländern ohne die drei Stadtstaaten beträgt die maximale Bandbreite knapp 88 %, in den neuen Ländern dagegen nur gut 29 %. Werden die Stadtstaaten miteinbezogen, ist das Wohlstandsgefälle zwischen Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein ebenfalls höher als das zwischen Ost und West. Die vorgenannten Unterschiede werden freilich an den jeweiligen Preisen gemessen und nicht an der unterschiedlichen regionalen Kaufkraft. Wird diese miteinbezogen, reduzieren sich die Wohlstandsunterschiede sowohl innerhalb des Ostens und Westens als auch zwischen Ost und West bis zu einem gewissen Grad.

Das hohe Umverteilungsmaß allein zwischen West und Ost wird bei einem Vergleich zwischen Primäreinkommen<sup>52</sup> und verfügbarem Einkommen<sup>53</sup> der priva-

<sup>52</sup> Das Primäreinkommen der privaten Haushalte enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Hierzu gehören das Arbeitnehmerentgelt, die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, die Vergütung für mithelfende Familienangehörige, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen.

<sup>53</sup> Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich dadurch, dass den Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden

ten Haushalte je Einwohner offenbar. Während die Primäreinkommen von 1991 bis 2006 anteilig Ost an West von 43,7 % auf 64,2 % steigen, klettern die verfügbaren Einkommen im Osten von 56,2 % auf 77,3 %. Der Anteil der monetären Sozialleistungen am verfügbaren Einkommen erreicht in den neuen Ländern nach der Jahrtausendwende zwischen 45 % und 50 % gegenüber 30 % in den alten Ländern.

Tabelle 21: Regionale Disparitäten im Einkommensbereich												
Anteile	Primäreinkommen				Arbeitnehmerentgelt				Verfügbare Einkommen			
	1991	1993	2003	2007	1991	1993	2003	2008	1991	1993	2003	2007
Ost/West	41,35	54,14	64,61	66,08	49,43	69,04	77,09	77,83	51,85	66,40	79,33	78,29
West/West <sup>1</sup>	66,51	69,66	71,90	73,22	81,23	81,41	81,17	77,31	69,35	73,55	76,35	75,70
Ost/Ost <sup>2</sup>	85,51	87,83	88,84	87,06	94,34	93,39	95,00	94,48	88,37	91,55	93,83	93,99

\* Angaben in Prozent; Ost und West jeweils ohne Berlin

<sup>1</sup> Anteil des schwächsten am stärksten westdeutschen Bundesland; <sup>2</sup> Anteil des schwächsten am stärksten ostdeutschen Bundesland

Quelle: Arbeitsgemeinschaft VGR der Länder

Wie obige Tabelle verdeutlicht, reduzieren sich die Disparitäten auf Länderebene sowohl innerhalb als auch zwischen den Landesteilen vom Primäreinkommen bis zum verfügbaren Einkommen. So erhöht sich zum Beispiel – gemessen am Westniveau – der durchschnittliche prozentuale Vergleichswert des Ostens vom Primäreinkommen über das Arbeitnehmerentgelt bis zum verfügbaren Einkommen. Dieser Effekt verdankt sich den Transfers in den Osten, an denen auch die schwachen westlichen Länder beteiligt sind. Bis 2003 verbessern sich die ostdeutschen Länder anteilig bei allen drei Einkommensarten. Im Jahr 2006 geht allerdings ihr Anteil bei den Primäreinkommen und vor allen den verfügbaren Einkommen zurück, d.h. hier wird der Abstand wieder größer. Gleiches gilt für die Ungleichheit im Westen, die von 2003 - 2006 wieder zunimmt.

Erst unterhalb der Länder werden auch in Ostdeutschland auf der Ebene von Landkreisen die Differenzen sichtbar, die sich seit der Vereinigung herausgebildet haben. Auf regionaler Ebene zeigt sich aber auch, dass einige ostdeutsche Kreise wie zum Beispiel Bad Doberan und Nordwest-Mecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern, Teltow-Fläming und Oder-Spree in Brandenburg, Dresden und der Weißeritz-Kreis in Sachsen, Jena und Eisenach in Thüringen sowie der Ohre-Kreis in Sachsen-Anhalt bezüglich Demographie, Wirtschaft, Integration, Bildung und Familienfreundlichkeit Werte erreichen, die über dem westdeutschen Durchschnitt liegen.

---

Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

## **Gewinner und Verlierer der Wiedervereinigung**

Wie bei jeder revolutionären Umwälzung der Verhältnisse gibt es auch im deutschen Vereinigungsprozess Gewinner und Verlierer. Zunächst profitieren alle Ostdeutschen gleichermaßen von der neu gewonnenen individuellen und politischen Freiheit, auch wenn nicht jeder dies zu schätzen weiß. Je länger die DDR-Zeit zurückliegt, desto selbstverständlicher wird – zum Beispiel bei Jugendlichen – von vermeintlich schon immer vorhandenen freiheitlichen Verhältnissen ausgegangen oder – von älteren Personen – sogar „vergessen“, was Unfreiheit bedeutet. Die bei nicht wenigen Ostdeutschen inzwischen festzustellende Missachtung der Freiheit erweist sich in vielerlei Hinsicht als eines der größten Probleme der Vereinigung und des Zusammenwachsens.<sup>54</sup> Die materielle Situation verbessert sich gleichsam über Nacht für nahezu alle.

Spätestens nach der Öffnung der Grenzen ist hohen Nomenklaturkadern des SED-Staates klar, dass ihre an die Machtmonopolstellung der SED gekoppelten materiellen und sozialen Privilegien nicht in der gleichen Form erhalten bleiben werden. Jenseits der obersten ehemaligen Führungsschicht, die sich zumeist ohnehin im Rentenalter befindet, schaffen es jedoch nicht wenige „Altkader“, sich unter neuen Verhältnissen bestens einzurichten. Durch undurchsichtige Finanztransfers im Umfeld von SED und MfS und die fortbestehenden und durch Beziehungen zu westlichen Partnern erweiterten Netzwerke gelingt es ihnen vor allem im Wirtschaftssektor, insbesondere im Immobilien-, Versicherungs- und Finanzberatungsgeschäft, Fuß zu fassen.

Viele derjenigen, die der DDR bzw. der SED im Staatsdienst treu dienten und nach der Übernahme in gesicherte Beschäftigungspositionen im vereinten Deutschland nun lauthals ihre angebliche Diskriminierung beklagen, sind, verglichen mit der „Normalbevölkerung“, nach wie vor materiell wie statusmäßig privilegiert. Während das Lehrpersonal in den Schulen weitgehend übernommen wird, verlieren im Wissenschafts- und Hochschulbereich viele Beschäftigte ihre Positionen, werden entlassen oder in den Ruhestand geschickt. Ihrem Sturz in die Bedeutungslosigkeit suchen nicht wenige seither zu begegnen, indem sie die Vereinigung als Kolonisierungsprozess beschreiben und ihre eigene Rolle in den Jahren der SED-Diktatur verdrängen oder beschönigen.

Zu den Gewinnern der Einheit zählen auch andere ehemals systemnahe Personen. Gleichsam über Nacht zu DM-Millionären geworden sind einige der etwa 300.000 Personen, die als Folge des so genannten Modrow-Erlasses vom März 1990 ein Grundstück erwerben. Durch die Höherbewertung der Bodenpreise können sie beim Verkauf einen entsprechenden Profit erzielen. Gleiches finan-

---

<sup>54</sup> Vgl. zur Nostalgie unter Jugendlichen und in der ostdeutschen Bevölkerung Deutz-Schroeder/Schroeder 2008.

zielles Glück widerfährt den Besitzern von Grundstücken, die nach der Vereinigung von den Kommunen als Bauland ausgewiesen werden. Unter den 1990 frisch gebackenen Grundstücksbesitzern dürfte sich eine große Zahl ehemals sehr systemnaher Personen befinden.

In Ostdeutschland verlieren die alte Machtelite und die mit ihr verbundenen privilegierten Schichten, die für die 45-jährige Geschichte der Diktatur verantwortlich zeichnen, vor allem an Status und Prestige, was sie mehr als alles andere schmerzt. Der Zusammenbruch der DDR und die nachfolgende Vereinigung bedeuten für sie eine Niederlage, die viele von ihnen auch als persönliche Schmach empfinden.

Zu den (ideellen) Gewinnern der Einheit zählt vor allem der eher kleine Personenkreis, der in der DDR politisch verfolgt wurde oder aus politischen Gründen in seinen individuellen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt war. Für viele Ältere unter ihnen kommt das Ende der DDR zu spät, als dass sie hätten beruflich neu beginnen können. Als Rentner profitieren sie zwar allgemein von der schnellen Übertragung des westdeutschen Sozialsystems, so dass sie ihren Lebensabend nicht wie in der DDR in ärmlichen Verhältnissen verbringen müssen, doch ihre Renten liegen aufgrund ihrer schlechteren beruflichen Chancen in der DDR deutlich unter den Bezügen derjenigen, die für die Diktatur in höheren Positionen verantwortlich zeichnen.

Zu den großen (materiellen) Gewinnern der Vereinigung bzw. der Sozialunion gehören die ostdeutschen Rentner. Statt 30-40 % des durchschnittlichen Arbeitseinkommens – wie in der DDR im Normalfall üblich – beziehen sie heute über 80 %, mitunter sogar über 100 %, als gesetzliche Rente. Am Vorabend der Vereinigung liegt das Einkommen ostdeutscher Rentnerhaushalte nur bei etwas mehr als einem Drittel ihrer westdeutschen Altersgenossen.

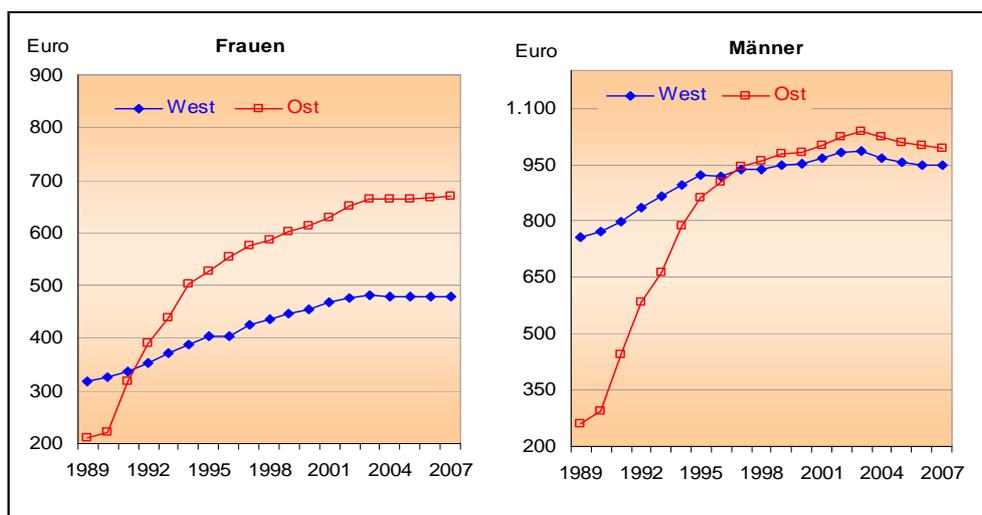
Diese Entwicklung verdankt sich den entsprechenden Vereinbarungen im Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Hiernach erfolgt die Berechnung der ostdeutschen Renten nicht nach dem tatsächlichen Verdienst in der DDR oder dem Niveau der eingezahlten Sozialbeiträge – 10 % vom individuellen Bruttolohn für die Renten- und Krankenversicherung –, sondern nach einem fiktiven Einkommen, das sich an der bundesrepublikanischen Einkommensentwicklung orientiert. Wer in der DDR eine Durchschnittsrente erhalten hätte, bekommt nun die bundesdeutsche Durchschnittsrente. Entsprechende Renten erhalten diejenigen, die mehr oder weniger als der Durchschnitt verdienen. Gleichzeitig wird vereinbart, die Eckrente erst nach einem längeren Zeitraum in Ost und West auf die gleiche Höhe zu heben. Bis zum heutigen Tag liegt der aktuelle Rentenwert in den alten Ländern knapp 14 % über dem in den neuen (26,56 Euro gegenüber 23,34 Euro). Angesichts dessen glaubt eine

Mehrheit in Ostdeutschland, sie würden bei der Rentenberechnung benachteiligt. Ostdeutsche Interessen- und Parteivertreter beklagen diese vermeintliche Schlechterstellung. Nicht berücksichtigt ist dabei, dass zur Ermittlung des aktuellen Rentenwertes in den neuen Bundesländern das reale Einkommen derzeit fiktiv um 18 % erhöht wird. Diese Aufwertung ostdeutscher Renten führt dazu, dass beispielsweise ein Arbeiter aus Rostock mit einem Jahreseinkommen von etwa 24.000 Euro einen späteren monatlichen Rentenzahlbetrag von 22,15 Euro erhält. Sein Arbeitskollege in Lübeck benötigt hierfür jedoch ein jährliches Einkommen von etwa 25.000 Euro. Wenn beide das Gleiche verdienen würden, erhielte der ostdeutsche Arbeitnehmer einen höheren Rentenzahlbetrag als der westdeutsche Arbeitnehmer. Realiter ist also nicht der ostdeutsche, sondern der westdeutsche Sozialbeitragszahler bzw. Rentner benachteiligt.

Die durchschnittliche ostdeutsche Altersrente hat sich zwischen 1988/89 und 1999 nominal in etwa vervierfacht. Dieser Entwicklungssprung innerhalb von nur zehn Jahren hat bei westdeutschen Rentnern etwa 25 Jahre gedauert. Bei der Eckrente steigen die durchschnittlichen Werte in den neuen Ländern gemessen an denen in den alten von 40,3% (1. Juli 1990) auf 88,1% (seit 1. Juli 2005). Im Zeitraum von 1990 bis 2007 erhöht sich das Niveau der tatsächlich gezahlten Altersrenten bei Frauen im Ost-West-Vergleich von 114,4% auf 139,4 %, bei Männern von 73,5 % auf 105,1 %.

Ende 2007 beträgt der durchschnittliche Rentenzahlbetrag wegen verminderter Erwerbstätigkeit und Alters bei ostdeutschen Männern 995 Euro (West: 947 Euro) und bei Frauen 669 Euro (West: 480 Euro). Bei den Altersrenten fällt die Differenz noch höher aus (143,3 % und 114,4 %). Die relative Besserstellung der ostdeutschen Rentner verdankt sich ihrer längeren Lebensarbeitszeit.

**Schaubild 40: Entwicklung der Renten im Ost- West- Vergleich 1989 - 2007**



Die verfügbaren laufenden Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters der Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland. Angaben für Ost 1989 und 1990 in Mark der DDR. D- Mark und Mark der DDR wurden im gleichen Verhältnis in Euro umgerechnet.

Datenbasis: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Rentenbestandsbericht; Winkler 1990, Frauenreport '90, VDR

Bei den zur Verfügung stehenden monatlichen Einnahmen haben die westdeutschen Rentnerhaushalte allerdings immer noch einen allerdings nur leichten Vorsprung aufgrund höherer Einnahmen aus Betriebsrenten, Pensionen und Vermögen. Im Jahr 2007 können Rentnerhaushalte, in denen Ehepaare mit Bezugspersonen ab 65 Jahren leben, monatlich 2.350 Euro ausgeben, im Osten dagegen nur 1.937 Euro. Alleinstehende Männer verfügen im Westen über 1.568 Euro und im Osten über 1.188 Euro und selbst alleinstehende Frauen kommen bei den Gesamteinnahmen auf einen etwas höheren monatlichen Betrag als ihre Geschlechtsgenossinnen im Osten (1.201 Euro gegenüber 1.152 Euro). In den neuen Ländern werden die Einnahmen der Rentnerhaushalte zu 92 % aus der gesetzlichen Rentenversicherung gedeckt, in den alten nur zu 59 %. Bei Letzteren tragen andere Altersversicherungsleistungen wie insbesondere Pensionen zu 23 % zum Einkommen bei.<sup>55</sup>

An der Spitze der materiellen Gewinner der Einheit stehen ostdeutsche Rentner, die zusätzlich Leistungen aus den ehemaligen Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR beziehen. Ursprünglich legte der Staatsvertrag fest, die Ansprüche und Anwartschaften aus diesen Zusatz- und Sonderversorgungssystemen auf maximal 1.500 D-Mark zu begrenzen.

In seinen Entscheidungen vom April 1999 und vom Juni 2004 erklärt das Bundesverfassungsgericht Entgeltbegrenzungen für Leistungen aus den Zusatzversorgungssystemen für nichtig Betroffen sind seither nur Personen, die Mitglied oder Kandidat im Politbüro, hauptamtliche Mitarbeiter im ZK der SED, Minister, Vorsitzende von Staatsrat und Ministerrat oder hohe SED-Funktionäre auf Bezirks- und Kreisebene waren. Für alle anderen systemnahen Personengruppen entfällt die Begrenzung. Während nur etwa rund 1.000 Personen durch diese neue Regelung nicht in den Genuss der mit einer entsprechenden Nachzahlung verbundenen Rentenerhöhung kommen, erhalten etwa 10.000 Menschen eine Erhöhung und rund 4.000, die Widerspruch gegen den alten Rentenbescheid eingelegt haben, sogar darüber hinaus beträchtliche Nachzahlungen. Das politisch motivierte „Feudalsystem der Alterssicherung in der DDR“ findet somit seine Fortsetzung in der gesetzlichen Rentenversicherung des vereinten Deutschlands. Hauptamtliche Mitarbeiter des MfS werden danach rückwirkend Durchschnittsverdienern gleichgestellt. Sie erhalten ab Juli 1999 eine Rente von etwa 850 Euro sowie eine durchschnittliche Nachzahlung von rd. 22.000 Euro.<sup>56</sup>

---

<sup>55</sup> Vgl. Rentenversicherungsbericht 2008, S. 23 f.

<sup>56</sup> Eisenfeld 2000.

**Tabelle 22: Folgekosten der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR\***

Jahr	Gesamtkosten	Anteil des Bundes	Anteil neue Länder
2002	4,395	1,657	2,72
2003	4,003	1,619	2,384
2004	3,925	1,543	2,382
2005	3,935	1,562	2,373
2006	3,902	1,366	2,536
2007	4,184	1,464	2,72
<b>Summe</b>	<b>24,344</b>	<b>9,211</b>	<b>15,115</b>

\* in Milliarden Euro;

Quelle: Jahre 2002-2005 Bundestagsdrucksache 16/805, Jahre 2006-2007 Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Anteile Bund und Länder geschätzt, Unstimmigkeiten rundungsbedingt

Die Folgekosten für die Zusatzversorgungssysteme teilen sich Bund und ostdeutsche Länder. Bis Ende 2007 werden hierfür gut 24 Mrd. Euro aufgebracht, wovon der Bund gut 9 Mrd. und die neuen Länder gut 15 Mrd. finanzieren. Die Kosten für die erst nach langjährigen Auseinandersetzungen eingeführten Opferrenten betragen dagegen jährlich etwa 200 bis 250 Mio. Euro.

So erfreuen sich auch nach dem Zusammenbruch ihrer Diktatur ehemals Verantwortliche über unverhältnismäßig hohe Altersversorgungsbezüge und beklagen gleichzeitig lauthals das schlechte soziale Klima im vereinten Deutschland, während die Benachteiligten und Opfer der Diktatur mit zum Teil kargen Renten auskommen müssen.

Trotz mancher Umstellungsschwierigkeiten, die sich nicht zuletzt in Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewaltbereitschaft einer Minderheit äußern, haben die meisten ostdeutschen Jugendlichen durch die Einheit neue Entwicklungsperspektiven gewonnen. Sie müssen sich nicht mehr den gleichgeschalteten Institutionen sowie der weitgehend zentralistisch gesteuerten Ausbildungs- und Berufslenkung unterwerfen, sondern können Bildungsweg und Berufsperspektive – soweit Begabung und Ausbildungsplätze vorhanden sind – frei wählen.

Die Abiturientenquote zum Beispiel steigt nach der Vereinigung in Ostdeutschland im Bereich der Primärausbildung schnell von etwas über 10 % pro Jahrgang auf über 30 %. Allerdings verzichtet ein hoher Anteil auf ein Studium und beginnt mit einer Berufsausbildung. Dadurch kommt es auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zu einem Verdrängungsprozess zu Lasten weniger Qualifizierter.

Arbeitsplatzbesitzer stehen nahezu durchweg auf der Sonnenseite der Vereinigung, während vor allem die Langzeitarbeitslosen trotz der sozialen Sicherungssysteme zu den Verlierern gehören. Der Verlust sicher geglaubter Lebensperspektiven, mit dem mehr oder weniger alle Beschäftigten zumindest zwischenzeitlich konfrontiert waren, wiegt für sie umso schwerer.

Unter einer Entwertung des eigenen sozialen und kulturellen Kapitals leidet zumindest in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, wenn nicht bis zum heutigen Tag, insbesondere die Altersgruppe, die unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen zu alt für einen Neubeginn und eigentlich zu jung für den Vorruhestand ist: die Generation der zum Zeitpunkt der Vereinigung 50- bis 55-Jährigen. Für die an Erwerbstätigkeit gewöhnten Vorruheständler bedeutet die auch für sie mit der Vereinigung gegebene vergleichsweise materielle Besserstellung nur eine bescheidene Kompensation für den Verlust des Arbeitsplatzes, der in der DDR stärker als in der Bundesrepublik für viele mehr als nur einen Gelderwerb darstellte. Bei ihnen besteht der Preis der Freiheit in einem Verlust an Identität, den sie nur schwer überwinden können.

Von ostdeutschen Vereinigungskritikern wird behauptet, die Frauen in den neuen Ländern seien Verliererinnen der Einheit. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich diese Aussage als nicht zutreffend für eine breite Mehrheit der Frauen: Zwar war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR außerordentlich hoch (ca. 90 %). In der Entlohnung und Teilhabe an Führungspositionen waren Frauen in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik benachteiligt.

Die schon in der DDR vorhandenen strukturellen Benachteiligungen von Frauen überdauern auch den Transformationsprozess, dennoch ist es falsch, die Frauen pauschal zu Verliererinnen der Einheit zu erklären. Der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit kommt längst nicht die Dramatik zu, die ihr in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion attestiert wird. Tatsächlich ist der Frauenanteil an den Beschäftigten selbst in den ersten zehn Jahren der Vereinigung aus zwei Gründen geringfügiger gefallen als öffentlich behauptet. Zum einen überzeichnet die DDR-Statistik den Frauenanteil, da sie die Sicherheitsorgane, die vornehmlich Männer beschäftigten, bei der Berechnung ausklammert, und andererseits ist der Anteil der Frauen an den so genannten West-Pendlern, d.h. denjenigen, die in Ostdeutschland leben und im Westen arbeiten, aufgrund der spezifischen familiären Arbeitsteilung gering.

Frauen sind insofern auf dem Arbeitsmarkt in den ersten Jahren geringfügig stärker benachteiligt als ihre männlichen Kollegen, inzwischen jedoch bezogen auf die Beschäftigungssituation sogar etwas besser gestellt. Ihre Arbeitslosenquote liegt seit der Jahrtausendwende unter der der Männer.

## Der wirtschaftliche Aufholprozess – und seine Probleme

In Zusammenhang mit den Umbrüchen, die die DDR-Wirtschaft auf dem Weg in marktwirtschaftliche Strukturen erlebte, wird vielfach die Kolonisierung des Ostens durch den Westen behauptet. Vor allem die Treuhandanstalt steht dabei in der ostdeutschen Kritik: Erstens wird bemängelt, dass der Vorrang der Privatisierung vor der Sanierung zu einem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen führe; zweitens befremdet der geringe Anteil ostdeutscher Investoren, drittens wird behauptet, das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung benachteilige Ostdeutsche und verhindere Investitionen und viertens schließlich erregen nicht eingehaltene Arbeitsplatzversprechungen oder kriminelle Transaktionen wie Subventionsbetrug die Gemüter. Letzteres scheint – wie ein Blick auf die Erfahrungen in anderen Transformationsländern zeigt – unvermeidlich zu sein und ist in Ostdeutschland noch vergleichsweise gering ausgeprägt.

Auch der erste Einwand geht am Kern der Sache vorbei, da ein Vorrang der Sanierung zu Dauersubventionen und erheblich höheren Belastungen und keineswegs zur dauerhaften Sicherung von Arbeitsplätzen geführt hätte.

Zum Teil berechtigt erscheint die Kritik des Eigentumsvorbehalts. Die Privatisierung durch Management-Buyout (MBO), d. h. die Übertragung des Unternehmens an die Beschäftigten, hätte konsequenter genutzt werden können. Hierdurch wäre wahrscheinlich eine andere Einstellung zum Eigentum entstanden oder zumindest gefördert worden, doch bleibt die Frage, ob es überhaupt ein entsprechendes Potenzial an ostdeutschen Käufern gegeben hat.

Summa summarum erwerben ostdeutsche Investoren 26 % der „Vollverkäufe“ und etwas über 9 % der „Teilverkäufe“, Ausländer 5,4 % bzw. 4,5 %. Den stattlichen Rest übernehmen westdeutsche Käufer.

Die neuen Bundesbürger haben faktisch keine reguläre bzw. legale Möglichkeit, sich am Erwerb „ihres“ Sachvermögens zu beteiligen. Natürlich sind sie davon formell nicht ausgeschlossen, sie werden dennoch auf vielfältige Weise benachteiligt. Vor allem verfügen sie in der Regel nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um sich in größerem Ausmaß am Bieterprozess um ostdeutsche Unternehmen zu beteiligen. In der DDR existieren keine Anreize zur Vermögensbildung, da Privateigentum an Produktivkapital – abgesehen von Handwerksbetrieben – spätestens seit der Enteignungswelle 1972 nicht mehr zugelassen ist.

Viele Ostdeutsche halten die Privatisierung deshalb bis zum heutigen Tag für „Ausverkauf“, die Einführung des marktwirtschaftlichen Systems weitgehend für „Kolonialisierung durch den Westen“, und betrachten die Wiedervereinigung nur als Ablösung einer Herrschaft durch eine andere. Zusätzlich demoralisierend wirkt auf viele, die dem alten System kritisch gegenüberstanden, dass nach der

Vereinigung Nomenklaturkader dieses Systems die ihre informellen Kanäle einmal mehr zur individuellen Bereicherung ausbeuten können.

### **Der Gründungsboom**

Aus der Tatsache, dass nur wenige Ostdeutsche ehemalige verstaatlichte Betriebe von der Treuhand erwerben, schließen noch heute viele Beobachter, die Mehrzahl ostdeutscher Unternehmen sei in „fremder Hand“. Das ist jedoch keineswegs der Fall, da unmittelbar nachdem die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung von Unternehmen gegeben sind, schon in der DDR und später in den neuen Ländern ein wahrer Gründungsboom einsetzt.

<b>Unternehmensgründungen in Deutschland 1990-2007</b>						
	<b>Unternehmensgründungen</b>		<b>Unternehmensliquidationen</b>		<b>Saldo</b>	
	<b>West</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>	<b>Ost</b>	<b>West</b>	<b>Ost</b>
<b>1990</b>	372.000	110.000	280.000		92.000	
<b>1991</b>	391.000	140.000	297.000	11.000	94.000	129.000
<b>1992</b>	398.000	96.000	288.000	24.000	110.000	72.000
<b>1993</b>	407.000	79.000	298.000	41.000	109.000	38.000
<b>1994</b>	419.000	74.000	328.000	44.000	91.000	30.000
<b>1995</b>	452.000	76.000	358.000	49.000	94.000	27.000
<b>1996</b>	421.000	86.000	344.000	74.000	77.000	12.000
<b>1997</b>	398.000	96.926	273.660	76.291	124.340	20.635
<b>1998</b>	403.000	99.456	277.908	80.005	125.092	19.451
<b>1999</b>	389.000	94.434	288.574	81.304	100.426	13.130
<b>2000</b>	377.000	86.000	265.973	77.791	111.027	8.209
<b>2001</b>	365.000	81.918	264.368	75.621	100.632	6.297
<b>2002</b>	328.717	79.488	270.820	74.154	57.897	5.334
<b>2003</b>	346.745	100.186	309.720	80.155	37.025	20.031
<b>2004</b>	391.789	122.162	303.955	78.532	87.834	43.630
<b>2005</b>	345.205	97.495	317.175	83.485	28.030	14.010
<b>2006</b>	331.065	89.724	312.581	79.085	18.484	10.639
<b>2007</b>	300.878	75.988	300.006	76.332	872	-344

Ab 1996 neue Länder einschl. Berlin-West, ab 1997 Neuberechnung auf Basis der vom Statistischen Bundesamt einheitlich erfassten Meldungen. Vorjahre gerundet, nur bedingt vergleichbar. Ab 2003 modifizierte Berechnungsmethode; ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe, ohne freie Berufe  
Quelle: IfM Bonn

Zwischen 1990 und Ende 2007 werden in den neuen Ländern insgesamt etwa 1,7 Millionen Unternehmen neu gegründet und etwa 1,1 Millionen abgemeldet, im Saldo entsteht also etwa eine knappe halbe Million Unternehmen neu. Hierdurch verändert sich die Eigentümerstruktur der ostdeutschen Wirtschaft schon nach wenigen Jahren deutlich. Seit Mitte der neunziger Jahre befinden sich etwa drei Viertel aller Betriebe mit knapp der Hälfte der Beschäftigten in ostdeutscher Hand. Dies hat sich bis Ende 2007 – wie nachfolgende Tabelle zeigt – nicht verändert.

Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2007 nach Eigentumsverhältnissen				
Eigentums- verhältnis	Verteilung der Betriebe	Beschäftigte		
		Anzahl	Anzahl je Betrieb	Verteilung
	Prozent	Tsd. Personen	Personen	Prozent
Ostdeutsches Eigentum	74	2.833	9	46
Westdeutsches Eigentum	14	1.194	20	20
Ausländisches Eigentum	2	269	27	4
Öffentliches Eigentum	4	1.114	67	18
Sonstiges bzw. nicht bekannt	6	716	27	12
<b>Insgesamt</b>	100	6.126	15	100

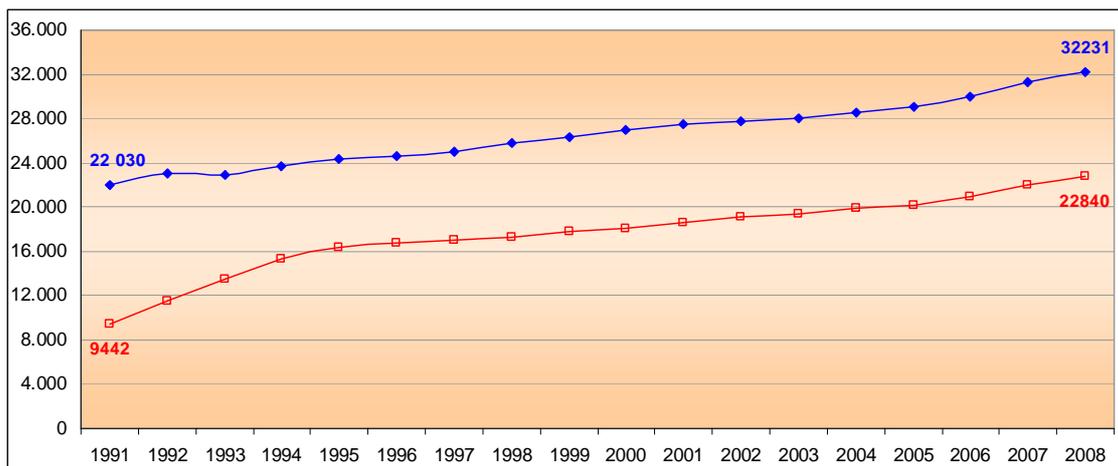
Quelle: IAB-Betriebspanel Ost – Ergebnisse der zwölften Welle 2007

Die Mehrzahl der ostdeutschen Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen mit einer durchschnittlichen Zahl von neun Beschäftigten. Unternehmen in westdeutscher Hand haben durchschnittlich 20 Beschäftigte.

Die Maßnahmen der Treuhandanstalt und die gesetzlichen Vorgaben bei der Eigentumsumwandlung stellen für Betroffene aus der alten Bundesrepublik und der DDR „Ungerechtigkeiten“ dar. In Umbrüchen dieser Dimension lässt sich dies wahrscheinlich nicht verhindern, was für Betroffene sicher kein Trost ist.

## Der wirtschaftliche Aufholprozess

Schaubild 18: Entwicklung der Wirtschaftskraft 1991 - 2008

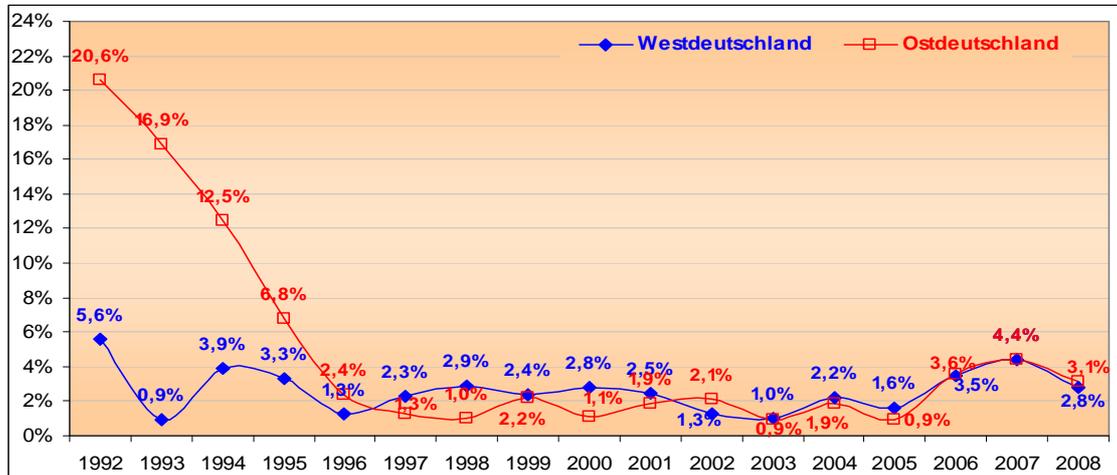


Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in West- und Ostdeutschland in Euro zu jeweiligen Preisen. Berlin wurde Ostdeutschland zugerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder

Ein Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in den alten und neuen Ländern zeigt bis Mitte der neunziger Jahre einen Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft und danach eine in etwa parallele Entwicklung. Die erhofften überdurchschnittlichen Steigerungsraten des ostdeutschen BIP treten mittelfristig nicht ein.

**Schaubild 19: Raten des Bruttoinlandsproduktes in Ost- und Westdeutschland**

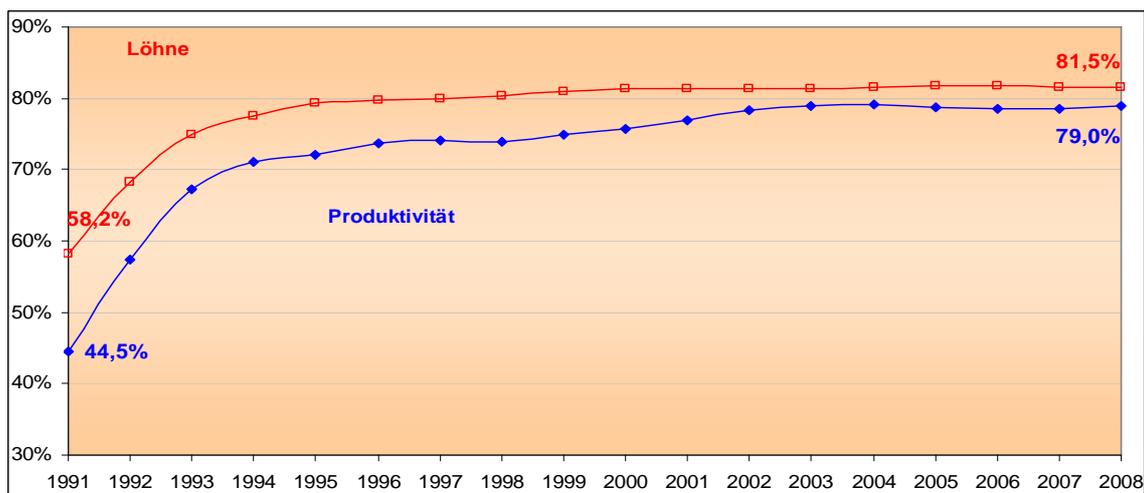


Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Ostdeutschland einschließlich Berlin; in jeweiligen Preisen.

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Als ein zentrales Hindernis für die ostdeutsche Wirtschaft erweisen sich noch zehn Jahre nach dem Beginn der Transformation die hohen Lohnstückkosten, die sich erst 2007 in etwa auf dem Niveau der westdeutschen Wirtschaft eingependelt haben.

**Schaubild 20: Löhne und Produktivität im Ost-West-Vergleich**

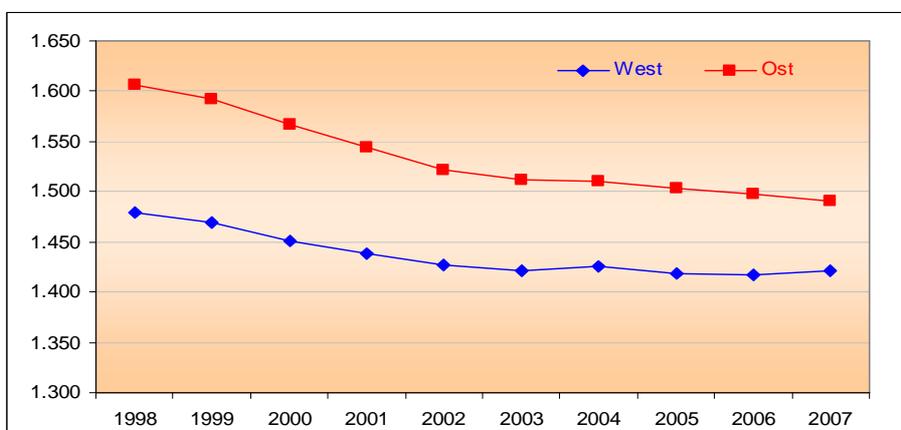


BIP je Erwerbstätigen und Bruttolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer. Berlin wurde Ostdeutschland zugerechnet. West = 100%.

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Im Vergleich zu den alten Ländern liegen sowohl Bruttolöhne als auch Produktivität deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Zwar sehen wir beachtliche Steigerungsraten von etwa 45 % auf knapp unter 80 % bei der Produktivität und etwas unter 60 % bis knapp über 80 % bei den Bruttolöhnen zwischen 1991 und 2007, aber der Rückstand hat sich verfestigt und ein ostdeutscher Aufholprozess ist nicht in Sicht. Noch offensichtlicher wird dies, wenn wir die unterschiedlichen Arbeitszeiten berücksichtigen, denn wie schon zu DDR-Zeiten arbeiten ostdeutsche Arbeitnehmer gemessen an den jährlichen Arbeitszeiten deutlich mehr als ihre westdeutschen Kollegen.

**Schaubild 21: Jahresarbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland\***

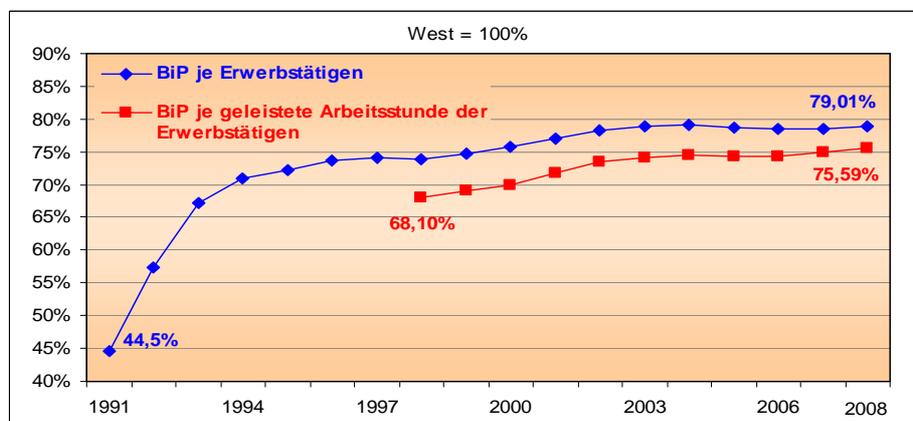


\*Anzahl der Arbeitsstunden je Erwerbstitigen in den Alten und Neuen Bundesländern (ohne Berlin) von 1998 - 2007.

Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstitigenrechnung des Bundes und der Länder"  
Arbeitsvolumen 1998 bis 2007.

Werden die unterschiedlichen Jahresarbeitszeiten bei der Ermittlung der Produktivität berücksichtigt, ergibt sich, wie nachfolgendes Schaubild zeigt, ein noch größerer Abstand zwischen Ost und West.

**Schaubild 22: Arbeitsproduktivität im Ost-West-Vergleich**

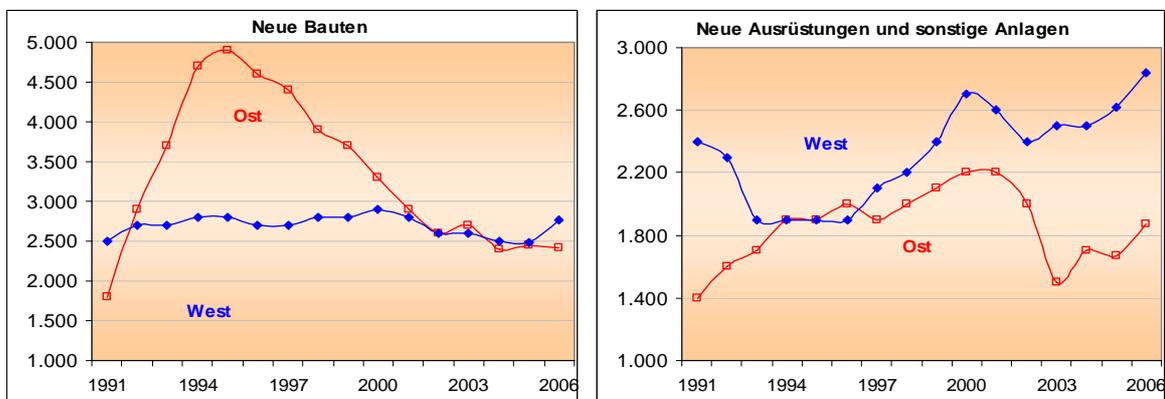


In jeweiligen Preisen. Vor 1998 keine Zahlen zum Arbeitsvolumen auf dieser Aggregationsebene verfügbar. Berlin wurde Ostdeutschland zugerechnet.

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder.

Der noch Mitte der neunziger Jahre einsetzende Trendwechsel in der wirtschaftlichen Entwicklung hat seine Ursache zum einen in dem Ausklingen des Baubooms und zum anderen in der nachlassenden Dynamik beim Aufbau des Kapitalstocks der Wirtschaft. Durch großzügige Abschreibungsvergünstigungen versucht die Bundesregierung, privates Kapital in den Osten zu locken. Dies führt neben der notwendigen Erhöhung des privaten Kapitalbestandes aber auch zu Fehlentwicklungen, d.h. zu Überkapazitäten vor allem in der Baubranche, die sich seit Mitte der neunziger Jahre negativ auf das Wachstum und den Arbeitsmarkt auswirken. Erst in den letzten Jahren sind diese negativen Auswirkungen verfliegen.

**Schaubild 23: Investitionen aller Wirtschaftsbereiche je Einwohner im Ost-West-Vergleich in Euro**



Quelle: Bericht der Bundesregierung zum Stand der Einheit 2005, S. 159; ab 2003: BMWI: Wirtschaftsdaten Neue Bundesländer, Feb. 2009.

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung trägt die Bauwirtschaft mit weit überdurchschnittlichen Wachstumsraten von zum Teil jährlich über 30 % zum schnellen Aufholen der ostdeutschen Wirtschaft bei. Nach der Jahrtausendwende stabilisiert sich Letztere auf deutlich niedrigerem Niveau. Als besonders ungünstig erweist sich der Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen, der in den letzten Jahren nur zum Teil wieder kompensiert werden konnte. Im Jahre 2007 liegen die Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner in Ostdeutschland bei 86 % des westdeutschen Niveaus.

Der Kapitalstock je Einwohner und je Beschäftigtem ist nach 1991 in den neuen Ländern zwar deutlich angestiegen, gleichwohl beträgt der Abstand zum Westen 2007 immer noch etwa 30 % bzw. 20 %.

Die Gründe für den anhaltenden Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft lassen sich im Kern aber auf vier Faktoren zurückführen:

- Durch verfehlte staatliche Wirtschaftsförderung werden Investitionen vor allem in produktivitätsschwache Bereiche gelenkt, wodurch unrentable Produktionszweige am Leben erhalten werden.
- Die industrielle Branchenstruktur und die Struktur der Gesamtwirtschaft zeigen für Ostdeutschland immer noch einen höheren Anteil von Wirtschaftszweigen mit traditionell niedrigerer Produktivität, vor allem durch den überproportionalen Anteil des Baugewerbes und der öffentlichen Dienstleister. Nach Berechnungen des IWH wäre die Produktivität in Industrie und Gesamtwirtschaft bei gleicher Branchen- und Wirtschaftsstruktur wie in den alten Bundesländern um etwa 4 % höher.
- In einigen Wirtschaftssektoren wirken die (veralteten) Qualifikationen und die Sozialisation der DDR negativ nach, indem sie Eigeninitiative und effiziente Arbeitsabläufe zumindest behindern.
- Schließlich dürften die unterschiedliche Betriebsgrößenstruktur mit einem deutlich höheren Anteil kleinerer Unternehmen in Ostdeutschland sowie ein geringerer Anteil technologieintensiver Betriebe für den fortbestehenden Produktivitätsrückstand verantwortlich sein.

Insbesondere die letztgenannten Aspekte beeinträchtigen den Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Etwa drei Viertel der ostdeutschen Betriebe beschäftigen nur ein bis neun Personen, in Westdeutschland sind dies nur etwa 60 %. Entsprechend arbeitet ein gegenüber dem Westen kleinerer Anteil in Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten (26 % gegenüber 30 %).

<b>Tabelle 15: Betriebe und Beschäftigte in Ostdeutschland 2007 nach Betriebsgrößenklassen</b>						
<b>Betriebs-Größenklassen; Beschäftigte</b>	<b>Betriebe</b>		<b>Beschäftigte</b>			
	<b>Verteilung Ostdtl.</b>	<b>Verteilung Westdtl.</b>	<b>Anzahl Ostdtl.</b>	<b>Anzahl je Betrieb Ostdtl.</b>	<b>Verteilung Ostdtl.</b>	<b>Verteilung Westdtl.</b>
	<b>Prozent</b>		<b>Tsd. Personen</b>	<b>Personen</b>	<b>Prozent</b>	
<b>1 bis 4</b>	51	43	556	3	9	7
<b>5 bis 9</b>	25	28	693	6	11	11
<b>10 bis 49</b>	19	24	1.627	20	27	26
<b>50 bis 249</b>	4	4	1.678	97	27	26
<b>Ab 250</b>	0,6	0,8	1.572	593	26	30
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>6.126</b>	<b>15</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: IAB-Betriebspanell Ost – Ergebnisse der 12. Welle 2007 –, Berlin 2008, S. 17

Diese geringe durchschnittliche Betriebsgröße resultiert aus den gewachsenen Strukturen in Zeiten der Teilung. Da große ostdeutsche Betriebe nicht überlebensfähig waren und große westdeutsche Unternehmen weiterhin keine Bereitschaft zu einem Umzug in die neuen Länder zeigen, müssen sich größere Be-

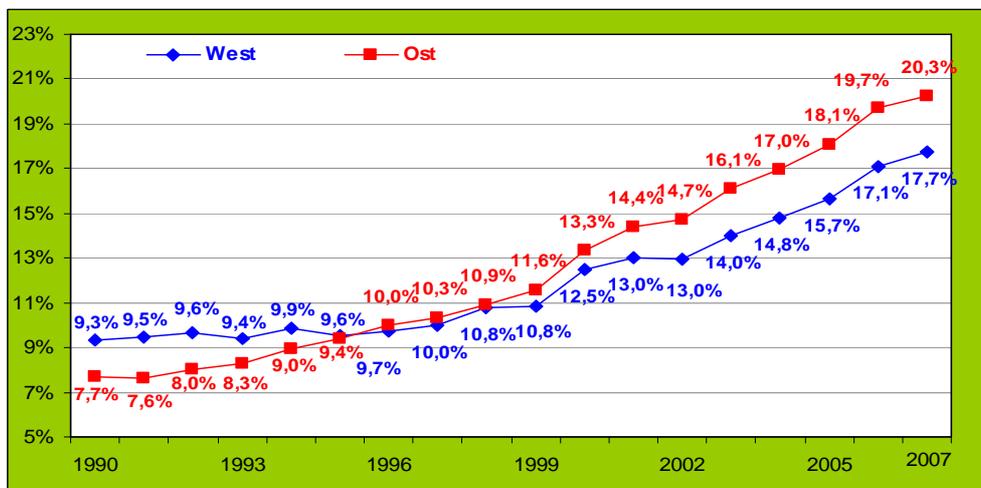
triebe erst im Laufe der Jahrzehnte herausbilden. Die Solarindustrie könnte hierfür beispielgebend sein.

Der höhere Anteil kleinerer Betriebe drückt gleichermaßen auf die Exportquote und den Umfang von FuE-Ausgaben. Nachdem der Export Anfang der neunziger Jahre massiv einbricht, ist er nach der Jahrtausendwende wieder deutlich gestiegen. Die Exportquote, die Mitte der neunziger Jahre bei 40 % des Westniveaus liegt, steigt im Jahre 2007 auf 70 %.

Gemessen am Ausgangsniveau haben sich technologieintensive Wirtschaftszweige und wissensintensive unternehmensnahe Dienste seit der Wiedervereinigung zwar rasant entwickelt, dennoch ist ihr Anteil an der Wirtschaftsleistung und ihr Beschäftigungsgrad immer noch niedriger als in den alten Ländern. Während in Westdeutschland 2,5 % aller Beschäftigten in Spitzentechnologiebranchen arbeiten, sind es in Ostdeutschland nur 1,8 %. In Hochtechnologiebranchen ist die Differenz noch höher (11,2 % gegenüber 5,4 %); gleiches gilt für die wissensintensiven wirtschaftsnahen Dienste (17,3 % gegenüber 14,4 %). Insgesamt arbeitet knapp jeder dritte westdeutsche Arbeitnehmer in technologie- und wissensintensiven Branchen, in Ostdeutschland nur gut jeder fünfte.<sup>57</sup>

Darüber hinaus leidet die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin an der Abwanderung von jungen, gut qualifizierten Arbeitskräften oder guten Schulabgängern. Derzeit leben gut 8 % weniger Menschen in den neuen Ländern als 1990. Der Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands an der gesamtdeutschen Bevölkerung fällt zwischen 1991 bis 2007 von 25 % auf 21 %. Gleichzeitig verändert sich die Altersstruktur: Die Abwanderung junger Menschen in den Westen und die niedrige Geburtenrate im ersten Jahrzehnt der Wiedervereinigung führen zu einer „Überalterung“ im Osten und zu einer „Verjüngung“ im Westen.

**Schaubild 24: Anteil der über 65-Jährigen im Ost-West-Vergleich**



Quelle: SOEP-Monitor 1984-2007.

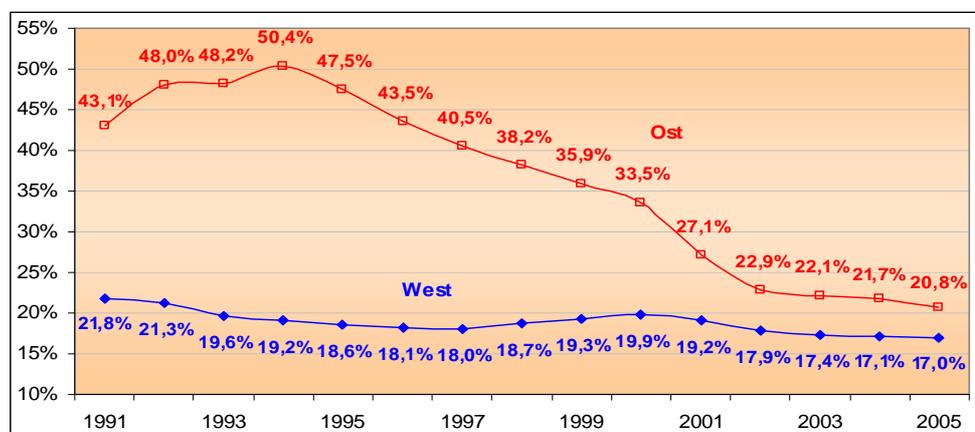
<sup>57</sup>

Vgl. Röhl 2009, S. 8 f.

Die Arbeitskosten betragen in Ostdeutschland im verarbeitenden Gewerbe einschließlich der Zusatzkosten 20,29 Euro und liegen damit weit unter den 34,29 Euro in Westdeutschland, sind allerdings auch etwa drei- bis viermal so hoch wie in anderen ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern wie Tschechien, Ungarn, Slowakei oder Polen.

Dagegen hat sich die Wirtschaftsstruktur in Ost- und Westdeutschland in den letzten zwanzig Jahren trotz einiger fortbestehender Unterschiede weitgehend angeglichen; die ostdeutsche Wirtschaft holt damit den in der Bundesrepublik über zwei Jahrzehnte dauernden Strukturwandel innerhalb kürzester Zeit auf. Selbst das verarbeitende Gewerbe, in dem anfangs sehr viele Arbeitsplätze vernichtet wurden, hat sich nach einem harten Konsolidierungsprozess wieder erholt. Steuert die ostdeutsche Industrie 1991 nur 6,4 % zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei, sind es im Jahre 2007 11,2 % (Gesamtwirtschaft im gleichen Zeitraum: 11,2 % auf 14,9 %). Bezogen auf Ostdeutschland trägt das verarbeitende Gewerbe knapp 20 % zur Bruttowertschöpfung bei – mehr als in klassischen Industrieländern wie Großbritannien, Frankreich oder den USA.<sup>58</sup>

**Schaubild 25: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt**



In jeweiligen Preisen. Ost und West jeweils ohne Berlin.

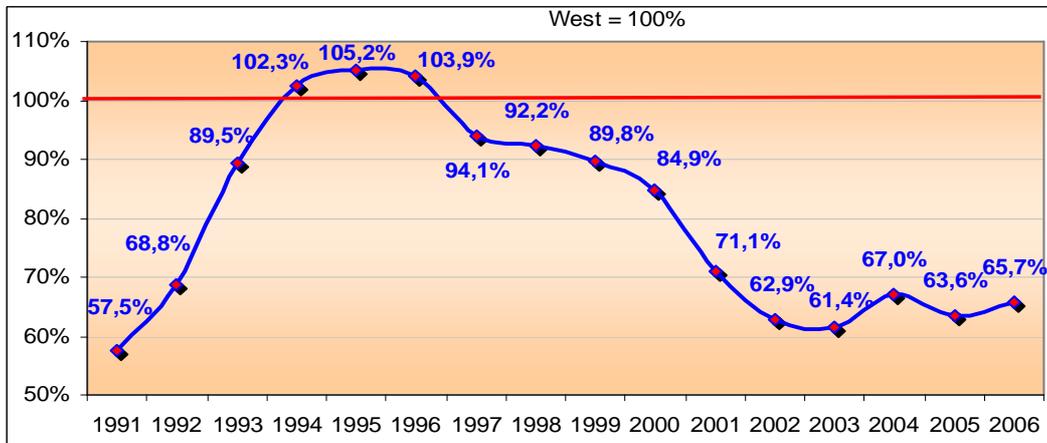
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Durch den hohen Modernisierungsbedarf liegt der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt bis zur Jahrtausendwende auf deutlich höherem Niveau als im Westen. Seither jedoch fällt der Abstand deutlich geringer aus, so dass sich die Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner wieder deutlich unter dem westdeutschen Niveau befinden.

<sup>58</sup> Vgl. IWD Nr. 10/2009, S. 4.

Aktuell reichen das öffentliche und vor allem das private Investitionsvolumen nicht aus, um das westdeutsche Niveau je Einwohner dauerhaft zu erreichen.

**Schaubild 26: Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner im Ost-West-Vergleich**



In jeweiligen Preisen. Ost und West jeweils ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder

Der Tabelle auf der nächsten Seite können die wichtigsten Daten im Ost-West-Vergleich entnommen werden. Sichtbar werden zum einen der gigantische Aufholprozess, zum anderen aber auch noch verbleibende Lücken.

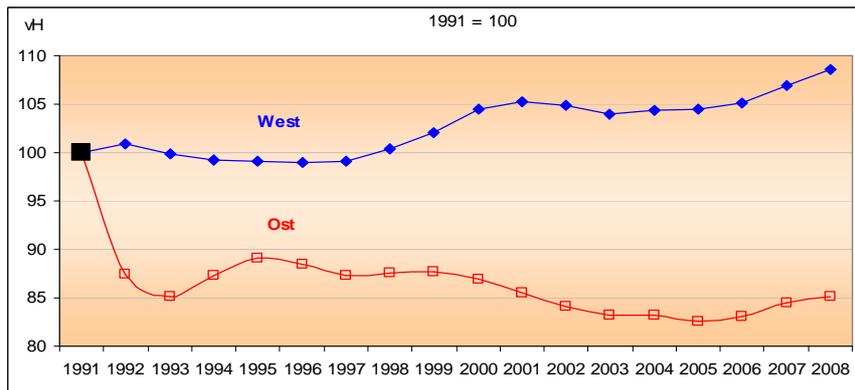
Wichtige Daten im Ost-West-Vergleich					
	1991	1995	2000	2005	2007
	West = 100				
Einwohner	25	23	23	22	21
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner <sup>1</sup>	33	59	60	66	67
Haushaltsnettoeinkommen <sup>2</sup>	54	79	80	79 <sup>3</sup>	76 <sup>11</sup>
Nettolohn je Arbeitnehmer	52,6	76,5	80,0	80,8	--
Arbeitskosten <sup>1</sup> : Entgelt je Arbeitnehmer	49	74	77	78	77
Tarifliche Grundvergütung	60,0	86,0	91,9	94,6	96,8 <sup>14</sup>
Arbeitszeit: Jahresstunden je Arbeitnehmer	99	112	111	106	--
Produktivität <sup>1</sup> : Reales BIP je Erwerbstätigen	42	65	69	76	77
BIP je Arbeitsstunde	--	--	66,4	72,6	73,5 <sup>1</sup>
Lohnstückkosten <sup>1</sup>	119	114	112	102	101
Investitionen je Einwohner	66	149	110	92 <sup>3</sup>	86 <sup>12</sup>
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner	62	106	97	85 <sup>3</sup>	86 <sup>3</sup>
Bauinvestitionen je Einwohner	70	176	122	94 <sup>3</sup>	94 <sup>3</sup>
Kapitalstock je Einwohner	38	50	64	73	71 <sup>12</sup>
Kapitalstock je Beschäftigten	40	56	73	83 <sup>3</sup>	82 <sup>12</sup>
Sektoralstruktur <sup>1</sup>					
Land- und Forstwirtschaft	259	195	225	213	185
Bergbau und Versorgung	290	147	178	178	155
Verarbeitendes Gewerbe	47	46	62	78	83
Baugewerbe	222	311	225	164	160
Handel und Verkehr	101	89	90	106	102
Finanz- und Unternehmensdienste	51	73	85	88	89
Öffentliche und private Dienste	171	145	139	139	137
Exportquote <sup>1</sup>	52	40	56	63	70
FuE-Personalintensität <sup>1</sup>	49	42	42 <sup>5</sup>	35 <sup>3</sup>	61 <sup>11</sup>
Patente je Einwohner <sup>1</sup>	23	27	27	26	27
Wissenschaftsausgaben je Einwohner <sup>1,6</sup>	82	101	103	104 <sup>3</sup>	83 <sup>11,13</sup>
Erwerbsbeteiligung <sup>1</sup>	96	92	88	87	88
<sup>1</sup> Selbständigenquote <sup>1</sup>	50	72	84	96	100
Arbeitslosenquote <sup>1</sup>	207	180	239	202 <sup>1</sup>	214 <sup>1</sup>
Ausgaben der BA je Erwerbsperson	282	257	281	159 <sup>7</sup>	126 <sup>7</sup>
Sozialbudget in Prozent des BIP	184	157	164	161 <sup>8</sup>	15 <sup>15</sup>
Sozialbudget je Einwohner	61	94	98	102 <sup>8</sup>	15 <sup>15</sup>
Öffentliche Infrastruktur je Einwohner <sup>9</sup>	50	59	72	81 <sup>4</sup>	83 <sup>4</sup>
Ausgaben der Länder je Einwohner <sup>10</sup>	120	145	140	136	137
Schulden der Länder je Einwohner <sup>10</sup>	0	74	107	116	113

<sup>1</sup> Ohne Berlin; <sup>2</sup> SOEP; 2005: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; <sup>3</sup> 2004; <sup>4</sup> Schätzung; <sup>5</sup> 1999; <sup>6</sup> Nettoausgaben minus unmittelbare Einnahmen der Länder und Gemeinden; <sup>7</sup> neue Länder einschl. Berlin; <sup>8</sup> 2003; <sup>9</sup> Anlagevermögen der Länder und Gemeinden je Einwohner; <sup>10</sup> ohne Stadtstaaten; <sup>11</sup> 2006; <sup>12</sup> 2005; <sup>13</sup> geänderte Methodik; <sup>14</sup> 2008; <sup>15</sup> wird nach 2003 nicht mehr erfasst. Datenbasis: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, BA, BMG, BMF, DPMA, DIW, ifo, SOEP, VDR, Creditreform, Arbeitskreis Steuerschätzung, Forschungsinstitute, StBA. Quelle: IW Köln: Deutschland in Zahlen 2006 und 2008, S. 129

## Erwerbstätigkeit und Massenarbeitslosigkeit im Transformationsprozess

Der Abbau der Beschäftigung setzt bereits während der Amtszeit der Modrow-Regierung ein und verschärft sich nach der Einführung der D-Mark im Sommer 1990. Die Zahl der ostdeutschen Erwerbstätigen fällt von etwa 9,2 Millionen im Herbst 1989 binnen eines Jahres auf etwa 8 Millionen und bis zum ersten Halbjahr 1992 auf etwa 6,8 Millionen.<sup>59</sup> Auf diesem Niveau stabilisiert sich nachfolgend die Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern.

Schaubild 41: Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Ost-West-Vergleich

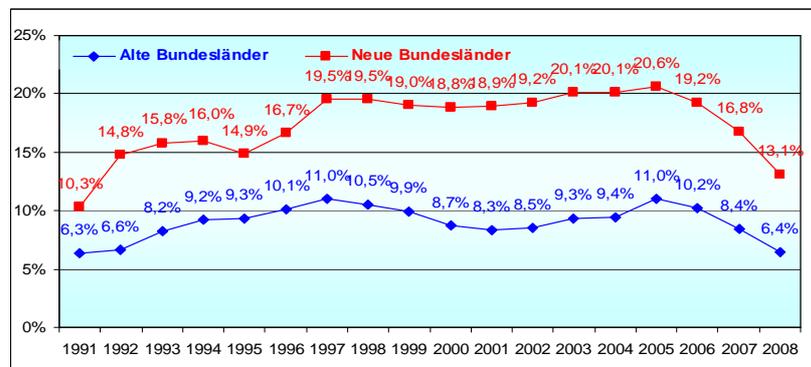


West einschließlich Berlin, Ost ohne Berlin.

Quelle: Arbeitskreis der VGR der Länder

Unter den Bedingungen einer produktiveren Wirtschaft und einem Abbau des riesigen „Sicherheitsapparates“ pendeln sich die Beschäftigungsmöglichkeiten auf deutlich niedrigerem Niveau ein und nähern sich dem westdeutschen Niveau. Inzwischen hat sich die Erwerbstätigenstruktur in Ost und West weitgehend angeglichen. Seit der Einführung des ALG II hat sich die Arbeitslosenquote, die über viele Jahre in den neuen Ländern etwa doppelt so hoch ist wie in den alten, im Osten relativ zum Westen etwas verringert. Anfang 2009 liegt sie im Vergleich zum Westen wieder etwas mehr als doppelt so hoch.

Schaubild 42: Arbeitslosenquoten in Ost und West



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

<sup>59</sup>

Vgl. Sozialreport 1992, S. 63.

In den letzten Jahren haben sich die Werte der Langzeitarbeitslosigkeit zwischen Ost und West angenähert, während in den Jahren zuvor in Ostdeutschland deutlich mehr Personen länger als ein Jahr arbeitslos waren. Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit hat sowohl demografische (Ausscheiden aus dem Erwerbsleben) als auch konjunkturelle (Wirtschaftsaufschwung) Gründe.

Zwischen Ost und West unterscheiden sich weiterhin die Formen der Erwerbsbeteiligung. So waren und sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Ländern anteilig stärker ausgeprägt als in den alten. Der Anteil geringfügig Beschäftigter lag dagegen, abgesehen vom Jahr 2006, in dem sich offenbar die Einführung von Hartz IV im Osten stärker auswirkt, im Osten deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Die so genannten Ein-Euro-Jobs werden nach ihrer Einführung dagegen in Ostdeutschland deutlich stärker in Anspruch genommen. Im Jahre 2008 gehen knapp 120.000 Personen im Osten und nur gut 140.000 im Westen einer derartigen Tätigkeit neben dem Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, 2. Buch (SGB II) nach. Die SGB II-Quote beträgt im gleichen Jahr in Ostdeutschland 10,4 %, im Westen dagegen nur 4,8 %.<sup>60</sup>

Die mit Blick auf die deutlich höhere Arbeitslosenquote in Ostdeutschland vertretene These, hier habe sich eine neue Zwei-Drittel-Gesellschaft herausgebildet, in der nur rund ein Drittel der Erwerbsbevölkerung im Erwerbsarbeitssystem etabliert, zwei Drittel, vor allem Frauen, dagegen dauerhaft oder wiederkehrend arbeitslos seien,<sup>61</sup> wird der Situation nicht gerecht. Tatsächlich war und ist – im Osten wie im Westen – die große Mehrzahl der Erwerbsfähigen in sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigungen auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig. Nach Berechnungen des IWH gibt es zum Beispiel im Jahr 2004 in Ostdeutschland etwa 9,4 Millionen Erwerbsfähige, von denen knapp 6 Millionen auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt sind. Die Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt betrug etwa 64 %, also fast zwei (und nicht ein) Drittel.<sup>62</sup>

Die deutlich höhere Arbeitslosenquote im Osten ist vor allem Resultat der dort höheren Erwerbsneigung und einer niedrigeren Teilzeitquote. Eine gegenüber dem Osten höhere Teilzeitquote kennzeichnet generell den westdeutschen Arbeitsmarkt, wobei vor allem Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Seit 1990 liegt in Ostdeutschland die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, besonders der weiblichen, deutlich unter dem westdeutschen Niveau.

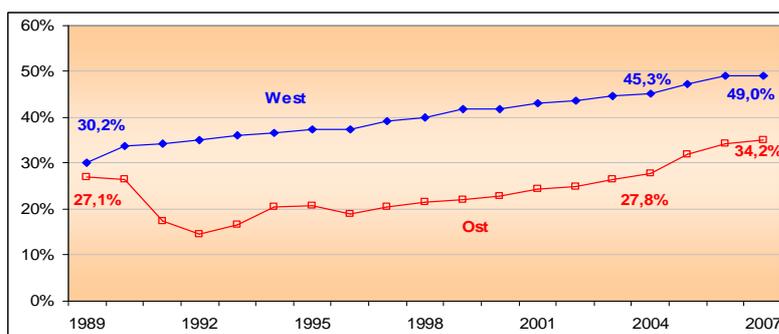
---

<sup>60</sup> Vgl. Datenkarte Deutschland 2008 (hrsg. vom DGB), S. 1.

<sup>61</sup> Vgl. Vogel 1999.

<sup>62</sup> Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 110.

Schaubild 47: Teilzeitbeschäftigung von Frauen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Trotz der beschriebenen Arbeitsmarktprobleme hat sich die Situation in Ostdeutschland in den letzten Jahren stabilisiert; zumindest haben mehr als zwei Drittel bis drei Viertel der Beschäftigten in Ostdeutschland einen Arbeitsplatz.

### **Ostdeutsches Vermögen im vereinten Deutschland**

Die immer wieder als Beispiel für mangelnde soziale Gerechtigkeit und die Zweitklassigkeit von Ostdeutschen angeführte Vermögensverteilung stellt sich bei genauerem Hinsehen anders dar als zumeist öffentlich wahrgenommen. Zwar gibt es eine kleine Gruppe von wirklich Reichen und Armen, aber die breite Masse liegt dichter beisammen als unterstellt. Da die vornehmlich in den Rentenkassen angehäuften kapitalisierten Ansprüche – anders als die bei Kapitallebensversicherungen – nicht berücksichtigt werden, entsteht ein schiefes Bild.<sup>63</sup> Nach Berechnungen des ZEW liegt das mittlere kapitalisierte Nettovermögen der GRV-Versicherten bei rd. 105.000 Euro für Männer und 98.000 Euro für Frauen.<sup>64</sup> Insgesamt dürften die Bargeldansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung unter jetzigen Bedingungen bei etwa 6 Billionen Euro und damit deutlich über dem gesamten Bruttogeldvermögen (etwa 4,5 Billionen Euro) liegen. Werden diese „Sozialvermögen“ in die Vermögensrechnung miteinbezogen, fällt die Verteilung zwischen oben und unten, zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmern, und vor allem zwischen Ost und West wesentlich gleichmäßiger aus.

Durch die Übertragung des bundesdeutschen Rentensystems auf die Bevölkerung der neuen Länder sind hier als Folge der Sozialunion gleichsam über Nacht aufgrund der längeren Lebensarbeitszeiten kapitalisierte Ansprüche an die GRV in beträchtlicher Höhe entstanden. Während sie bei den Männern ungeachtet der in der DDR vergleichsweise deutlich niedrigeren Beiträge in etwa auf westdeutschem Niveau liegen, verfügen die ostdeutschen Frauen über weitaus höhere Ansprüche als ihre westlichen Geschlechtsgenossinnen. So haben bei der Altersklasse der 55- und 60-Jährigen ostdeutsche Frauen kapitalisierte Ansprüche zwischen 166.000 Euro und 201.000 Euro gegenüber

<sup>63</sup> Vgl. Hauser 1996, S. 150.

<sup>64</sup> Vgl. Ammermüller 2005.

118.000 Euro bis 124.000 Euro von westdeutschen Frauen. In der entsprechenden Altersklasse bei den Männern fallen die Differenzen geringer aus: in Ostdeutschland zwischen knapp 160.000 Euro und gut 190.000 Euro gegenüber gut 150.000 Euro und gut 170.000 Euro in Westdeutschland. Die Besserstellung ostdeutscher Frauen lässt sich für 35-jährige und ältere und bei Männern für 40-jährige und ältere durchgehend beobachten.<sup>65</sup>

<b>Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung und materielle Nettovermögen im Vergleich (Stand 2002; in Tsd. Euro)</b>								
Alter	Deutschland		Alte Bundesländer		Neue Bundesländer		Ost/West-Relation	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<b>Kapitalisierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV)</b>								
30-59	105	98	105	94	104	120	99 %	128 %
30-39	68	73	68	72	64	80	94 %	111 %
40-49	110	104	111	100	105	122	95 %	122 %
50-59	152	126	151	118	156	167	103 %	142 %
<b>Nettovermögen (SOEP)</b>								
30-59	97	70	109	77	45	40	41 %	52 %
30-39	60	41	64	43	40	27	63 %	62 %
40-49	98	68	110	74	50	44	45 %	60 %
50-59	144	110	166	123	46	52	28 %	42 %
<b>Kapitalisierte Ansprüche an die GRV + Nettovermögen (SOEP)*</b>								
30-59	202	168	214	171	149	160	69,6 %	93,6 %
30-39	128	114	132	115	104	107	78,8 %	93,0 %
40-49	208	172	221	174	155	166	70,1 %	95,4 %
50-59	296	236	317	241	202	219	63,7 %	90,9 %

Quelle: ZEW; \* eigene Berechnungen

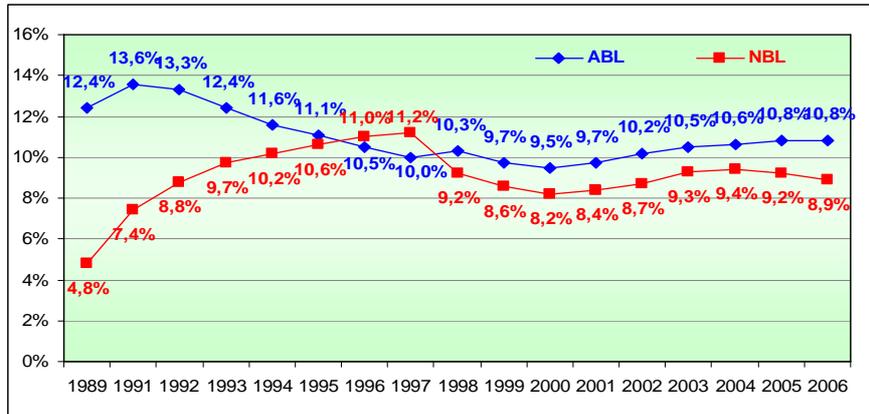
Aber auch ohne Berücksichtigung der kapitalisierten Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung gelingt es ostdeutschen Haushalten, die zum Zeitpunkt der Vereinigung bestehende enorme Differenz im durchschnittlichen Vermögen nachhaltig zu reduzieren. Sie starten als Ergebnis unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und Wohlstandsentwicklungen im Vereinigungsjahr nach der Umstellung ihrer Sparkonten auf D-Mark mit nicht einmal einem Fünftel des Westniveaus. Nach dem Umtausch ihres Vermögens auf DDR-Mark-Basis in D-Mark beginnen sie im Juli 1990 mit 129,1 Mrd. D-Mark; diese Summe erhöht sich bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung auf etwa 132 Mrd. Innerhalb von fünf Jahren verdoppelt sich ihr Geldvermögen und erhöht sich ihr Anteil gemessen am westdeutschen Niveau.<sup>66</sup> Sieben Jahre später liegen sie bereits bei über 30 % und 2003 bei über 50 % des durchschnittlichen westdeutschen Geldvermögens. Seit diesem Zeitpunkt ist der Aufholprozess ins Stocken geraten. Auf Basis der SOEP-Daten fällt der Anteil des durchschnittlichen Geldvermögens ostdeutscher Haushalte zwischen 2002 und 2007 von etwa 56 % auf knapp 48 %. Dies liegt zum einen an der Höhe der Sparquoten und zum ande-

<sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 233.

<sup>66</sup> Vgl. Faik 1997, S. 198 ff.

ren an der unterschiedlichen Anlagestruktur (höherer Anteil an Aktien und Risikopapieren im Westen). Das wiederum dürfte nach den dramatischen Einbrüchen der Aktienmärkte im Jahr 2008 den ostdeutschen Haushalten, die ihr Geld überwiegend konservativ angelegt haben, einen relativen Vorteil besche- ren.

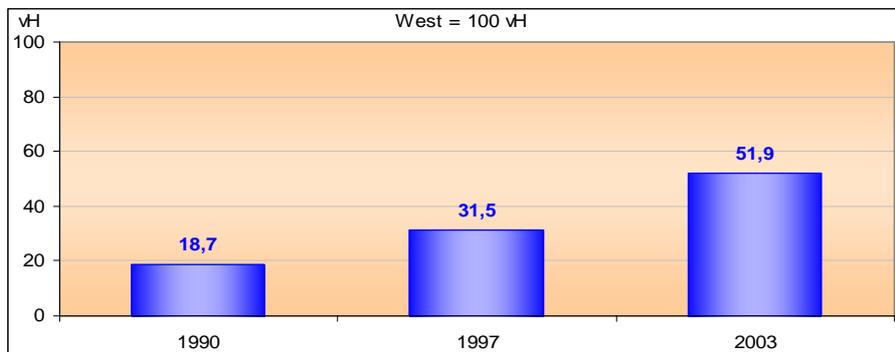
**Schaubild 54: Sparquoten in den alten und neuen Bundesländern\***



\*Jeweils ohne Berlin

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder.

**Schaubild 55: Geldvermögen je Haushalt im Ost-West-Vergleich**



Quelle: Deutsche Bundesbank, BVR.

Dieser Aufholprozess mutet auf den ersten Blick erstaunlich an, da laut weit verbreitetem Vorurteil Ungleiches angeblich immer ungleicher wird, ist aber fak- tisch Resultat einer jährlich relativ stärker steigenden Sparsumme in den neuen Bundesländern sowie des Verkaufs von Immobilienvermögen, das nach 1990 um ein Vielfaches höher bewertet wurde. Viele ostdeutsche Haushalte haben also nach der Wiedervereinigung nicht nur im Vergleich zur Ausgangssituation ihre Vermögensbestände deutlich anheben können, sondern auch in Relation zum Westen aufgeholt. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung besitzen Ost- deutsche (ab 17 Jahren) durchschnittlich ein Geldvermögen in Höhe von etwa

4.300 Euro, bis zum Jahre 2007 steigt der Durchschnittsbetrag auf 13.463 Euro; mithin hat sich das Geldvermögen etwa verdreifacht.<sup>67</sup>

Das durchschnittliche Immobilienvermögen ostdeutscher Haushalte erhöht sich von 1990 bis 1997 um etwa das Dreifache; auch hier kann der Abstand zum Westniveau schon in den ersten Jahren nach der Vereinigung deutlich reduziert werden. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass das vereinbarte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ per saldo jedenfalls keine gewaltige Vermögensverschiebung im Immobilienbereich von Ost nach West ausgelöst hat. Erst durch die Wirtschaftskrise 2004/2005 verschlechtert sich die Vermögensposition ostdeutscher Haushalte, vor allem durch die sinkenden Marktwerte von selbst genutzten oder vermieteten Immobilien. Während im Westen der Marktwert selbst genutzter Immobilien zwischen 2005 und 2007 von gut 148.000 Euro auf knapp 155.000 Euro pro Person ansteigt, sinkt der entsprechende Wert in den neuen Ländern von gut 87.000 Euro auf gut 80.000 Euro.

Unter Berücksichtigung der kapitalisierten Ansprüche an die GRV dürfte die ostdeutsche Bevölkerung im Jahre 2002 – überschlägig geschätzt – zwischen 70 % und 80 % des westdeutschen Vermögensniveaus erreicht haben. Die schnelle Übertragung des westdeutschen Sozialsystems hat insofern zu einer deutlichen Angleichung der systembedingt stark polarisierten, sonstigen Vermögensbestände geführt. Seit der Wirtschaftskrise – verbunden mit einer hohen Arbeitslosigkeit und den damit einhergehenden sinkenden Marktwerten für Immobilien- und Betriebsvermögen – sind die ostdeutschen Haushalte im Vergleich zu den westdeutschen wieder etwas abgefallen. Gleichwohl haben sie ihre gesamte Vermögensposition seit der Wiedervereinigung deutlich verbessert und den anfänglichen Rückstand zum Westen erheblich reduziert.

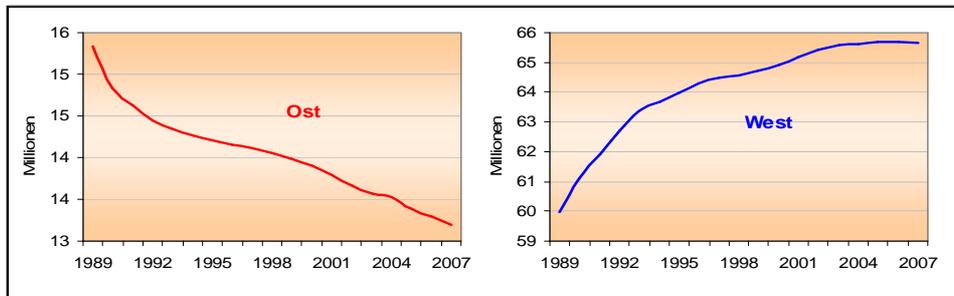
---

<sup>67</sup> Eigene Schätzung auf Basis der Zahlen im Sozialreport 1992 und DIW-Wochenbericht Nr. 4/2008.

## Die Angleichung der Lebensverhältnisse und der gespaltene Blick auf Staat und Gesellschaft

Im Vereinigungsjahr leben im alten Bundesgebiet 63,7 Millionen, in Ostdeutschland etwa 16 Millionen Menschen (jeweils inkl. West- bzw. Ost-Berlin). Durch die Wanderungsbewegung von Ost nach West, die bereits 1989/90 zu einem Verlust von knapp 750.000 Menschen in der DDR führt, verliert der Osten zwischen 1989 und 2007 im Saldo etwa 1,5 Millionen Einwohner. Etwa jeder fünfte Ostdeutsche, der 1989 noch in der DDR wohnte, verlässt seine angestammte Heimat Richtung Westen, während umgekehrt 1,8 Millionen Westdeutsche (oder ostdeutsche Rückkehrer) in den Osten umziehen. Ohne Berücksichtigung von Berlin leben im Jahre 2007 65,7 Millionen Personen in den alten und 13,2 Millionen Personen in den neuen Ländern. Der dramatische Bevölkerungsrückgang im Osten der Republik wird in nachfolgendem Schaubild deutlich.

*Schaubild 72: Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland\**



\*Ost und West jeweils ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Diese Wanderungsbewegung pendelt sich nach der Jahrtausendwende auf jährlich etwa 50.000 ein. Da insbesondere jüngere Menschen und überdurchschnittlich häufig junge Frauen in den Westen umsiedeln, steigt das Durchschnittsalter der neuen Bundesbürger von 1991 bis 2005 von 37,9 auf 44,1 Jahre an und liegt damit über dem in Westdeutschland (41,8 Jahre), dessen Bevölkerung 1991 im Durchschnitt noch älter als in Ostdeutschland war (39,8 Jahre).

### **Lebens- und Familienformen**

Die größte Ost-West-Differenz besteht seit neunzehn Jahren im unterschiedlich hohen Anteil allein erziehender Mütter. In Ostdeutschland leben derzeit in etwa jedem vierten Haushalt Kinder allein mit ihrer Mutter zusammen (Westdeutschland: etwa 15 %). Während in ganz Deutschland der Anteil der Lebensgemeinschaften mit Kindern gemessen an den Haushalten mit verheirateten Eltern und Kindern mit 6,3 % im Jahre 2007 vergleichsweise gering ausfällt, liegt der entsprechende Anteil im Osten bei gut 21 %.

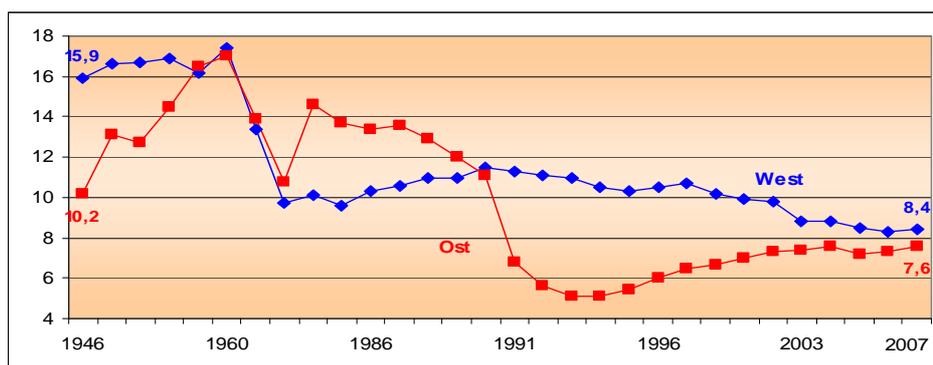
Die Zunahme der Zahl allein erziehender Frauen spiegelt sich in der hohen Zahl nichtehelich geborener Kinder wider.

Die Funktion der Familie hat sich nach der Vereinigung in Ostdeutschland stärker verändert, als es auf den ersten Blick scheint, da jetzt familiäre Aufgaben wie etwa die Erziehung und Betreuung von Kindern nicht mehr wie früher weitgehend ausgelagert werden. Dieser Wandel lässt sich empirisch belegen: 1950 waren nur bei jeder 25. Eheschließung beide Ehepartner schon einmal geschieden, im Jahre 1970 betraf dies bereits jede 12. Hochzeit. Immer mehr DDR-Bewohner heirateten ein zweites, drittes oder gar viertes Mal. Der Zwang zur frühen Heirat und Wiederverheiratung durch äußere Bedingungen (Wohnungsvergabe, Kredite etc.) entfällt nach der Vereinigung.

Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass sich – anders als öffentlich wahrgenommen – die sozialen Bedingungen für Alleinstehende und Lebensgemeinschaften nach der Wiedervereinigung verbessert und nicht verschlechtert haben. Die soziale Grundsicherung bietet offenbar vielen Frauen die Perspektive des Alleinlebens, die in der DDR nicht in gleichem Maße gegeben war.

Das Erstgeburts- und Erstheiratsalter lag in der DDR deutlich niedriger als in der Bundesrepublik. Heute beobachten wir keine ausgeprägten Unterschiede mehr: Das Durchschnittsalter von Männern beträgt bei der Erstheirat etwa 31 Jahre, das der Frauen 29 Jahre. Das Erstgeburtsalter liegt ebenso wie das durchschnittliche Alter von allen Müttern bei Geburt ihrer Kinder im Osten ein bis zwei Jahre unter dem Durchschnittsalter im Westen, wobei sich allerdings seit der Wiedervereinigung das Alter um etwa vier Jahre erhöht hat.<sup>68</sup>

**Schaubild 76: Lebendgeborene in Deutschland**



Lebendgeborene je 1000 Einwohner in der BRD und DDR bzw. Westdeutschland (mit West-Berlin) und Ostdeutschland (mit Ost-Berlin). Seit 2001 wird Berlin nicht mehr getrennt nachgewiesen und deshalb in dieser Darstellung aus der Betrachtung ausgeklammert.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher der DDR.

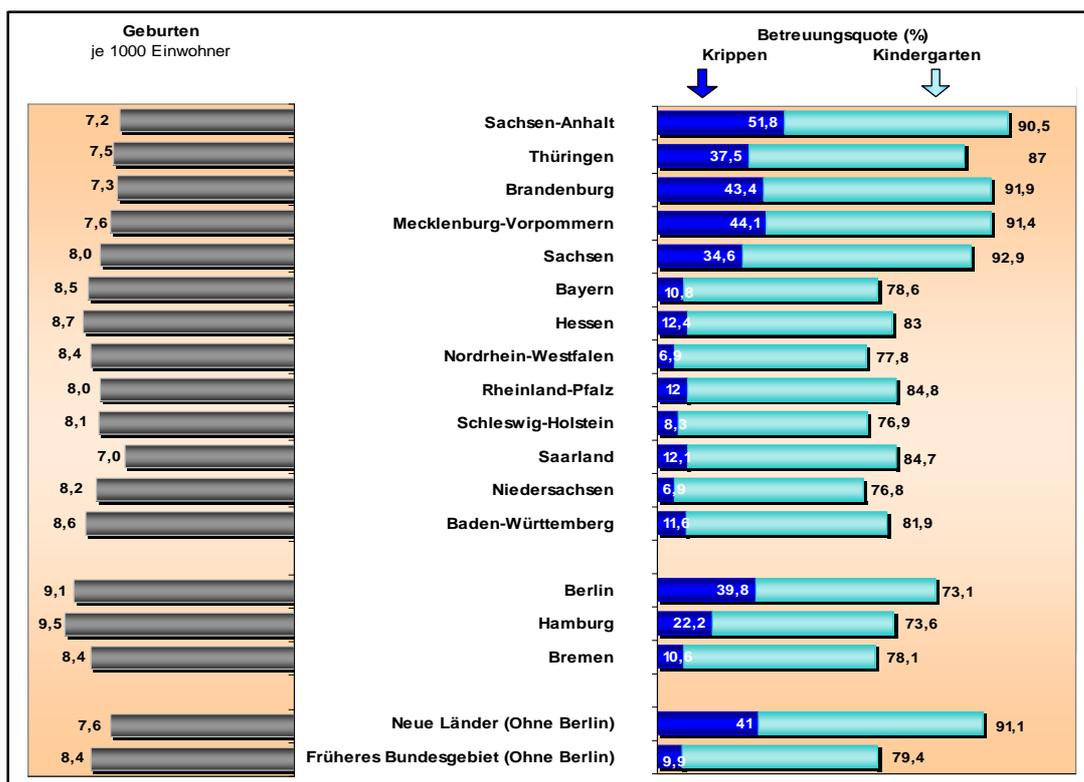
<sup>68</sup> Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Die demographische Lage in Deutschland 2008, S. 8.

Der dramatische Rückgang der Geburtenzahl unmittelbar nach der Vereinigung, der vielen Kritikern der Wiedervereinigung als Ausweis für die Verschlechterung sozialer Verhältnisse galt und gilt, resultiert neben einer gewissen Zukunftsun- gewissheit vor allem aus der neu gewonnenen Freiheit bezüglich der Partner- und Wohnungssuche sowie den aufgestauten Reise- und Konsumwünschen.

Es handelt sich nicht, wie Vereinigungskritiker immer noch verkünden, um einen „Geburtenstreik“ oder eine „Geburtenkrise“, sondern in erster Linie um einen Geburtenaufschub seitens kinderloser jüngerer ostdeutscher Frauen. Da zudem die älteren Ostdeutschen ihre Kinder bereits in jungen Jahren bekommen hat- ten, brach die Geburtenrate lediglich vorübergehend ein. Inzwischen hat sich die Zahl der Lebendgeborenen je tausend Einwohner weitgehend angenähert und die zusammengefasste Geburtenziffer vollständig angeglichen.

Entgegen mancher Befürchtung und Behauptung bleibt das flächendeckend ausgebaute Netz der Kinderbetreuung in Ostdeutschland nach der Wiederver- einigung weitgehend erhalten und liegt weit über dem Niveau des Westens.

**Schaubild 77: Kinderbetreuung und Geburten in den einzelnen Bundesländern 2007**



Bei den Geburtenzahlen: Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-West und neue Länder einschl. Berlin-Ost.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren in der Kindertagesbetreu- ung liegt im Jahr 2007 in den neuen Ländern (ohne Berlin) bei 41 % und im frü-

heren Bundesgebiet (ohne Berlin) nur bei 9,9 %. Bei den Kindern zwischen drei und unter sieben Jahren gleichen sich die Betreuungsquoten zwischen Ost und West inzwischen stärker an (Ost: 91,1 %; West: 79,4 %).<sup>69</sup>

Westdeutsche Mütter neigen stärker dazu, zumindest in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes die Berufstätigkeit aufzugeben. In Ostdeutschland dagegen möchten selbst arbeitslose Eltern ihre Kinder möglichst lange in Betreuungseinrichtungen unterbringen – ein (mentales) Erbe der DDR.

### **Perspektiven für die Jugend**

Für die meisten Kinder und Jugendlichen haben sich nach dem Fall der Mauer die Lebensverhältnisse grundlegend verbessert. Sie können von klein auf – angemessene Erziehung und Betreuung vorausgesetzt – ihre Individualität entwickeln; viele von ihnen haben bessere Zukunftschancen. Die Lehrer-Schüler-Relation ist in allen ostdeutschen Ländern besser als im bundesweiten Durchschnitt. So kommen laut KMK zum Beispiel bei den Allgemeinbildenden und Berufsschulen in Bayern 17,5 und in Hessen 18,4 Schüler auf einen Lehrer, in Sachsen-Anhalt dagegen nur 13,9 und in Thüringen sogar nur 13,2.

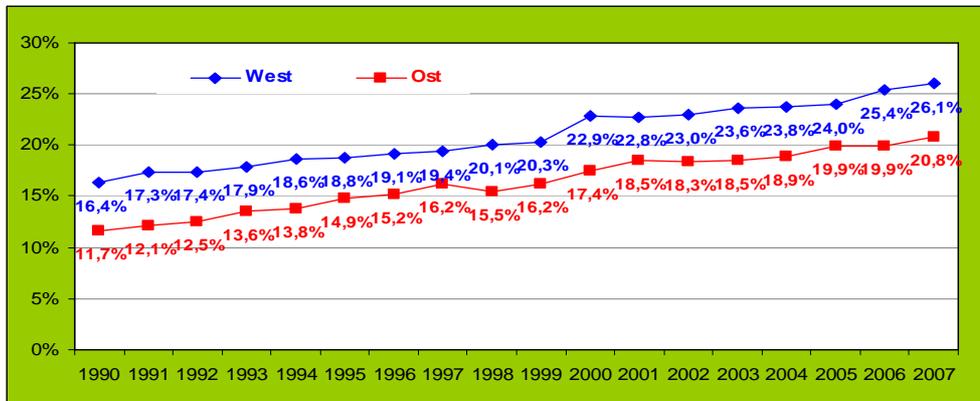
<b>Tabelle 42: Anteil der Abiturienten an den Schulentlassenen eines Schuljahres*</b>				
	<b>1988</b>	<b>1992</b>	<b>2000</b>	<b>2007</b>
<b>West</b>	24	24	23	25
<b>Ost</b>	13	17	26	34

\*ohne Abendgymnasium, Kollegs, Externe; Angaben in Prozent; ab 1992 jeweils ohne Berlin  
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, Zahl für DDR 1988, aus: Anweiler 1988, S. 378

Anders als im zentralistischen Bildungssystem der DDR, das die Zahl der Abiturienten und Studierenden festlegte, können im wiedervereinigten Deutschland alle Schüler, die über ein entsprechendes Niveau verfügen, das Abitur erlangen und anschließend studieren. Hiervon machen ostdeutsche Schüler ausgiebig Gebrauch. Wie obige Tabelle verdeutlicht, haben sich die Anteile der Abiturienten an den Schulabgängern eines Jahres fast verdreifacht. Seit der Jahrtausendwende haben sie ihre westdeutschen Altersgenossen deutlich überholt.

<sup>69</sup> Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demographischer Wandel in Deutschland. Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern, Heft 3, Ausgabe 2009.

**Schaubild 78: Höchster erreichter Schulabschluss im Ost-West-Vergleich\***



\*Anteil der Personen, die ihre Schulausbildung mit dem Abitur abgeschlossen haben.

Quelle: SOEP-Monitor 1984-2007.

Zwar verdoppelt sich zwischen 1990 und 2007 ebenfalls knapp der Anteil der Personen, die ihre Schulausbildung mit dem Abitur abschließen, aber das Niveau des Westens konnte noch nicht erreicht werden.

In ihren politischen Präferenzen liegen die Jugendlichen, abgesehen davon, dass mehr Jugendliche im Osten die „Linke“, im Westen dagegen die Grünen favorisieren, kaum auseinander. In einem nicht unwichtigen Punkt allerdings schätzen die Jugendlichen die jüngste Vergangenheit geradezu konträr ein. Während ostdeutsche Jugendliche mit sehr großer Mehrheit die sozialen Vorzüge der DDR loben und eine beträchtliche Zahl die Schattenseiten des diktatorischen Systems ausblendet oder schönfärbt, betont eine Mehrheit der westdeutschen in ihrem Geschichtsbild den Diktaturcharakter der DDR.

Dieser gesplante Blick zurück resultiert weniger aus dem Geschichtsunterricht in den Schulen – hier kommen die DDR und das geteilte Deutschland nur selten vor –, sondern aus Erzählungen von Eltern und einigen Spielfilmen. Konkretes Wissen über die Zustände in der DDR besitzen die meisten Jugendlichen nicht; erstaunlicherweise wissen sogar ostdeutsche Schüler weniger über Ereignisse, Strukturen und Personen des SED-Staates als westdeutsche und hier insbesondere bayerische Schüler.<sup>70</sup>

Zwar neigen mehr ostdeutsche – insbesondere männliche – Jugendliche als westdeutsche zu Ausländer ablehnenden und rechtsextremen Einstellungen, aber es handelt sich hierbei um eine Minderheit. Die breite Mehrheit der ost-

<sup>70</sup> Vgl. ebd. sowie Kurth 2009, S. 200.

wie der westdeutschen Jugendlichen hat eine befürwortende bis gleichgültige Einstellung gegenüber unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.<sup>71</sup>

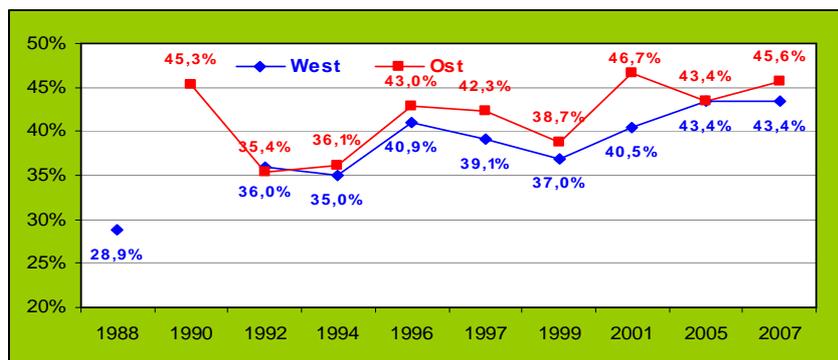
Deutlich verbessert haben sich die Perspektiven für Jugendliche mit höherem Schulabschluss. Sie können den gewünschten Beruf ergreifen oder studieren, in den Westen oder ins Ausland ziehen und haben annähernd gleiche Chancen wie westdeutsche Jugendliche. Schwieriger sieht die Situation in den bildungsfernen Schichten aus. Jugendliche ohne oder nur mit Hauptschulabschluss finden in den neuen Ländern schwerer eine Lehrstelle als in den alten. Wer mobil ist, sucht seine Chance im Westen, wer sich an seine Heimat gebunden fühlt, beginnt oft eine Hartz IV-Karriere.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland Mitte 2008 mit 13,3 % ebenso wie die allgemeine Quote etwas mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (6,2 %). Weniger Mädchen als Jungen sind arbeitslos gemeldet.

### Facetten alltäglichen Lebens

Auf anderen das Leben der Menschen prägenden Feldern haben sich Ost und West zumindest angeglichen, auf einigen anderen dagegen nicht.

Schaubild 79: Nachbarschaftliche Solidarität im Ost-West-Vergleich\*



\*Anteil der Personen, die mindestens einmal pro Monat bei Freunden, Verwandten etc. mithelfen.

Quelle: SOEP-Monitor 1984-2007.

Nachbarschaftshilfe und informelle Netzwerke spielten in der DDR, nicht zuletzt aufgrund der Mangelwirtschaft, eine bedeutsame Rolle im Alltagsleben. Nach dem Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung kommt es, wie obiges Schaubild zeigt, zu einem Rückgang dieses Verhaltens. Doch im Laufe der nachfolgenden Jahre steigt der Anteil von Personen, die Freunden und Verwandten helfen, wieder auf das Niveau von 1990 an. Parallel erhöht sich die Quote im Westen auf ostdeutsches Niveau.

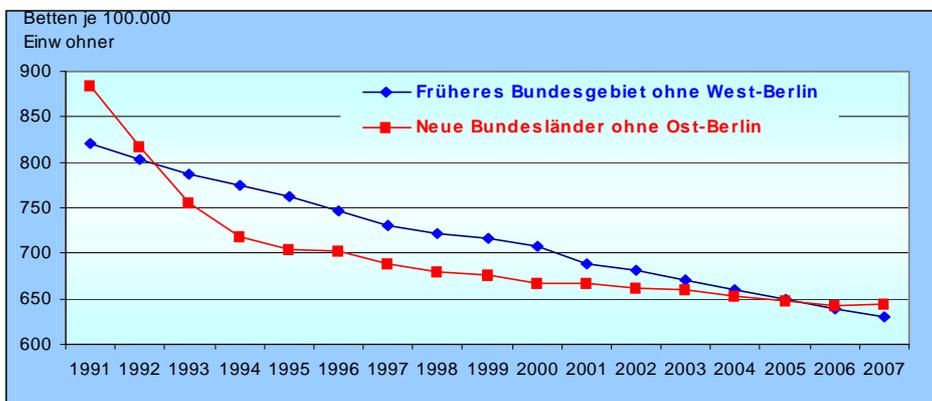
<sup>71</sup> Vgl. Kurth 2009.

## Steigende Lebenserwartung und sinkende Selbstmordraten

Mit dem Fall der Mauer ändern sich auch die Lebensverhältnisse, die einen mehr oder weniger starken Einfluss auf Gesundheit und Lebenserwartung der Menschen haben. Gesundere Ernährung und medizinische Versorgung erreichen schon bald nach der Wiedervereinigung Westniveau.

Mit der Wiedervereinigung wird das westdeutsche Gesundheitssystem auf Ostdeutschland übertragen, mit der Folge einer deutlichen Verbesserung der technischen Ausstattung der Krankenhäuser sowie der medikamentösen Versorgung der Bevölkerung. Der Umbau des Gesundheitswesens beginnt bereits im Sommer 1990 in der Amtszeit der letzten DDR-Regierung. Für Sofortmaßnahmen stellt die Bundesregierung der DDR 3 Milliarden DM zur Verfügung.

Schaubild 84: Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner im Ost-West-Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Gesundheitswesen VIIIA1.

Die Ausstattung mit Krankenhäusern und Krankenhausbetten hat sich zwischen den Bundesländern weitgehend angeglichen, während die Arztdichte nach wie vor differiert. Sie liegt im Jahre 2007 in Ostdeutschland bei 341 Ärzten je 100.000 Einwohner und damit etwas unter der in Westdeutschland (391) – vor allem wegen der hohen Arztdichte in den zwei westdeutschen Stadtstaaten und West-Berlin. Dafür ist die Zahnarztdichte im Osten – immer schon – höher; sie beträgt im Jahre 2007 etwa 85 (West: 78).

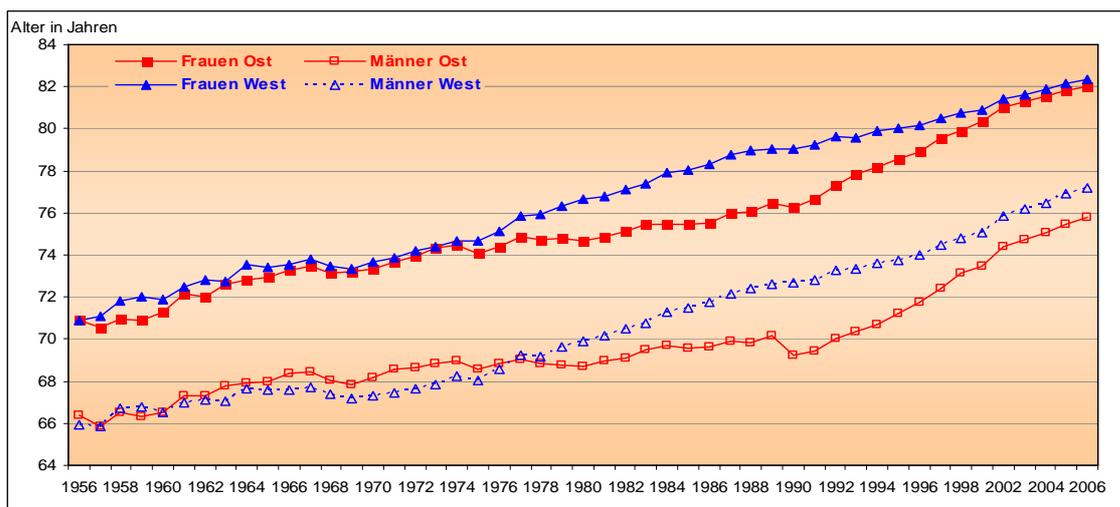
Aufgrund des überwiegend katastrophalen Zustands der Feierabend- und Pflegeheime in der DDR muss mit der Wiedervereinigung nahezu der gesamte Bestand an Pflegeplätzen in den neuen Ländern (etwa 85.000) entweder neu gebaut oder grundsaniert werden. Die Kosten liegen bei rd. 75.000 Euro pro Platz. Die Finanzierung erfolgt über die Gelder der Pflegeversicherung hinaus durch Bundeshilfen (insgesamt 3,3 Mrd. Euro). Die Neustrukturierung des Gesundheitssystems erfordert beträchtliche Mittel, die zum größten Teil vom westdeutschen Steuerzahler, durch West-Ost-Transfers der Krankenkassen und der Landesregierungen bereitgestellt werden.

Die Übertragung des westdeutschen Gesundheitssystems auf das Beitrittsgebiet kann gemessen an der verbesserten gesundheitlichen Situation, der höheren Lebenserwartung, dem deutlich besseren Zustand von Krankenhäusern und Pflegeheimen und der nahezu kostenlosen Rundum-Sanierung vieler Gebisse eindeutig als Erfolgsgeschichte gewertet werden. Dennoch halten viele Ostdeutsche das Gesundheitssystem der DDR für besser. Bei einer Allensbach-Umfrage bekundet etwa jeder Dritte, die Krankenversorgung sei nach der Wiedervereinigung besser geworden, aber fast jeder Zweite beklagt einen schlechteren Zustand.<sup>72</sup> Als Nachteile des heutigen Systems werden die Praxisgebühr, die Zuzahlung bei Medikamenten, die Aufteilung in Kassen- und Privatpatienten u.ä. angeführt. Die Nachteile des DDR-Gesundheitssystems – schlechte medikamentöse Versorgung, lange Wartezeiten, rückständige technische Ausstattung etc. – sind dagegen in Vergessenheit geraten.

Abgesehen von einigen deutlichen Unterschieden bei bestimmten Krankheitsbildern – zum Beispiel bei Allergien, die im Westen häufiger auftreten, und Diabetes, die im Osten überdurchschnittlich verzeichnet wird – gleichen sich die Krankheitsbilder nach der Wiedervereinigung weitgehend an.

Die Ernährungsgewohnheiten differieren noch. Westdeutsche verzehren mehr Milcherzeugnisse, Käse, Quark, Nahrungsmittel, Süßigkeiten und alkoholfreie Getränke; Ostdeutsche konsumieren mehr Fleisch, Wurst, Fisch, Obst/Gemüse, Gemüseprodukte, Brot und Backwaren, Honig, Marmelade und Alkohol. Analog zum Alkoholkonsum rauchen Ostdeutsche etwas häufiger als Westdeutsche. Der Raucheranteil liegt bei 28 % (West: 27 %).<sup>73</sup>

Schaubild 85: Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland



Quelle: Human Mortality Database; University of California, Berkeley und Max Planck Institute for Demographic Research; Statistisches Bundesamt, Natürliche Bevölkerungsbewegung, Sterbetafel.

<sup>72</sup> Vgl. Schroeder 2006, S. 729.

<sup>73</sup> Vgl. Gesis (Hg.): Soziale Indikatoren VIII: Gesundheit, Raucheranteil.

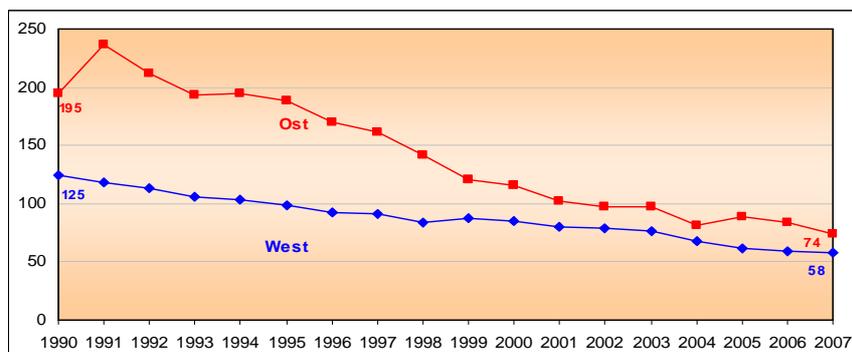
Die positiven Veränderungen im Gesundheitswesen, in der Ernährung und generell in der psychischen Verfassung sowie – in geringem Maße – die gesunkene Suizidrate dürften verantwortlich sein für eine geradezu sensationelle Verlängerung der mittleren Lebenserwartung in den neuen Ländern.

Neben der mittleren Lebenserwartung steigt auch die Lebenserwartung älterer Jahrgänge wie die der Sechzigjährigen, so dass auch die älteren Kohorten von der Verbesserung der Lebensbedingungen profitieren. Für sechzigjährige Ostdeutsche bedeutet dies eine weitgehende Angleichung an die Lebenserwartung Gleichaltriger im Westen.

Dieser in der neueren Geschichte einmalige sprunghafte Anstieg stützt die These einer weitgehenden Angleichung der materiellen Lebensbedingungen in nahezu allen sozialen Schichten. Das ist mehr als erwartet werden konnte, zeigt aber gleichzeitig das negative Ausmaß der Rahmenbedingungen des DDR-Systems auf das Leben der Menschen.

Eine weitgehende Angleichung lässt sich auch bei der Zahl der Verkehrstoten beobachten. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer führten die nachgerade chaotischen Zustände auf ostdeutschen Straßen zu einer hohen Zahl von Verkehrsopfern. Der Kauf eines Westautos und die aggressive Fahrweise werden von vielen als Symbol neu gewonnener Freiheiten missverstanden. Inzwischen hat sich Normalität eingestellt, wozu der bessere Zustand der Straßen, aber auch verstärkte polizeiliche Kontrollen beigetragen haben dürften.

Schaubild 86: Verkehrstote im Ost-West-Vergleich



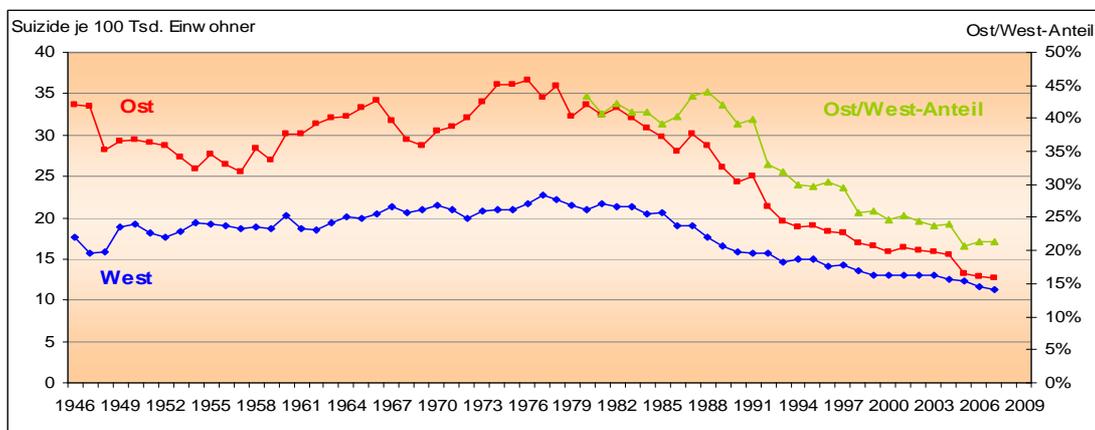
Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten je Mio. Einwohner in West- und Ostdeutschland. Ab 1999 Ost einschließlich Berlin.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Todesfallstatistik.

1990 sterben in Ostdeutschland 193 Personen pro 1 Million Einwohner im Straßenverkehr (West: 126); dies war gegenüber 1989 nahezu eine Verdoppelung. Wie Schaubild 86 verdeutlicht, gleichen sich erst nach zehn bis zwölf Jahren die Zahlen der Verkehrstoten auf deutlich niedrigerem Niveau stärker an. Im Jahr 2007 sind die Unterschiede nur noch gering.

Schon unmittelbar nach dem Fall der Mauer steigt die Kriminalitätsrate in Ostdeutschland massiv an. Ein Grund ist die so genannte Wohlstandskriminalität, d.h. aufgrund gestiegener Erwartungen und Ansprüche, die sich durch Arbeit nicht realisieren lassen, steigt der Anteil derer, die ihren Wohlstand durch Diebstahl u.ä. erhöhen wollen. Für diese Annahme spricht der überdurchschnittlich hohe Anteil der Eigentumsdelikte. Angesichts dessen verwundert nicht, dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit in Ostdeutschland deutlich niedriger als in Westdeutschland liegt. Dabei entspricht die Angst vor Kriminalität nicht unbedingt dem Risikograd, d.h. weniger die potenziell Betroffenen weisen eine hohe Angstrate auf, als vielmehr diejenigen, die über Kriminalität lesen und hören.<sup>74</sup> Obschon die Kriminalitätsfurcht unter Ostdeutschen größer ist, werden sie zum Beispiel deutlich weniger häufig Opfer von Gewaltkriminalität.

Entgegen der unmittelbar nach dem Mauerfall geäußerten Vermutung, der Zusammenbruch des realen Sozialismus werde zu einem Anstieg der Selbstmordraten führen, weil führende Parteifunktionäre ihr Lebenswerk vernichtet sähen, tritt die gegenteilige Entwicklung ein: Der ostdeutsche Anteil an den Selbsttötungen in Deutschland, der zu Beginn des Vereinigungsprozesses bei etwa 40 % lag, sinkt Anfang der neunziger Jahre in bemerkenswerter Weise. Bis zum Jahr 2007 halbiert sich der Ost-West-Anteil auf etwas über 21 %.

**Schaubild 87: Anzahl der Suizide je 100.000 Einwohner im Ost-West-Vergleich**



Frühere Bundesrepublik einschließlich (Gesamt-)Berlin.

Quelle: Todesursachenstatistik, Statistisches Bundesamt, Zw eigstelle Bonn, 2008.

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten pendelt sich die jährliche Suizidziffer in Westdeutschland auf etwa 20 pro 100.000 Einwohner ein. In der DDR ist sie zunächst rückläufig und fällt von knapp 30 auf etwas über 25, steigt jedoch nach dem Bau der Mauer und den Zwangskollektivierungen auf über 30 an. Nach einem kurzen Rückgang Mitte der sechziger Jahre klettert die Selbsttötungsrate in den siebziger Jahren auf einen neuen Höchststand. Obschon

<sup>74</sup>

Vgl. Noll/Weick 2000.

viele ehemalige DDR-Bewohner zumindest die ersten Jahre dieses Jahrzehnts zumeist als sozial und wirtschaftlich erfolgreich einstufen, werden knapp 37 Suizide pro 100.000 Einwohner registriert. Eine Erklärung hierfür könnte die internationale Anerkennung der DDR sein, da nun die Bevölkerung davon ausgehen muss, dass die DDR dauerhaft existiert und der Weg in den Westen auf immer versperrt bleibt. Ab Ende der siebziger Jahre gehen die Selbsttötungen zwar etwas zurück, liegen bis 1988 jedoch immer noch über dem Niveau der frühen fünfziger Jahre. Erst 1989, im Jahr des Aufbruchs und der Hoffnung für viele Menschen in der DDR, wird ein spürbarer Rückgang und die geringste Selbstmordrate in der Geschichte notiert.

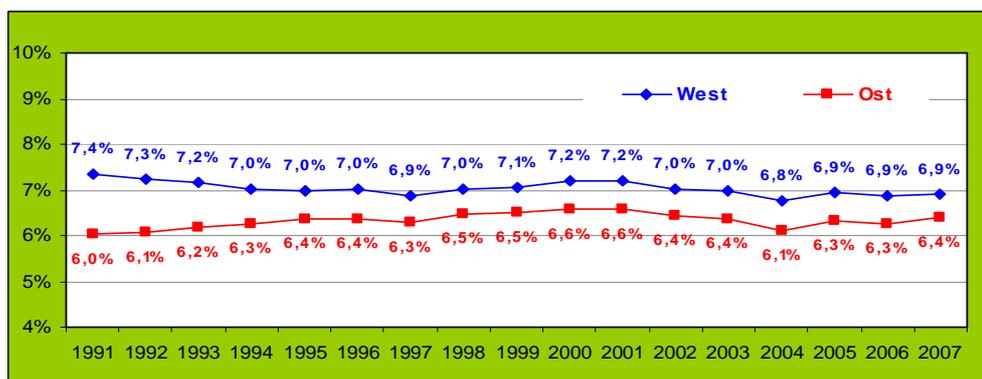
Als der SED-Führung bewusst wird, dass sich nach dem Mauerbau die Selbstmordrate erhöht, wird 1963 die staatliche Zentralverwaltung für Statistik angewiesen, die Zahlen nicht mehr zu veröffentlichen.

Gemessen am Niveau kurz vor dem Ende der DDR hat sich die Selbsttötungsrate in Ostdeutschland heute mehr als halbiert.

### Subjektives Wohlbefinden

Die weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West zwanzig Jahre nach dem Mauerfall schlägt sich nicht in einer Angleichung der Lebenszufriedenheit nieder. Ostdeutsche zeigen sich generell mit ihrem Leben unzufriedener als Westdeutsche, obschon sie im Gegensatz zu den Westdeutschen mehrheitlich eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erleben.

Schaubild 88: Allgemeine Lebenszufriedenheit im Ost-West-Vergleich\*



\*Mittelwert einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

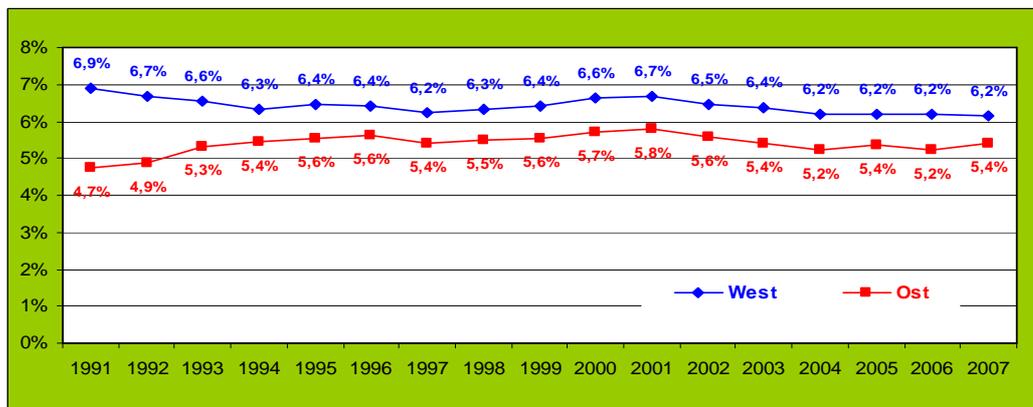
Quelle: SOEP-Monitor 1984-2007

Bis Ende der neunziger Jahre beobachten wir einen gewissen Angleichungsprozess in der allgemeinen Lebenszufriedenheit, da der durchschnittliche Wert im Westen leicht sinkt und im Osten in etwa ähnlichem Maß steigt. In den nachfolgenden zehn Jahren verläuft die Entwicklung in etwa parallel; im Jahre 2007 beträgt der Abstand 0,5 Prozentpunkte. Ein Blick hinter die Durchschnittswerte

zeigt eine deutliche Ost-West-Differenz beim Anteil der Personen, die mit dem Leben allgemein unzufrieden sind. Ihr Anteil liegt in Ostdeutschland mit 19 % nahezu doppelt so hoch wie im Westen.

Außer mit der Kinderbetreuung sind Ostdeutsche in allen Lebensbereichen weniger zufrieden als Westdeutsche. In der Beurteilung des Lebensstandards und vor allem des Einkommens öffnet sich die Schere am weitesten, während wir bei der Zufriedenheit mit der Wohnung, der Tätigkeit im Haushalt, dem Freundes- und Bekanntenkreis und der Arbeit ähnliche Werte sehen.

**Schaubild 89: Zufriedenheit mit dem Einkommen im Ost-West-Vergleich\***



\*Mittelwert auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) und 10 (ganz und gar zufrieden).

Quelle: SOEP-Monitor 1984-2007.

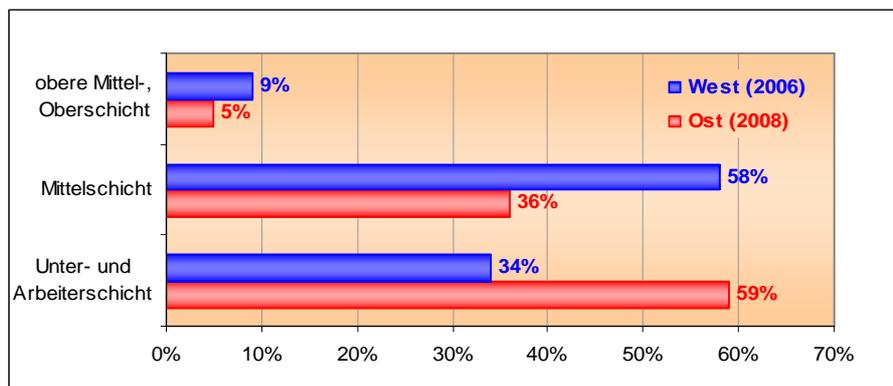
Zwar steigen die mittleren Werte der Ostdeutschen bis Mitte der neunziger Jahre an, seither oszillieren sie aber um den für das Jahr 2007 registrierten Wert. Die Stagnation des Wohlstands schlägt sich unter Westdeutschen in einem stark sinkenden Zufriedenheitsgrad nieder. Der Wert fällt von 6,9 % auf 6,2 %. Die Lebenszufriedenheit wird in Ost und West übereinstimmend vor allem aus dem Blickwinkel des Wohlstandsniveaus beurteilt.

Überraschenderweise sind Ostdeutsche selbst dann unzufriedener als Westdeutsche, wenn sie über ein ähnliches Einkommen verfügen oder sich der gleichen Schicht zuordnen. Westdeutsche Arbeitslose bekunden auch eine höhere Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen (4,1) als ostdeutsche (3,2), obwohl sich ihre materielle Situation kaum unterscheidet. Selbst die Gewinner der Einheit – die ostdeutschen Rentner – äußern sich über alle Lebensbereiche unzufriedener als ihre westdeutschen Altersgenossen.<sup>75</sup> Dieser Befund bestätigt abermals, dass viele Befragte sich unabhängig von der individuellen Lage allgemein als Ostdeutsche benachteiligt fühlen oder ihr Vergleichsmaßstab – zum Beispiel das von ihnen überschätzte westdeutsche Wohlstandsniveau – unrealistisch ausfällt.

<sup>75</sup> Vgl. Datenreport 2008, S. 407.

Die Unterschiede in der Lebenszufriedenheit resultieren vornehmlich aus zwei Aspekten: der subjektiven Schichtzuordnung und der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung. Auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ordnen sich viele Ost- und Westdeutsche trotz gleicher sozialer Situation unterschiedlichen Schichten zu. Hier wirken offenbar Erfahrungen und Sozialisation in den unterschiedlichen Systemen nach.

**Schaubild 90: Subjektive Schichteinstufung 2006/2008**

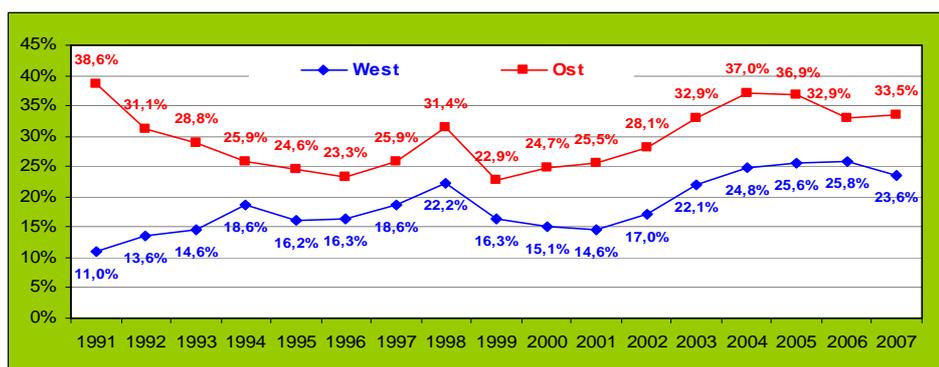


*Quellen:* sfz/leben 2008 (gew.), Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2008, Bonn 2008, :

Weiterhin rechnet sich eine Mehrheit in Ostdeutschland der Unter- und Arbeiterschicht zu, in Westdeutschland der Mittelschicht.

Während sich die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage seit Anfang der neunziger Jahre weitgehend angenähert hat, sehen wir im Urteil über die eigene wirtschaftliche Lage, vor allem bei den Personen, die sich Sorgen machen, deutliche Unterschiede.

**Schaubild 91: Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung im Ost-West-Vergleich\***



\*Anteil der Personen (ab 17 Jahren), die sich große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung machen.

*Quelle:* SOEP-Monitor 1984-2007.

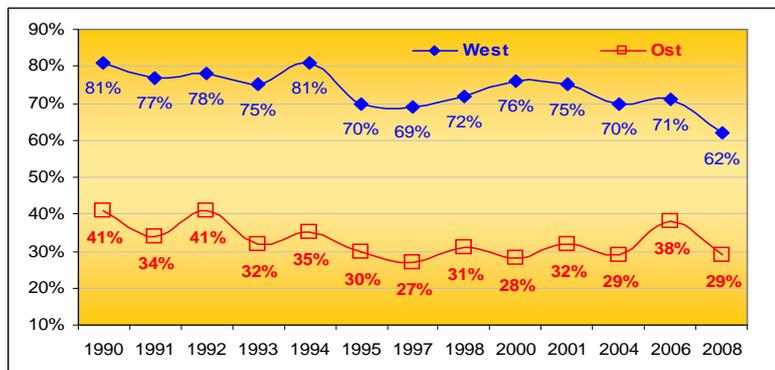
Zwar hat sich auch das Lager derjenigen, die sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft machen, bis Ende der neunziger Jahre etwas angenähert, gleichwohl bleibt eine beträchtliche Lücke bestehen. Im Jahre 2007 – bei anziehender Konjunktur und deutlichem Abbau der Arbeitslosenquoten – äußert

gut jeder Dritte im Osten und knapp jeder Vierte im Westen große Sorgen über die eigene materielle Perspektive.

### **Die Bewertung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft**

Noch stärker als bei der Bewertung des eigenen Lebens und Umfeldes differieren die Urteile über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zwischen Ost- und Westdeutschen. Westdeutsche setzen mehrheitlich spätestens seit Ende der fünfziger Jahre großes Vertrauen in ihr Gesellschaftssystem, wobei Demokratie und Marktwirtschaft bis Ende der achtziger Jahre gleichermaßen hohe Zustimmungswerte verbuchen können. Nach der Wiedervereinigung und den hiermit einhergehenden Umverteilungsprozessen sinkt jedoch die Zufriedenheit mit der Demokratie, wenngleich die Zustimmung auf hohem Niveau verbleibt.

**Schaubild 92: Demokratiezufriedenheit**



Positive Antworten auf die Frage "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

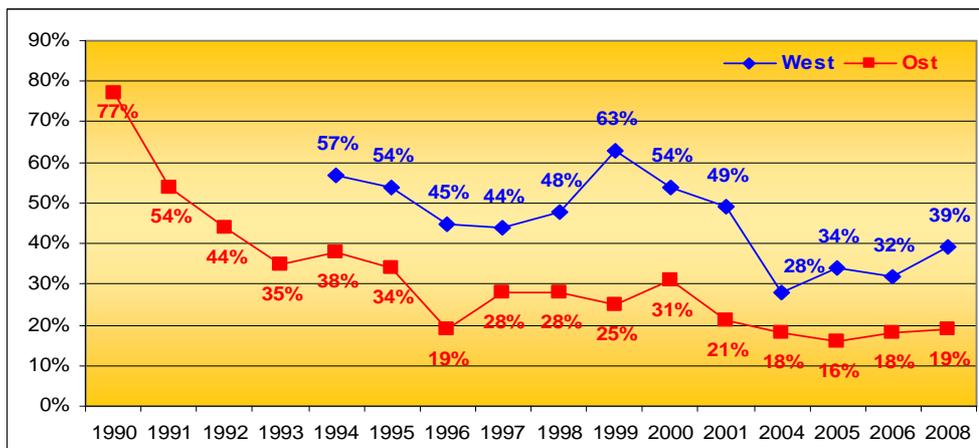
Viele Ostdeutsche sind nach wie vor ungeübt im Mit- und Gegeneinander einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. Der Wettbewerb von Ideen, politischen Richtungen, sozialen Interessen etc. erscheint vielen von ihnen als zerstörerisches Element in einer unübersichtlichen Gesellschaft. Sie haben den Wunsch nach einem starken Staat. Zwar favorisieren sie – ebenso wie eine sehr breite Mehrheit der Westdeutschen – die Demokratie als politisches Prinzip, äußern sich aber skeptisch gegenüber der praktizierten Demokratie. Der hohe Grad der Demokratieunzufriedenheit in Ostdeutschland entspricht dem in den meisten postsozialistischen Transformationsländern.<sup>76</sup>

Die (soziale) Marktwirtschaft erscheint den meisten Ostdeutschen am Vorabend der Vereinigung als Garant für den früher über die Westmedien und die West-

<sup>76</sup> Vgl. Schroeder 2006, S. 494.

pakete vermittelten und nach dem Fall der Mauer selbst zu bestaunenden Wohlstand im Westen.

**Schaubild 94: Gute Meinung über das Wirtschaftssystem\***

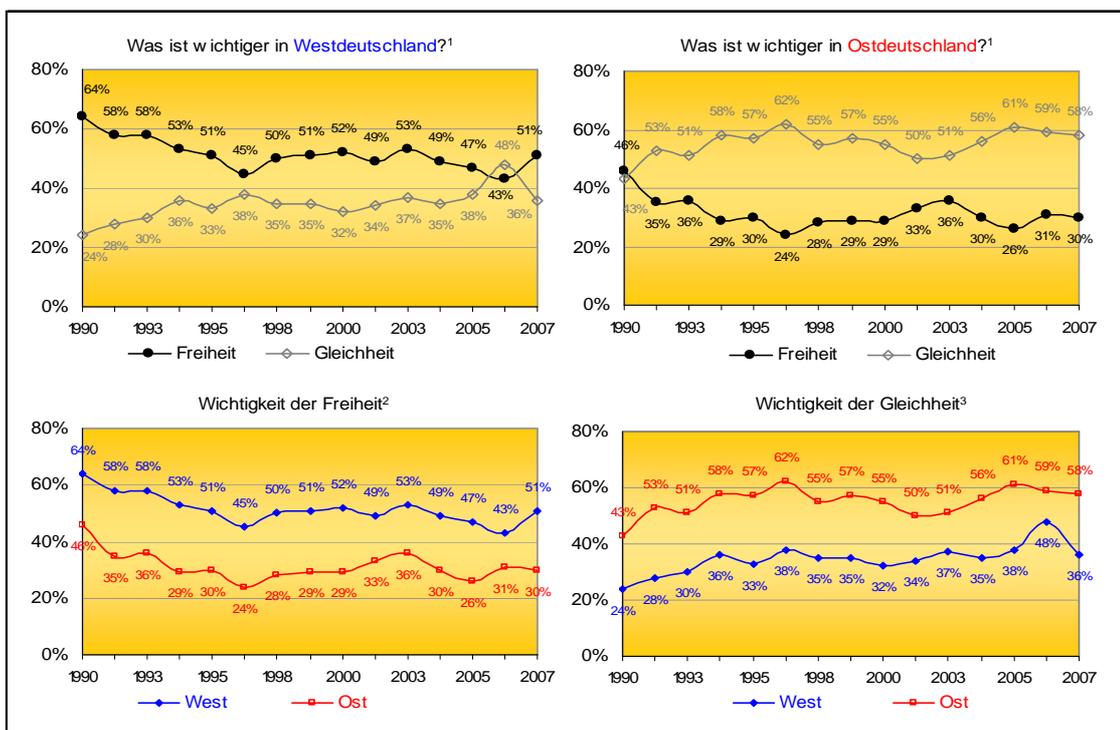


Antworten auf die Frage: "Haben Sie eine gute oder keine gute Meinung zum Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik?". Für Westdeutschland keine Zahlen vor 1994 verfügbar.

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

So ist es nicht überraschend, dass im Vereinigungsjahr knapp 80 % der befragten Ostdeutschen eine positive Meinung zum Wirtschaftssystem der Bundesrepublik äußern und nicht einmal 10 % negativ urteilen. Mit dem Ende der Wohlstandsexplosion Mitte der neunziger Jahre kehrt sich das Verhältnis um: Seither haben durchweg mehr Ostdeutsche eine schlechte als eine gute Meinung über das Wirtschaftssystem. Gerechte Verteilungsverhältnisse sieht nur gut jeder Vierte im Westen und nicht einmal jeder Zehnte im Osten.

**Schaubild 96: Freiheit oder Gleichheit?**



Aussagen: <sup>1</sup>Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit/Gleichheit wichtiger <sup>2</sup>Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit wichtiger <sup>3</sup>Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Gleichheit wichtiger".

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Abgesehen vom Jahr 1990 ist einer absoluten Mehrheit der Ostdeutschen, alternativ gefragt, Gleichheit wichtiger als Freiheit, während die Westdeutschen, abgesehen vom Jahr 2006, immer häufiger für die Freiheit optieren. Allerdings fällt auch hier die Quote der unbedingten Befürworter von Freiheit von 64 % auf 51 % (Ost: 46 % auf 30 %). Freiheit ist mit Risiko verbunden – das ist es, was sicherheitsbewusste Deutsche – im Osten stärker als im Westen – zurückschrecken lässt. Der Zusammenbruch des Sozialismus ist zwar Resultat des Strebens nach Freiheit, anschließend verlor diese jedoch zugunsten der sozialen Sicherheit und des Wohlstands an Bedeutung.

Die geringen Zufriedenheitswerte mit verschiedenen Facetten des Lebens und die weit verbreitete Skepsis gegenüber der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der ostdeutschen Bevölkerung legen die Vermutung nahe, eine Mehrheit würde die Wiedervereinigung negativ bewerten: Das ist aber nicht der Fall! Seit 1990 bekundet immer eine absolute Mehrheit der Ostdeutschen, die Wiedervereinigung sei eher ein Grund zur Freude als zur Sorge (2008: 65 % gegenüber 13 %). Die Westdeutschen sind bei diesem Thema wesentlich zurückhaltender: Ihre anfängliche Freude (58 %) trübt sich Mitte der neunziger Jahre deutlich ein (41 %), um schließlich wieder auf 45 % im Jahr 2008 zu steigen. Knapp jeder Dritte betrachtet die Vereinigung aber mit sorgenvoller Miene.

**Schaubild 97: Wiedervereinigung als Glücksfall für Deutschland?**



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (Repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2006)

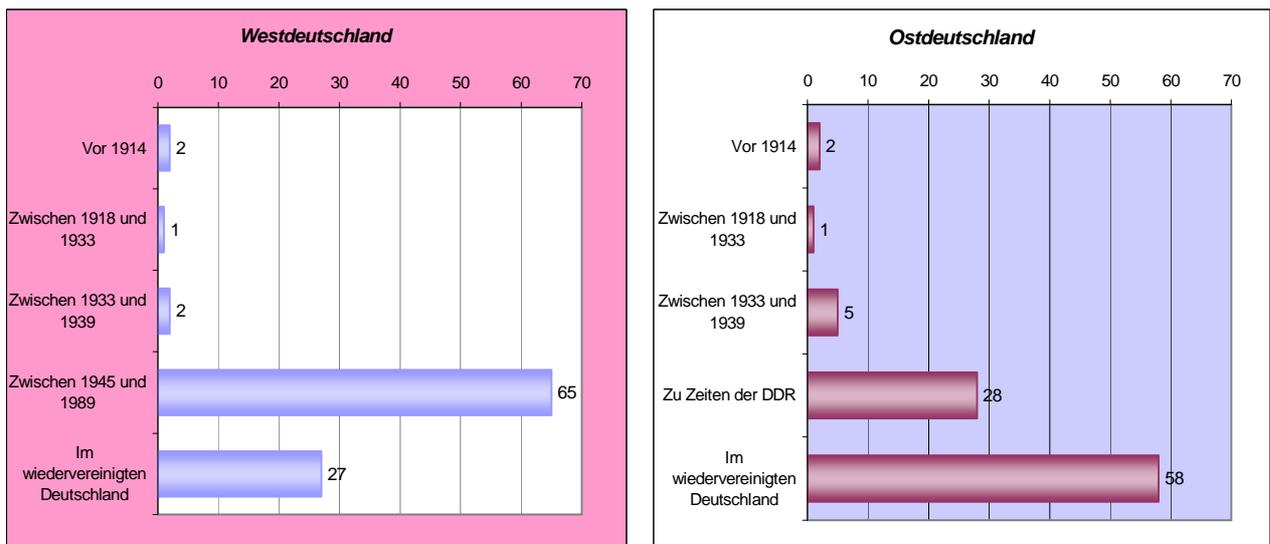
Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Wiedervereinigung reduziert sich die Zahl der Westdeutschen, die sie für einen Glücksfall halten, unter die 50 %-Marke. Knapp zwei Drittel der Ostdeutschen halten die Wiedervereinigung trotz aller Probleme für einen Glücksfall und nur gut ein Viertel widerspricht. Diese widersprüchlichen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die meisten Ostdeutschen im Grunde ihres Herzens froh über die Wiedervereinigung und ihre eigene persönliche Entwicklung sind, sich gleichwohl interessenbezogen äußern, sich einen höheren Wohlstand und mehr Umverteilung

zu ihren Gunsten wünschen. Angesichts dessen verwundert nicht, dass 58 % der Ostdeutschen angeben, Deutschland sei es im 20. Jahrhundert nach der Wiedervereinigung am besten gegangen und nur 28 % heben die Zeit der DDR hervor. Im Westen dagegen sehen knapp zwei Drittel bessere Zeiten in der alten Bundesrepublik und nur 27 % im wiedervereinigten Deutschland.

Mitte der neunziger Jahre wählen deutlich weniger Ostdeutsche (36 %), aber etwas mehr Westdeutsche (30 %) die Zeit nach der Wiedervereinigung als die beste bzw. glücklichste Zeit für Deutschland. Aber auch zu diesem Zeitpunkt votiert eine breite Mehrheit der Westdeutschen für die alte Bundesrepublik, sei es für das Wirtschaftswunder, die sechziger oder die siebziger Jahre.

Trend der Befragungen: Westdeutsche sehnen sich mit großer Mehrheit nach der alten Bundesrepublik zurück, Ostdeutsche sind gespalten in eine absolute Mehrheit, die die Zeit nach der Wiedervereinigung favorisiert, und eine starke Minderheit, die immer noch bzw. wieder an der DDR hängt.

**Schaubild 98 Wann ist es Deutschland am besten gegangen?**



Antworten auf die Frage: "Wann im 20. Jahrhundert ist es nach Ihrem Gefühl Deutschland am besten gegangen: Vor 1914, oder zwischen 1918 und 1933, oder (in Westdeutschland:) zwischen 1945 und 1989 / (in Ostdeutschland:) zu Zeiten der DDR, oder im wiedervereinigten Deutschland?"

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 10032, Januar 2009.

Erneut sehen wir das Paradoxon, dass wer sich unzufriedener mit dem eigenen Leben und der Gesellschaft zeigt, trotzdem ein positiveres Urteil über die Zeit nach der Wiedervereinigung abgibt als der, der generell zufriedener ist. Offenbar spielt die Ausgangslage für die Mehrheit der Ostdeutschen in diesem Fall eine größere Rolle als der Ost-West-Vergleich. Westdeutsche dagegen vergleichen ihre Situation nicht mit der der Ostdeutschen, sondern mit ihrem Leben vor der Wiedervereinigung. Sie neigen, wenn auch öffentlich bisher kaum wahrgenommen, ebenso wie die Ostdeutschen dazu, viele aktuelle Probleme der

Wiedervereinigung anzulasten, unabhängig davon, ob ein Zusammenhang tatsächlich gegeben ist.

Ungeachtet des negativen Urteils über das politische und wirtschaftliche System fühlen sich die Ostdeutschen in der Bundesrepublik also recht wohl. Fast 80 % von ihnen stimmen ganz oder zumindest eher der Auffassung zu, man könne hier sehr gut leben. Wie schon bei anderen Urteilen wird deutlich, dass die individuelle Situation deutlich positiver gesehen wird als die allgemeine. Anders gesagt: Der in Westdeutschland traditionelle Zusammenhang zwischen Gesellschaftssystem und individueller Lage wird so in Ostdeutschland bisher nicht hergestellt. Allerdings waren auch in Westdeutschland Akzeptanz und Gewöhnung an den demokratischen Rechtsstaat mühsamer, als sich viele heute eingestehen wollen; die Verantwortlichen und Mitläufer der nationalsozialistischen Diktatur wurden nicht über Nacht zu Demokraten, aber der selbst erarbeitete Wohlstand nach 1945 schuf Selbstvertrauen und Vertrauen in die neue politische und gesellschaftliche Ordnung. Dieser Zusammenhang existiert(e) in Ostdeutschland aufgrund der hohen West-Ost-Transfers nur in gebrochener Form. Viele Ostdeutsche stellen keine Beziehung her zwischen individuellem Wohlstand und der gesellschaftlichen Ordnung, die diesen erst ermöglicht hat.

### ***Innere Einheit: Was Ost und West verbindet und was noch nicht***

Im Jahr 2006 erklärt erstmals eine absolute Mehrheit der Ostdeutschen (54 %), sie fühlten sich eher als Deutsche denn als Ostdeutsche (Westdeutsche: 71 %). Selbst wenn diese Gemeinsamkeit unter dem Eindruck der Fußballweltmeisterschaft entstanden sein sollte, deutet sie darauf hin, dass die Deutschen mehr verbindet als trennt. Gerade unter jüngeren Menschen hat sich offenbar ein unbefangenes Verhältnis zum eigenen Land verfestigt. In einer Forsa-Umfrage bekennen 86 % der 14- bis 18-Jährigen, stolz auf ihre Nationalität zu sein; nur 10 % sind weniger und lediglich 3 % überhaupt nicht stolz. Für viele ist dies ein nicht weiter begründbares Grundgefühl, andere äußern, Deutschland sei ein tolles Land oder nennen die wirtschaftliche Stärke Deutschlands.<sup>77</sup> Dieser Auffassung einer sehr breiten Mehrheit der jungen Generation schließen sich bei repräsentativen Umfragen gleichermaßen etwa zwei Drittel der Bevölkerung in den alten und den neuen Ländern an.<sup>78</sup>

### ***Die Deutschen und der Sozialismus***

West- und Ostdeutsche bewerten nicht nur den realen Sozialismus anders, sondern auch den fiktiven bzw. idealen, wobei selbst auf diesem Feld eine Annäherung zu beobachten ist. Zwar hält eine absolute Mehrheit der Ostdeut-

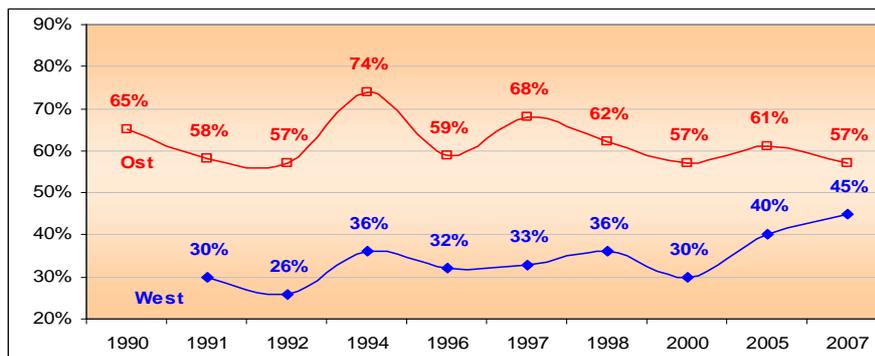
---

<sup>77</sup> Vgl. Schroeder 2008, S. 27.

<sup>78</sup> Vgl. Schroeder 2006, S. 632.

schen auch im Jahre 2007 den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde, aber im Wiedervereinigungsjahr sind es 65 % und Mitte der neunziger Jahre sogar 74 %. Erstaunlicher mutet der Annäherungsprozess zwischen Ost und West an, da der Anteil der Freunde des Sozialismus im Westen von 30 % auf 45 % ansteigt.

**Schaubild 100: Sozialismus - eine gute Idee?**



Bejahende Antworten auf das Statement: „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Nach dem subjektiven Eindruck einer Mehrheit sind die Unterschiede zwischen Ost und West immer noch größer als die traditionell ausgeprägten und auch in Zeiten der Teilung in beiden Staaten erhalten gebliebenen landsmannschaftlichen Differenzen zwischen Nord und Süd.

## Die Sanierung des ehemaligen Territoriums der DDR

Die Umweltsanierung gehört zu den größten Erfolgen der Wiedervereinigung. Sie erfolgt durch neue Umwelttechnologien, die Beseitigung von Schäden und Belastungen und nicht zuletzt durch die Stilllegung von Industrien.

Direkt nach dem Mauerfall erklärte die Bundesregierung, bis zum Jahr 2000 gleiche Umweltbedingungen in ganz Deutschland schaffen zu wollen<sup>79</sup> und leitet schnell mehrere Milliarden-Projekte zum Schutz der menschlichen Gesundheit, zur Gefahrenabwehr und zum Aufbau der Umweltinfrastruktur ein.

Beispielhafte Resultate dieser Maßnahmen:

Die Luftqualität verbessert sich innerhalb weniger Jahren spürbar.

Wie bei den Luftemissionen gleicht sich auch bei der Qualität des Trinkwassers und bei der Abwasserbehandlung die Situation in den alten und neuen Ländern bis Mitte der neunziger Jahre weitgehend an.

Binnen weniger Jahre gehen die biologische Belastung aus kommunalen Kläranlagen um 46 % und die Phosphorbelastung um 66 % zurück.

Die Quecksilberfracht der Elbe sinkt bis Mitte der neunziger Jahre von 16 t auf 4,7 t; der Bleigehalt geht um 70 %, die Kadmiumfracht um fast 40 % zurück.

In die Braunkohlesanierung investieren Bund und Länder zwischen 1990 und 2007 insgesamt rund 8,5 Mrd. Euro. Bis 2012 sollen die Arbeiten abgeschlossen sein.<sup>80</sup> In etwa vier Jahren sollen alle Umweltschäden in den Wismut-Altstandorten beseitigt sein.

Die Bundesregierung finanzierte 2,9 Mrd. Euro für die Beseitigung und Sanierung von Umweltschäden, 16,4 Mrd. Euro für die Beseitigung von Schäden im Bereich der chemischen Industrie, 10 Mrd. Euro für die Sanierung und Sicherung von stillgelegten Bergbaubetrieben – insgesamt also knapp 30 Mrd. Euro. Hinzu kommen erhebliche private Investitionen sowie durch Förderprogramme und Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der EU.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Zschiesche 2003, S. 33.

<sup>80</sup> Vgl. Jahresbericht 2008, S. 91.

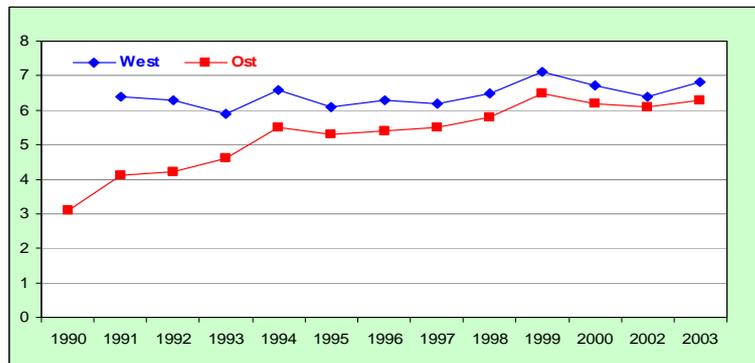
<sup>81</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9832, S. 13 f.

Emissionen pro Einwohner im Vergleich				
	1990		1995	
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
CO <sub>2</sub> in t	11,2	18,9	10,9	11,2
CO in kg	119,2	210,5	82,4	95,8
NO <sub>x</sub> in kg	31,2	43,6	23,2	25,3
NmVOC in kg	35,3	58,5	25,2	20,7
SO <sub>2</sub> in kg	13,9	272,1	8,9	99,4

Quelle: Hentrich 2000, S. 15

Aufgrund der Maßnahmen zur Umweltsanierung Ost nähern sich die Umweltkenndaten in wichtigen Bereichen bereits Mitte der neunziger Jahre den westdeutschen Werten an. Wie nachfolgendes Schaubild verdeutlicht, ist die Bevölkerung heute wesentlich zufriedener mit dem Zustand der Umwelt.

Schaubild 60: Zufriedenheit mit dem Umweltzustand\*



\*Mittelwerte einer Skala von 0 (=ganz und gar unzufrieden) und 10 (=ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: SOEP 1996-2000.

Quelle: Datenreport 2008.

Die Dimension der Verkehrsprojekte wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bis Ende 2007 knapp 1.800 km neue oder modernisierte Straßen für den Verkehr freigegeben werden.

Saniert wurden auch ganze Stadtzentren und hunderttausende Wohnungen. Im Rahmen des Wohnraummodernisierungsprogramms erhielten bis Ende 2007 knapp 750.000 Antragsteller gut 45 Mrd. Euro.<sup>82</sup> Zusätzlich bekamen von 1999 bis 2004 Antragsteller für die Modernisierung von Wohnraum eine Investitionszulage in Höhe von 15 % bis zu einer Kostenobergrenze von 614 Euro pro qm.

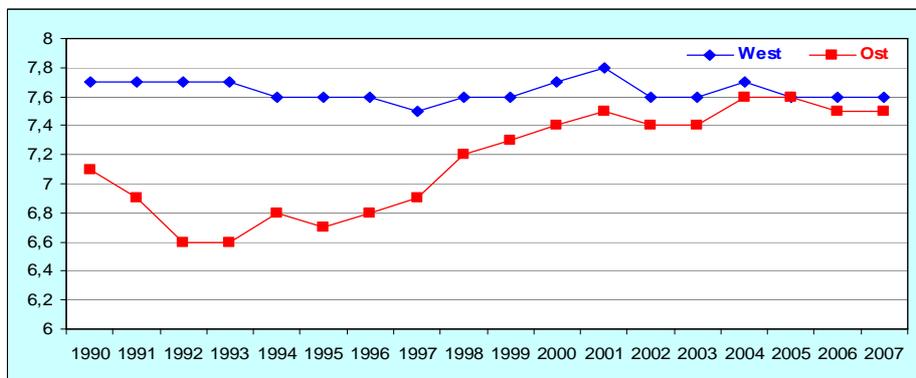
Die Städtebauförderung setzt ebenfalls schon 1990 mit über 500 Mio. Euro ein. Jährlich fließen zwischen knapp 300 Mio. Euro und etwa 500 Mio. Euro in die Programme. Inzwischen leben rund zwei Drittel aller Einwohner Ostdeutschlands in einer Stadtumbaukommune. Neben dem Abriss leerstehender und

<sup>82</sup> Vgl. Jahresbericht 2008, S. 35 (Anlage).

nicht sanierungsfähiger Wohnungen werden Straßenzüge und ganze Stadtteile saniert. Wer heutige Bilder entsprechender Viertel mit denen von Ende der achtziger Jahre vergleicht, erkennt die Gegend kaum wieder. Aus Ruinenlandschaften umfassend restaurierte und sanierte Viertel.

Im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost werden von 2002 bis 2009 insgesamt 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, darunter eine Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt. Einbezogen werden 390 Gemeinden mit mehr als 820 Stadtumbaugebieten. Ein Resultat: In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung seit den 90er Jahren deutlich gestiegen und fast auf dem Niveau Westdeutschlands.

**Schaubild 62: Zufriedenheit mit der Wohnsituation\***



\*Mittelwerte einer Skala von 0 (=ganz und gar unzufrieden) und 10 (=ganz und gar zufrieden)

Quelle: SOEP-Monitor 1984-2007.

Mit Zustand und Größe der Wohnungen von einst wäre heutzutage sicherlich nur eine Minderheit zufrieden.<sup>83</sup>

<sup>83</sup> Vgl. Sozialreport 1990, S. 168.

## Die Kosten der Einheit

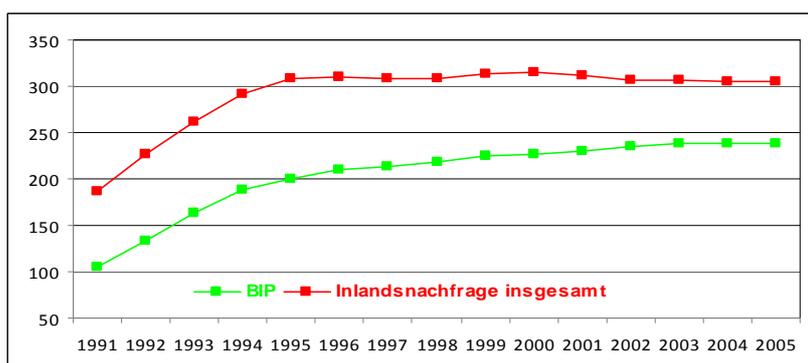
Kaum ein Thema erhitzt seit nun fast zwanzig Jahren die Gemüter in Deutschland mehr als die Kosten der Wiedervereinigung und des nachfolgenden Transformationsprozesses.

In den Jahren ab 2005 sind wahrscheinlich jeweils mehr als 120 Mrd. Euro brutto vom Westen in den Osten geflossen. Allerdings reduzieren sich die Leistungen durch Sozialbeiträge und Steuern ostdeutscher Arbeitnehmer; die Nettotransfers liegen bei etwa 80 % der Bruttotransfers.

Die für den „Aufbau Ost“ benötigten Mittel kommen aus den allgemeinen Steuern, dem Solidaritätsbeitrag, den Sozialversicherungsbeiträgen und aus einer fortgesetzt hohen Neuverschuldung. Da die Finanzierung aus verschiedenen unübersichtlichen Quellen erfolgt, kann die Gesamtsumme der bisherigen Transfers nur geschätzt werden. Der weitaus größte Teil ergibt sich – was oft übersehen wird – aus gesetzlichen Regelungen für Gesamtdeutschland. Diese betreffen u.a. Leistungen der Sozialversicherungskassen ebenso wie den Länderfinanzausgleich. Nach Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) entfällt nur etwa ein Fünftel der gesamten Bruttotransfers auf Sondermaßnahmen für Ostdeutschland. Die anderen 80 % sind Folge des regionalen und sozialen Umverteilungssystems in Deutschland.<sup>84</sup>

Einen Hinweis auf das Ausmaß der Transferzahlungen liefert das Verhältnis von Produktion und Verbrauch in den neuen Ländern.<sup>85</sup>

**Schaubild 63: Entwicklung des Verbrauchsüberhangs in Ostdeutschland\***



\*Ohne Berlin.

*Quelle:* Blum 2008, S. 63.

Datenbasis: IWH-Datenbank.

Dieser Verbrauchsüberhang wird finanziert durch Transfers der öffentlichen Kassen an Ostdeutschland und durch Schulden.<sup>86</sup>

<sup>84</sup> Vgl. IWH-Pressmitteilung 27/2004.

<sup>85</sup> Vgl. Sinn 2005, S. 272 ff., und Blum 2008, S. 63.

Transferleistungen für Ostdeutschland (in Mrd. Euro)										
	1990	1991	1993	1995	1997	1999	2003	1991-1999	1991-2003	1990-2009
<b>Bruttoleistungen insgesamt</b>	33,0	73,1	98,2	96,1	93,6	99,7	115,5	835,4	1.280	Knapp 2.000
<b>Davon</b>										
<b>Bund einschl. EU</b>		40,4	61,9	73,6	70,0	75,2	82,3 (71,2)	575,7 (68,9)		
<b>Westd. Länder u. Gemeinden</b>		2,6	5,1	5,6	6,1	6,1	13,8 (11,9)	47,0 (5,6)		
<b>Fonds „Deutsche Einheit“</b>		15,8	7,7	X	X	X	X	36,3 (4,6)		
<b>Sozialversicherung (netto)</b>		9,7	11,8	16,9	17,9	18,4	19,4 (16,8)	139,6 (6,7)		
<b>Treuhandanstalt</b>		4,6	11,8	X	X	X	X	35,3 (4,2)		
<b>Davon</b>										
<b>Sozialpol. motivierte Ausgaben</b>		33,2	53,2	47,5	46,5	51,1	52,1 (45,1)	426,4 (51)	630 (49,2)	
<b>Wirtschaftsförderung</b>		2,0	7,7	7,7	6,1	5,6	10,2 (8,8)	53,2 (6,3)	90 (7,0)	
<b>Wirtschaftsnahe Infrastruktur</b>		9,2	8,7	12,3	12,3	12,8	14,8 (12,8)	98,2 (11,8)	160 <sup>1</sup> (12,5)	
<b>Ungebundene Zuweisungen</b>		20,4	19,9	22,5	23,5	24,5	24,0 (20,7)	196,8 (23,6)	295 (23,1)	
<b>Sonstige Ausgaben</b>		8,7	9,2	5,6	5,6	5,6	13,8 (11,9)	61,3 (7,3)	105 (8,2)	
<b>Einnahmen des Bundes in Ostdtl.</b>		-16,9	-21,0	-24,0	-24,5	-26,1	-33,2	-205	-300	
<b>Nettoleistungen insgesamt</b>	29,7	55,7	77,2	72,1	69,0	73,6	82,3 (71,3)	630,4 (75,5)	Ca. 980 (76,6)	Ca. 1.620 (81)

<sup>1</sup> Gesamte Infrastruktur;

Datenbasis: Berechnungen des IWH und Angaben des BMF, BMWi und BMVBW. In Klammern die Anteile an der Bruttotransferleistung in Prozent. Von 1990 bis 2008 eigene Schätzungen.

Von 1990 bis 2009 werden nach eigener Schätzung knapp 2 Billionen Euro brutto von den alten in die neuen Länder transferiert. Nach Abzug der m.E. vom IWH überschätzten Rückflüsse (Steuern, Sozialbeiträge etc.) dürften in diesem Zeitraum ca. 1,6 Billionen Euro netto geflossen sein. Die derzeitigen jährlichen Nettotransfers entsprechen zwischen 4 % und 5 % des westdeutschen bzw. etwa 30 % des ostdeutschen BIP. Die Transfers stützen die ostdeutsche Inlandsnachfrage um etwa 27 %, erhöhen das ostdeutsche BIP je Einwohner von gut 50 % auf knapp zwei Drittel des westdeutschen Durchschnittswertes und sichern etwa 850.000 Arbeitsplätze in Ostdeutschland.<sup>87</sup>

### **Die stillen Kosten der Vereinigung**

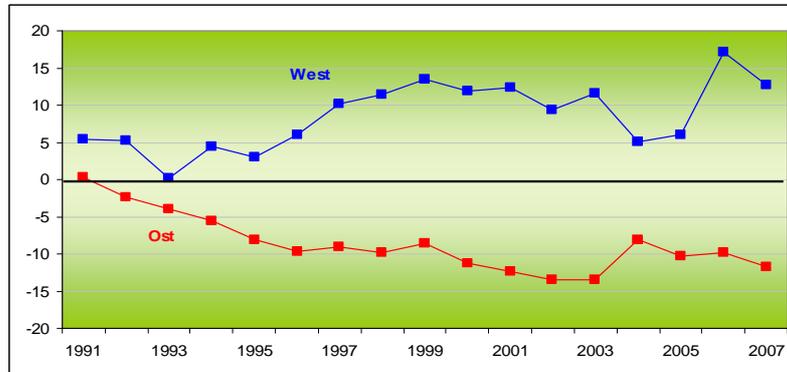
Der größte Teil der West-Ost-Transfers floss und fließt in die soziale Absicherung des Transformationsprozesses. Von den insgesamt knapp eine Billion Euro sozialpolitisch motivierten Transferleistungen seit 1990 wird ein großer Teil

<sup>86</sup> Vgl. Sinn 2005, S. 277 ff.

<sup>87</sup> Vgl. Lehmann/Ludwig/Ragnitz 2005.

zum Ausgleich der ostdeutschen Sozialversicherung verwendet. Die ostdeutschen Renten werden in den letzten neunzehn Jahren nur zu etwas mehr als der Hälfte aus Einnahmen finanziert, der Rest über West-Transfers.

**Schaubild 64: Finanzielle Entwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung**



\*Allg. Rentenversicherung, Saldo aus Einnahmen und Ausgaben, in Mrd. Euro  
 Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund

Wie aus obigem Schaubild zu entnehmen ist, öffnet sich die Schere im Saldo der Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung zwischen Ost und West seit Mitte der neunziger Jahre deutlich. Während im Westen nennenswerte Überschüsse erzielt werden, vergrößern sich die Defizite im Osten.

Das Umverteilungsvolumen zwischen den Bundesländern im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung liegt in den Jahren 2004 und 2005 bei knapp 21 Mrd. Euro und beträgt damit in etwa das dreifache Volumen des Länderfinanzausgleichs. Bis auf etwa 400 Mio. Euro, die von den anderen Westländern nach Schleswig-Holstein, Bremen und ins Saarland fließen, verläuft die Umverteilung von West nach Ost.

Einnahmen, Ausgaben und Saldo der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2005								
Länder	Ausgaben (Wohnort)		Beitrags- einnahmen (Wohnort)		Gesamt- einnahmen (Wohnort)		Saldo zwischen Gesamt- einnahmen und Ausga- ben	
	In Mio.Euro	Euro je Einwohner	In Mio.Euro	Euro je Einwohner	In Mio.Euro	Euro je Einwohner	In Mio.Euro	Euro je Einwohner
Schleswig-Holstein	7.542	2.662	5.427	1.918	7.419	2.619	-124	-44
Hamburg	4.628	2.654	3.709	2.132	5.706	3.272	1.077	618
Niedersachsen	20.853	2.609	15.557	1.945	21.187	2.650	334	42
Bremen	1.918	2.891	1.244	1.877	1.868	2.816	-50	-75
Nordrhein-Westfalen	49.774	2.756	36.950	2.046	51.048	2.827	1.274	71
Hessen	15.783	2.591	13.474	2.211	18.712	3.071	2.929	481
Rheinland-Pfalz	10.036	2.473	8.171	2.013	11.040	2.720	1.005	248
Baden-Württemberg	27.002	2.515	24.114	2.248	33.119	3.085	6.116	570
Bayern	29.885	2.397	27.499	2.208	38.085	3.054	8.200	658
Saarland	3.010	2.866	2.013	1.911	2.784	2.651	-225	-214
Berlin	9.784	2.882	5.968	1.760	8.149	2.400	-1.635	-482
Brandenburg	9.025	3.526	4.638	1.810	6.124	2.393	-2.901	-1.133
Mecklenburg- Vorpommern	5.843	3.422	2.953	1.724	3.914	2.293	-1.929	-1.130
Sachsen	17.054	3.990	7.473	1.744	10.015	2.343	-7.039	-1.647
Sachsen-Anhalt	9.467	3.833	4.336	1.747	5.763	2.333	-3.704	-1.500
Thüringen	8.639	3.700	4.134	1.763	5.475	2.345	-3.163	-1.355
<b>Insgesamt</b>	<b>230.243</b>	<b>2.793</b>	<b>167.661</b>	<b>2.033</b>	<b>230.408</b>	<b>2.795</b>	<b>165</b>	<b>2</b>
Alte Länder (ohne Ber- lin)	170.431	2.594	138.158	2.103	190.968	2.907	20.536	313
Neue Länder	59.812	3.573	29.503	1.758	39.440	2.356	-20.371	-1.217

Quelle: Schnitzlein/Bruckmeier 2008

Die tatsächliche Dimension der Umverteilung von West nach Ost im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung ist allerdings nur zu einem Teil erfasst, da Bundeszuschüsse in Milliardenhöhe in den Einnahmen enthalten sind. Die aus den Steuern finanzierten Bundeszuschüsse werden freilich zu über 90 % von westdeutschen und nur zu weniger als 10 % von ostdeutschen Steuerzahlern aufgebracht. Der West-Ost-Transfer im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung kann von daher für das Jahr 2005 mit gut 29 Mrd. Euro angesetzt werden – netto, da die Beitragseinnahmen schon abgezogen sind.

<b>Einnahmen, Ausgaben und Saldo der gesetzlichen Rentenversicherung je Einwohner 2005</b>		
	<b>West</b>	<b>Ost</b>
<b>Gesamteinnahmen</b>	2.907 Euro	2.351 Euro
<b>Darunter: Beitrags-einnahmen</b>	2.103 Euro	1.758 Euro
<b>Gesamtausgaben</b>	2.595 Euro	3.565 Euro
<b>Saldo</b>	<b>312 Euro</b>	<b>- 1.214 Euro</b>
<b>Anteil Beitragseinnahmen an den Gesamtausgaben</b>	81,0 %	49,3 %

Quelle: Schnitzlein/Bruckmeier 2008, S. 56 ff.

In der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es seit 1999 ebenfalls einen West-Ost-Transfer im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. Laut Bundesversicherungsamt addieren sich die jährlichen Transfers zwischen 1999 und 2007 auf etwa 24,3 Mrd. Euro. Dieser Transfer belastet derzeit den westdeutschen Beitragszahler jährlich um etwa 0,7 Prozentpunkte und entlastet den ostdeutschen um etwa 3 Beitragspunkte.

<b>Entwicklung des Risikostrukturausgleichs</b>				
	<b>Finanzkraft-transfer RSA</b>	<b>Finanzkraft-transfer RP*</b>	<b>Beitrags-Bedarfs-transfers</b>	<b>Gesamt-transfer</b>
<b>1999</b>	613,6			613,6
<b>2000</b>	1415,5			1415,5
<b>2001</b>	1528,3		476,8	2005,1
<b>2002</b>	1773,2	37,3	604,2	2414,1
<b>2003</b>	2178,3	94,2	693,8	2966,3
<b>2004</b>	2299,7	137,6	908,5	3345,8
<b>2005</b>	2579,0	159,9	769,2	3508,1
<b>2006</b>	2769,0	180,1	803,6	3752,7
<b>2007</b>	3200,0		1100,0	4300,0
<b>Summe</b>	<b>18356,6</b>	<b>609,1</b>	<b>5356,1</b>	<b>24321,8</b>

In Millionen Euro, Zahlen für 2007 vorläufig; \* Risikopool

Quelle: Bundesversicherungsamt

Noch höher fällt der West-Ost-Transfer bei der Arbeitslosenversicherung aus. Etwa die Hälfte der Ausgaben je Ostdeutschem werden im Jahre 2005 durch westdeutsche Beitragszahlungen oder Bundeszuschüsse finanziert. Je ostdeut-

schem Einwohner entsteht für dieses Jahr ein Defizit von jährlich knapp 450 Euro. Die West-Ost-Transfers dürften 2005 bei rd. 7 Mrd. Euro gelegen haben.

<b>Regionale Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung im Jahr 2005</b>						
<b>Länder</b>	<b>Ausgaben (Wohnort)</b>		<b>Einnahmen (Wohnort)</b>		<b>Saldo</b>	
	<b>In Mio.Euro</b>	<b>Euro je Einwohner</b>	<b>In Mio.Euro</b>	<b>Euro je Einwohner*</b>	<b>In Mio.Euro</b>	<b>Euro je Einwohner</b>
<b>Schleswig-Holstein</b>	1.804	637	1.657	585 (526)	-147	-52
<b>Hamburg</b>	1.051	603	1.223	701 (591)	171	98
<b>Niedersachsen</b>	4.746	594	4.810	602 (536)	65	8
<b>Bremen</b>	407	613	402	606 (506)	-5	-8
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	10.630	589	11.603	643 (567)	973	54
<b>Hessen</b>	3.463	568	4.344	713 (626)	881	145
<b>Rheinland-Pfalz</b>	2.184	538	2.562	631 (566)	379	93
<b>Baden-Württemberg</b>	5.478	510	7.826	729 (643)	2.347	219
<b>Bayern</b>	7.473	599	8.843	709 (627)	1.371	110
<b>Saarland</b>	559	532	645	614 (537)	86	82
<b>Berlin</b>	2.557	753	1.790	527 (462)	-767	-226
<b>Brandenburg</b>	2.506	979	1.374	537 (484)	-1.132	-442
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	1.742	1.020	857	502 (447)	-885	-518
<b>Sachsen</b>	3.925	918	2.227	521 (461)	-1.697	-397
<b>Sachsen-Anhalt</b>	2.340	947	1.277	517 (460)	-1.063	-430
<b>Thüringen</b>	2.225	953	1.234	529 (471)	-992	-425
<b>Insgesamt</b>	<b>53.090</b>	<b>644</b>	<b>52.674</b>	<b>639 (565)</b>	<b>-415</b>	<b>-5</b>
<b>Alte Länder (ohne Berlin)</b>	<b>37.795</b>	<b>575</b>	<b>43.915</b>	<b>668 (590)</b>	<b>6.121</b>	<b>93</b>
<b>Neue Länder</b>	<b>15.295</b>	<b>914</b>	<b>8.759</b>	<b>523 (465)</b>	<b>-6536</b>	<b>-390</b>

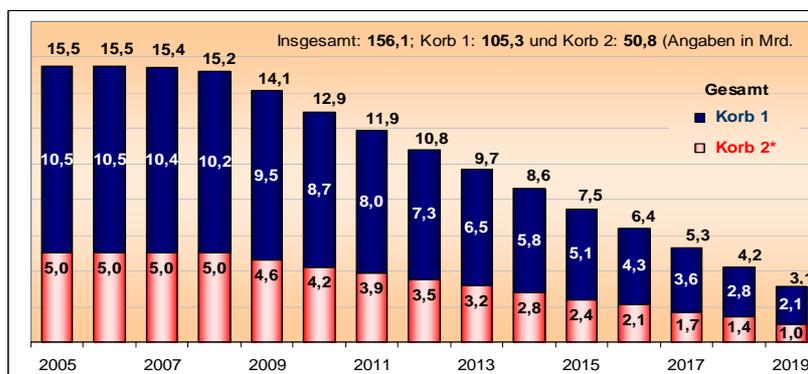
\* in Klammern: Beitragseinnahmen je Einwohner.

Quelle: Schnitzlein/Bruckmeier 2008

Ohne Berücksichtigung der Bundeszuschüsse ergibt sich allein für die Arbeitslosenversicherung und die gesetzliche Rentenversicherung im Jahr 2005 insgesamt ein Umverteilungsvolumen von etwa 28 Mrd. Euro. Wie Tabelle 39 zeigt, finanziert der Westen durch um knapp 6 Prozentpunkte höhere Sozialbeiträge je Arbeitnehmer eine Verringerung der Beiträge im Osten um gut 31 Punkte (inkl. Arbeitgeberbeiträge). Ohne Transfers würde der für die Sozialversicherungen zu zahlende Anteil des Gehalts ostdeutscher Arbeitnehmer etwa 45 % (ohne Arbeitgeberbeiträge) ausmachen.

Die Transfers für die ostdeutschen Länder im Rahmen des Solidarpakts II sind degressiv gestaffelt und sollen mit dem Jahr 2019 auslaufen.

**Schaubild 66: Solidarpakt II**



(in Mrd. Euro)

Korb 1: auf dieses Geld haben die ostdeutschen Länder einen Rechtsanspruch, Raten sind bereits festgelegt;

Korb 2: freiwillige Selbstverpflichtung des Bundes, diesen Beitrag für "überproportionale" Investitionen im Osten auszugeben

\* Zahlungsweise steht noch nicht fest, unterstellt sind gleiche Raten wie für Korb 1

Quelle: Bundesministerium für Finanzen.

Ein beträchtlicher Anteil der gewährten Solidarpaktmittel dient der Finanzierung der Folgekosten von Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR. Es entbehrt nicht eines gewissen Zynismus, dass westdeutsche Steuerzahler die Renten von ehemaligen MfS-Bediensteten sowie mittleren und höheren Partei- und Staatsfunktionären erwirtschaften müssen, die die Westdeutschen einst als Klassenfeinde bekämpften (vgl. Tabelle 22).

Die Subventionierung des Ostens erfolgt neben den Transfers der Sozialkassen und speziellen Sonderprogrammen (Investitionszulagen, Kreditprogramme etc.) auch über steuerliche Fördermaßnahmen. Zwischen 1991 und 2000 ergeben sich dadurch, bezogen auf das Rechnungsjahr, steuerliche Mindereinnahmen von knapp 50 Mrd. Euro. Der größte Teil gelangt über Sonderabschreibungen für Investitionen in die Unternehmen und den Wohnungsbau.<sup>88</sup>

Trotz Mitnahmeeffekten und Fehlinvestitionen ist nach Einschätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft speziell die Industrieförderung in einigen Ländern Ostdeutschlands eine Erfolgsgeschichte. Vor allem über die zu gleichen Teilen von Bund und Ländern finanzierte „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ fließen seit der Vereinigung bis Ende 2007 etwa 35 Mrd. Euro in den Osten. Die seit der Wiedervereinigung gewährten Mittel hierfür bringen ein Investitionsvolumen von etwa 171 Mrd. Euro hervor.

Auf dem Feld der sozialen Infrastruktur ist unterdessen der Angleichungsprozess bereits vollzogen worden. So existiert zum Beispiel im Gesundheitswesen seit vielen Jahren in Ost- und Westdeutschland ein annähernd gleiches Versor-

<sup>88</sup> Vgl. Busch 2002, S. 206.

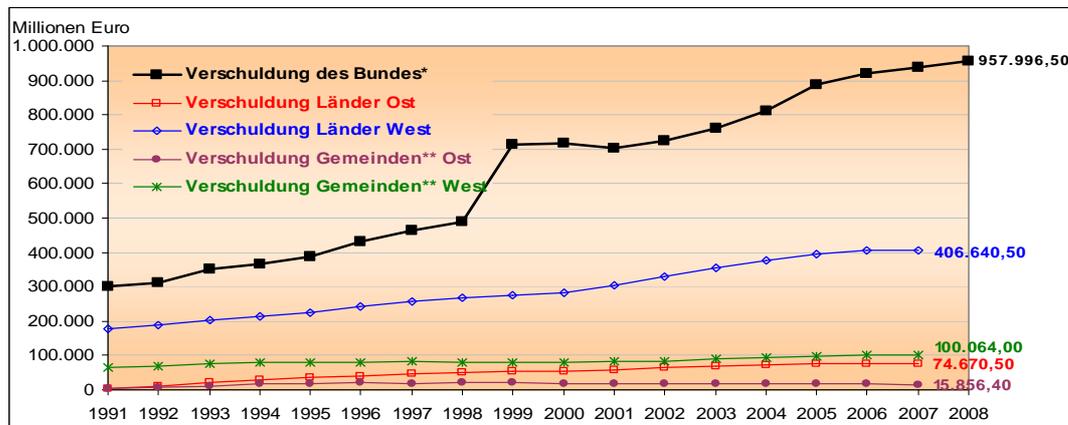
gungsniveau. Gleiches gilt für die ökologische Situation, wo der Rückstand der neuen Länder besonders gravierend war.

### Die Finanzierung des Transfers

Die Finanzierung des Vereinigungsprozesses kann entgegen den Versprechungen nicht aus den laufenden Einnahmen und in nur begrenztem Umfang aus dem Solidaritätszuschlag, der seit 1998 5,5 % der Einkommen-/Körperschaftssteuer beträgt, erfolgen. Letzterer wird seit 1991 in West- und seit 1994 auch in Ostdeutschland erhoben und bringt jährliche Einnahmen von 10 bis 13 Mrd. Euro, wovon knapp 95 % aus dem Westen (inkl. Berlin) stammen. Insgesamt nimmt der Bund hierdurch im Zeitraum von 1991 bis 2007 etwa 165 Mrd. Euro ein. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler liegen die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag zwischen 2005 und 2019 mit 189 Mrd. Euro über dem Betrag, der für den Solidarpakt II vorgesehen ist (156 Mrd. Euro). Der Solidaritätszuschlag ist letztlich eine verschleierte Steuererhöhung.

Der größte Teil der Ausgaben des Bundes für Transfers wird über die allgemeinen Steuern und eine zunehmende Verschuldung finanziert.

**Schaubild 68: Verschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden**



\* Ab Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds "Steinkohleneinsatz"; ab Januar 2005 der Schulden des Fonds "Deutsche Einheit" durch den Bund.

\*\* Einschl. Zweckverbände, ohne Krankenhäuser.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Neben den Steuereinnahmen und der Verschuldung wurden und werden weiterhin die Vereinigungskosten über die Sozialversicherungskassen finanziert, die allerdings auch beträchtliche Bundeszuschüsse erhalten. Mehr als die Hälfte der jährlichen Nettotransfers fließt seit Beginn der Wiedervereinigung jährlich in den sozialen Bereich.

Der Hauptfinanzier der Vereinigung sind sowohl aufgrund ihrer Anzahl als auch ihrer relativen Belastung die oberen mittleren Einkommensklassen zwischen 3.500 und 6.500 Euro Bruttomonatseinkommen. Bei ihnen belaufen sich durch vereinigungsbedingte höhere Steuern, den Solidaritätsbeitrag und höhere Beiträge zu den Sozialversicherungskassen die monatlichen Vereinigungskosten auf einen dreistelligen Euro-Betrag.

<b>Beitrag der Steuerpflichtigen zum Steueraufkommen 2007<sup>1</sup></b>					
<b>obere ... v.H. der Steuer- Pflichtigen<sup>2</sup></b>	<b>Einkünfte ab ... €</b>	<b>Kumulierter Anteil in v.H.</b>			
		<b>an der Einkommen- Steuer<sup>3</sup></b>	<b>am Gesamt- Betrag der Einkünfte</b>	<b>am zu Versteuernden Einkommen</b>	<b>am verfügba- ren Einkommen<sup>4</sup></b>
5	84.300	40,3	24,6	25,6	20,8
10	64.500	53,1	35,5	36,8	30,7
15	54.000	62,3	44,3	46,0	39,0
20	47.000	69,6	51,9	53,8	46,3
25	41.600	75,6	58,5	60,5	52,7
30	37.250	80,6	64,4	66,5	58,5
35	33.700	84,8	69,7	71,9	63,9
40	30.650	88,3	74,5	76,7	68,8
45	27.900	91,3	78,9	81,0	73,4
50	25.250	93,8	82,9	84,9	77,6
<b>untere ... v.H. der Steuer- pflichtigen<sup>2</sup></b>	<b>Einkünfte bis ... €</b>	<b>Kumulierter Anteil in v.H.</b>			
		<b>an der Einkommen- Steuer<sup>3</sup></b>	<b>am Gesamt- Betrag der Einkünfte</b>	<b>am zu Versteuernden Einkommen</b>	<b>am verfügba- ren Einkommen<sup>4</sup></b>
20	8.200	0,3	2,1	1,5	4,1
25	10.850	0,5	3,6	2,6	6,2
30	13.800	0,8	5,4	4,1	8,7
35	16.700	1,5	7,7	6,2	11,6
40	19.600	2,7	10,4	8,7	14,8
45	22.550	4,2	13,6	11,6	18,5
50	25.250	6,2	17,1	15,1	22,4

<sup>1</sup> Ergebnis einer Fortschreibung der Einkommensteuer-Stichprobe; gezählt werden nur Steuerpflichtige mit positivem GDE. <sup>2</sup> Zusammen veranlagte Ehepaare rechnen als ein Steuerpflichtiger. <sup>3</sup> Einkommensteuer ggf. nach Abzug des Kindergeldes. <sup>4</sup> Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit zuzüglich sonstige Einkünfte, Lohnersatzleistungen und Kindergeld abzüglich Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Vorsorgeaufwendungen (Sozialabgaben und sonstige Versicherungsleistungen). Quelle: BMF

Die sich hartnäckig in der veröffentlichten Meinung haltende Legende von der Umverteilung von unten nach oben lässt sich anhand der Aufschlüsselung der Einkommensteueranteile nicht belegen, im Gegenteil: Die Hauptsteuerlast tragen die oberen Einkommensbezieher. Die oberen 5 % der Steuerpflichtigen, die Bruttoeinkommen von über 84.300 Euro erzielen, tragen mit 40,3 % zum Aufkommen der direkten Steuern bei. Ihr Anteil an den verfügbaren Einkommen erreicht dagegen nur knapp 21 %. Die untere Hälfte der Einkommensbezieher (Bruttoeinkommen bis 25.250 Euro) erreicht dagegen bei der Einkommensteuer nur einen Anteil von 6,2 %, an den verfügbaren Einkommen jedoch von 22,4 %. Die Umverteilungsrichtung geht zweifelsohne von oben nach unten.

Bei den Sozialbeiträgen fällt der Umverteilungsgrad geringer aus. Gleichwohl zahlen auch hier die höheren Einkommen den Hauptanteil der Beiträge für die

Sozialkassen. Das obere Einkommensdrittel, das etwa drei Viertel der Einkommensteuer aufbringen muss, zahlt mehr als die Hälfte der Sozialabgaben. Von den gesamten monetären Transfers (Steuern und Sozialbeiträge) profitieren die untersten vier Dezile. Sie erzielen alle einen positiven Transfersaldo. Ab dem 5. Dezil wird mehr gezahlt als eingenommen. Die Belastung der Markteinkommen steigt von 13,7 % (5. Dezil) bis auf 42,4 % (10. Dezil).<sup>254</sup> Die oberen Einkommensdezile zahlen also nicht nur für die unteren, sondern auch den Löwenanteil der über Steuern und Sozialbeiträge finanzierten West-Ost-Transfers.

## Literatur

- Adler 1997 = Frank Adler: Früher sozialistischer Leiter oder politischer Funktionär, heute ...? In: Hradil/Pankoke 1997
- Ammermüller 2005 = Andreas Ammermüller/Andrea Weber/Peter Westerheide: Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens. Abschlussbericht zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung, Mannheim 2005
- Anweiler 1988: Oskar Anweiler: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen 1988
- Arnhold 2009 = Madlin Arnhold: Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft, in: ifo Dresden berichtet 1/2009, S. 28 ff.
- Bastian 1994 = Uwe Bastian: Auf zum letzten Gefecht ... Dokumentation über Vorbereitungen des MfS auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, Nr. 9/1994, Berlin 1994
- Bedau u.a. 1993 = Klaus-Dietrich Bedau u.a.: Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 nach Haushaltsgruppen und Einkommensgrößenklassen auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin 1993
- Behrens 2007 = Hermann Behrens: Rückblicke auf den Umweltschutz in der DDR nach 1990, in: Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e.V. (Hg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte – Band 1: Politische und umweltrechtliche Rahmenbedingungen, München 2007
- Beleites 1999 = Michael Beleites: Konspirative Abschirmung der Umweltschäden durch die SED-Führung und das Ministerium für Staatssicherheit und die Versuche zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 2, Frankfurt/Main 1999, S. 1585 ff.
- Binder/Schwengler 2006 = Jan Binder/Barbara Schwengler: Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze, IAB-Discussionpaper Nr: 4/2006

- Birkel 2004 = Christoph Birkel: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensungleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden, Halle 2004
- Blum 2007 = Ulrich Blum: Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands, in: *Wirtschaft im Wandel* 4/2007, S. 109 ff.
- Blum 2008 = Ulrich Blum: Are there Free Lunches in East Germany? In: *Empirische Makroökonomik für Deutschland: Analysen, Prognosen, Politikberatung*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Udo Ludwig, hrsg. von U. Blum, D. Dietrich, A. Lindner, Institute for Economic Research Series No. 28, S. 61 ff., Baden-Baden 2008
- Blum/Scharfe 2002 = Ulrich Blum/U. Scharfe/S. Scharfe: Die Transformation in Ostdeutschland als entwicklungsökonomisches Phänomen, *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Vol. 28, 4 (348 – 369) 2002
- BMF 2006 = Bundesministerium der Finanzen (BMF): Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Berlin 2006
- Bogai/Hirschenauer 2008 = Dieter Bogai/Franziska Hirschenauer: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland, *ifo Dresden* 4/2008
- Brenke 2006 = Karl Brenke: Zunehmende regionale Einkommensunterschiede in Deutschland, aber starke Ausgleichswirkungen durch Pendlereinkommen und Sozialtransfers, in: *DIW Wochenbericht* 11/2006
- Buck 1996 = Hansjörg F. Buck: Wohnungsversorgung, Stadtgestaltung und Stadtverfall, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): *Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren*, Opladen 1996, S. 67 ff.
- Buck 1996b = Hansjörg F. Buck: Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhard Kuhrt: *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren*, Opladen 1996, S. 223 ff.
- Buck 1999 = Hansjörg F. Buck: Umwelt- und Bodenbelastungen durch eine ökologisch nicht abgesicherte, industriemäßig organisierte Tier- und Pflanzenproduktion, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft*, Opladen 1999, S. 455 ff.

- Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung 2004 = Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung: Gesundheit in den neuen Ländern. Gesundheitliche Lage und Stand der Entwicklung des Gesundheitswesens, Berlin 2004
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1995: Bilanz und Perspektiven der ökologischen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Bonn 1995
- Bundesministerium 1999 = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Die ökologische Schadensbilanz der SED-Wirtschafts- und Umweltpolitik 1989/90, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 2, Frankfurt/Main 1999, S. 2876 ff.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1999 = Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1999: Die ökologische Schadensbilanz der SED-Wirtschafts- und Umweltpolitik 1989/90, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 3, Frankfurt/Main 1999, S. 2875 ff.
- Bundesministerium für Verkehr 2006 = Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Stadtumbau Ost - Stand und Perspektiven, Berlin 2006
- Busch 2002 = Hasso Busch: Diese Politiker wollten keine Wiedervereinigung, [www.deutsche-landwirte.de/090402e.htm](http://www.deutsche-landwirte.de/090402e.htm)
- Busse 2005 = Tanja Busse: Die Landwirtschaft. Erfolgreiche Transformation der Produktionsgenossenschaften bei Verlust der meisten Arbeitsplätze, in: Hannes Bahrmann/Christoph Links (Hg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit - eine Zwischenbilanz, Berlin 2005
- BvS 2003 = Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hg.): „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“. Ein Rückblick auf dreizehn Jahre Arbeit der Treuhand-Anstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003
- Datenkarte Deutschland 2008 = Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Datenkarte Deutschland 2008
- Datenreport 2001 = Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2001, Bonn 2001
- Datenreport 2004 = Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/datrep04gesch.pdf>
- Datenreport 2008 = Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008, Bonn 2008

- Deutz-Schroeder/Staad 1994 = Monika Deutz-Schroeder/Jochen Staad (Hg.):  
Teurer Genosse! Briefe an Erich Honecker, Berlin 1994
- Deutz-Schroeder/Schroeder 2008 = Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder:  
Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein  
Ost-West-Vergleich, München/Stamsried 2008
- Eisenfeld 2000 = Peter Eisenfeld, Zehn Jahre nach dem Mauerfall, in Deutsch-  
land Archiv, 1,2000, S. 68ff.
- Eltges 2006 = Markus Eltges: Fiskalische Ausgleichssysteme und gleichwertige  
Lebensverhältnisse, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/7  
2006
- Ewald 2008 = Uwe Ewald: Kriminalpolitik im institutionellen System der DDR, in:  
Hans-Jürgen Langer (Hg.): Kriminalpolitik, Wiesbaden 2008
- Faik 1997 = Jürgen Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ost-  
deutschland seit 1990, in: Wolfgang Glatzer/Gerhard Kleinhens (Hg.):  
Wohlstand für alle? Opladen 1997, S. 179 ff.
- Felber 2005 = Werner Felber: Suizidstatistik. Aktuelle statistisch-  
epidemiologische Daten mit Kommentaren, TU Dresden 2005
- Frerich/Frey 1993 = Johannes Frerich/Martin Frey: Handbuch der Geschichte  
der Sozialpolitik in Deutschland, Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen  
Demokratischen Republik, München u.a. 1993
- Fritz 1997 = Wolfgang Fritz: Die amtliche Erwerbstätigenstatistik in der DDR, in:  
Historical Social Research No. 3/4 1997, S. 300 ff.
- Fuchs u.a. 1991 = Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann/Carolin Schöbel: Per-  
spektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland. Eine empiri-  
sche Studie, in: APuZ Nr. B 32/1991, S. 35 ff.
- Geisler 1996 = H. Geisler: Gesundheitswesen, in: Rainer Eppelmann/H. Möl-  
ler/Günter Nooke/D. Wilms (Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das  
Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Repub-  
lik, Paderborn u.a. 1996
- Geisler 1999 = Hans Geisler: Die Umgestaltung der Arbeits- und Sozialordnung  
und deren Wirkungen in den neuen Bundesländern, in: Enquete-  
Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der  
deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 1,  
Frankfurt/Main 1999, S. 320 ff.
- Geisler 2002 = Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 2002
- Gelfert 2005 = Hans-Dieter Gelfert: Was ist Deutsch? Wie die Deutschen wur-  
den, was sie sind, München 2005

- Genett 2005 = Timm Genett: Die Rentenfragen in den neuen Ländern 15 Jahre nach der Sozialunion, in: Deutschlandarchiv Nr. 3/2005
- Gerhard 2004 = Sebastian Gerhardt: Die Währungsunion und die Entstehung der Treuhand-Anstalt - Anmerkungen zur politischen Ökonomie des neuen Deutschland, in: Stefan Bollinger (Hg.): Das letzte Jahr der DDR, Berlin 2004, S. 447
- Glatzer 2008 = Wolfgang Glatzer u.a.: Einstellungen zum Reichtum. Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit in ihrer gesellschaftlichen Konsequenz in Deutschland, Manuskript, Frankfurt/Main 2008
- Golle 2002 = Hermann Golle: „Das Knowhow, das aus dem Osten kam.“ Wie das westdeutsche Wirtschaftswunder von der SED-Politik profitierte, Hohenheim 2002
- Granato/Niebuhr 2009 = Adia Granato/Annekatrien Niebuhr: Arbeitskräftewanderungen nach Qualifikation. Verluste in Ostdeutschland gehen zurück, in: IAB-Kurzbericht Nr. 7/2009
- Grashoff 2004 = Udo Grashoff: Selbsttötungen in der DDR. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit, Magdeburg 2004
- Grashoff 2006 = Udo Grashoff: „In einem Anfall von Depression ...“. Selbsttötungen in der DDR, Berlin 2006
- Grosser 1998 = Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998
- Grosser 2003 = Dieter Grosser: Treuhandanstalt, in: Uwe Andersen/Wichert Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003
- Gürtler 1990 = Joachim Gürtler/Wolfgang Ruppert/Kurt Vogler-Ludwig: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, München 1990
- Gutmann/Buck 1996 = Gernot Gutmann/Hansjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft in der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Band 2: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 7 ff.
- Hacker 1992 = Jens Hacker: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Frankfurt/Main 1992

- Härtel/Kabus 2001 = Christian Härtel/Petra Kabus (Hg.): Das Westpaket, Berlin 2001
- Hauser 1996 = Richard Hauser u.a.: Ungleichheit und Sozialpolitik, Opladen 1996
- Heering 2001 = Walter Heering: Bundesrepublik und DDR als „Sozialstaaten“. Vom Mythos der „sozialen Errungenschaften“ der DDR, in: Peter März (Hg.): Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven, München 2001, S. 139 ff.
- Heering/Schroeder 1995 = Walter Heering/Klaus Schroeder: Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995
- Heide/Lautsch 1991 = Frank von der Heide/Erwin Lautsch: Entwicklung der Straftaten und der Aufklärungsquote in der DDR von 1985 bis 1989, in: Neue Justiz 1/1991, S. 11 ff.
- Heinisch 1999 = Emanuel Heinisch: Konspirative Abschirmung der Umweltschäden durch die SED-Führung und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – Versuche zur Herstellung von Öffentlichkeit, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 1, Frankfurt/Main 1999, S. 1623 ff.
- Hentrich 2000 = Steffen Hentrich/Walter Komar/Martin Weisheimer: Umweltschutz in den neuen Bundesländern. Bilanz im zehnten Jahr deutscher Einheit. Diskussionspapiere des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Halle 2000
- Hertle 1999 = Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, 2. durchgesehene Auflage, Opladen 1999
- Hockerts 1999 = Hans Hockerts: Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 1, Frankfurt/Main 1999, S. 544 ff.
- Hradil/Pankoke 1997 = Hradil, Stefan/Pankoke, Eckart (Hg.): Aufstieg für alle? Opladen 1997
- Hübner 1998 = Peter Hübner: Benzenberg im Osten. Eine Anmerkung zur Diskussion um die Statistik der DDR, in: Historical Social Research No. 3/1998, S. 158

- Institut der Deutschen Wirtschaft 2009 = Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Standort Deutschland. Ein internationaler Vergleich, Köln 2009
- Institut für Mittelstandsforschung Bonn 1999 = Eigentums- und Vermögensstrukturen in den neuen Bundesländern, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 2, Frankfurt/Main 1999, S. 1792 ff.
- Jacobi/Hoyer 2004 = Frank Jacobi/Jürgen Hoyer: Seelische Gesundheit in Ost und West: Sind psychische Störungen in den neuen Bundesländern häufiger? Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie, Nr. 33, S. 251-260
- Jahresbericht 2003 = Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2003
- Jahresbericht 2005 = Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2005
- Jahresbericht 2008 = Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008
- Jakszentis/Hilpert 2005 = Anja Jakszentis/Ulrich Hilpert: Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich, Frankfurt/Main 2005
- Jansen/Kümmerling/Lehndorff 2009 = Andreas Jansen/Angelika Kümmerling/Steffen Lehndorff: Unterschiede in den Beschäftigungs- und Arbeitszeitstrukturen in Ost- und Westdeutschland, IAQ-Report Nr. 03/2009
- Jürigs 1997 = Michael Jürigs: Die Treuhändler. Wie Helden unter Lumpen die DDR verkauften, München/Leipzig 1997
- Kallinich/Pasquale 2002 = Joachim Kallinich/Sylvia D. Pasquale (Hg.): Ein offenes Geheimnis. Post- und Telefonkontrolle in der DDR, Berlin 2002
- Karlsch 1999 = Rainer Karlsch: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 2, Frankfurt/Main 1999, S. 1500 ff.
- Klinkert 1999 = Ulrich Klinkert: Kommentar zu den ökologischen Hinterlassenschaften der DDR vor der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 1, Frankfurt/Main 1999, S. 619 ff.

- Knieps 1990 = F. Knieps: Das Gesundheitswesen und die Krankenversicherung im beigetretenen Teil Deutschlands, in: Arbeit und Sozialpolitik Nr. 11-12/1990, S. 392 ff.
- Kollmorgen 2005 = Raj Kollmorgen: Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005
- Komar 1993 = Walter Komar u.a.: Ursachen für das Versagen des Umweltschutzes in der DDR, Köln 1993
- Kohnert 1999 = Monika Kohnert: Pflege und Umgang mit Behinderten in der DDR, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 2, Frankfurt/Main 1999, S. 1726 ff.
- Koller 2004 = Martin Koller: 15 Jahre nach dem Fall der Mauer: Einkommen und Finanzkraft in Deutschland, Nürnberg 2004
- Kowalczuk 2009 = Ilko-Sascha Kowalczuk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009
- Kraus u.a. 2001 = L. Kraus u.a.: Der Einfluss regionaler Unterschiede im Trinkstil auf riskantem Konsum, exzessives Trinken, Missbrauch und Abhängigkeit, Stuttgart u.a. 2001
- Kröhnert/Olst/Klingholz 2005 = Steffen Kröhnert/Nienke van Olst/Reiner Klingholz: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation, Köln 2005
- Kröhnert/Hoßman/Klingholz 2008 = Steffen Kröhnert/Iris Hoßmann/Reiner Klingholz: Die demographische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern, München 2008
- Kroh 2008 = Martin Kroh: Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche ticken postmaterialistisch, in: DIW-Wochenbericht Nr. 24/2008, S. 480 ff.
- Kurth 2009 = Patrick Kurth: Mentalitäten und Einstellungen der Jugendlichen in den neuen Bundesländern, in: Phillipp Rösler/Christian Lindner (Hg.): Freiheit: Gefühlt – gedacht – gelebt, Wiesbaden 2009, S. 191 ff.
- Kusch u.a. 1991 = Günter Kusch/Rolf Montag/Günter Specht/Konrad Wetzker: Schlussbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991
- Lehmann/Ludwig/Ragnitz 2005 = Harald Lehmann/Udo Ludwig/Joachim Ragnitz: Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, Halle (Saale) 2005

- Leßmann 2005 = Christian Leßmann: Regionale Disparitäten in Deutschland und ausgesuchten OECD-Staaten im Vergleich, in: ifo Dresden Nr. 3/2005, S. 25ff.
- Lippe 1995 = Peter von der Lippe: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II/3, Frankfurt/Main 1995, S. 1973 ff.
- Lippe 2008 = Peter Michael von der Lippe: Über einige Formen des Missbrauchs von Statistik (Beispiele, Abgrenzung, Bewertung). Vortrag, Marburg 2008
- Manz 1992 = Günter Manz: Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumptionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992
- Merkel/Wahl 1991 = Wilma Merkel/Stefanie Wahl: Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949-1989, Bonn-Bad Godesberg 1991
- Mittelbach 2005 = Hans Mittelbach: Entwicklung und Umbrüche der Einkommens- und Vermögensverteilung in Ostdeutschland vor und nach der deutschen Vereinigung (1970-1994), Regensburg 2005
- Mitter/Wolle 1990 = Armin Mitter/Stephan Wolle (Hg.): Ich liebe Euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990
- Müller 2000 = Susanne Müller: Von der Mangelwirtschaft zur Marktwirtschaft. Analyse der Konsumbedingungen und des Konsumverhaltens in der DDR, Berlin 2000
- Müller 2005: Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005
- Nève 1995 = Dorothee de Nève: Die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Reaktionen in der DDR, Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, Nr. 15/1995, Berlin 1995
- Noll/Weick 2000 = Heinz-Herbst Noll/Stefan Weick: Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität. Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit, in: ISI 23, S. 1 ff.
- Paraskewopoulos 1999 = Spiridon Paraskewopoulos: Die systematische Demontage des Mittelstandes in der DDR und die sich daraus ergebenden Gegenwartsprobleme, in: in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 1, Frankfurt/Main 1999, S. 16 ff.

- Pflugbeil 1999 = Sebastian Pflugbeil: Die Umweltzerstörung und die ökologischen Folgen der Rohstoff- und Energiewirtschaft der DDR, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 1, Frankfurt/Main 1999, S. 557 ff.
- Ragnitz 2007 = Joachim Ragnitz: Gibt es in Ostdeutschland eine Unternehmenslücke? Halle 2007
- Przybylski 1991 = Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991
- Przybylski 1992 = Peter Przybylski: Tatort Politbüro, Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992
- Ragnitz 2008 = Joachim Ragnitz: „Überholen ohne einzuholen“. Die Planbarkeit von Kreativität und das Scheitern der Planwirtschaft, Manuskript, Dresden 2008
- Ragnitz 2008b = Joachim Ragnitz: Herausforderungen für die Finanzpolitik: Förderalismusreform II, Solidarpakt II, Verschuldung, Demographie, Vortrag vor dem Gesprächskreis „Neue Länder“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 26. Oktober 2008 in Caddenabia
- Ranieri 1999 = Filippo Ranieri: Die Rückkehr des Privateigentums in die frühere DDR. die deutsche Justiz zwischen Rechtsgeschichte, Rechtsdogmatik und Rechtspolitik, in: Ulrich Falk und Gert Bender (Hg.) : Die Rückkehr des Privatrechts, 1999, S.189 ff
- Raschka 1997 = „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik“. Zur Zahl politischer Häftlinge während der Amtszeit Honeckers (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts 11), Dresden 1997
- Ritter 2006 = Gerhard Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates, München 2006
- Röhl 2009 = Klaus-Heiner Röhl: Strukturelle Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft, in: IWD-Trends Nr. 1/2009
- Roos 2004 = Michael Roos: Einkommensunterschiede im vereinten Deutschland: Nominal versus real, in: Universität Dortmund, Wirtschaftstheoretische Beiträge Nr. 4/2004
- Schneider 1996 = Gernot Schneider: Lebensstandard und Versorgungslage, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): Am Ende des realen Sozialismus (II). Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 111 ff.

- Schneider/Schwarzer 1999 = Jürgen Schneider/Oskar Schwarzer: Eigentums- und Vermögensstruktur in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der Eigentums- und Vermögensstruktur der ehemaligen SBZ/DDR, in: in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (Hg.): Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik III, 2, Frankfurt/Main 1999, S. 1924 ff.
- Schnitzlein/Bruckmeier 2008 = Daniel Schnitzlein/Kerstin Bruckmeier: Ausgleichspolitische Bedeutung der Sozialversicherungssysteme. Enbericht eines Projektes im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumentwicklung, Nürnberg 2008
- Schroeder 1994 = Klaus Schroeder: Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994
- Schroeder/Staadt 1994 = Klaus Schroeder/Jochen Stadt: Der diskrete Charme des Status quo: DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik, in: Schroeder 1994, S. 309 ff.
- Schroeder 1996 = Klaus Schroeder: Dr Kampf um den Sozialstaat, Politische Bildung Heft 4/1996
- Schroeder 1998 = Klaus Schroeder (unter Mitarbeit von Steffen Alisch): Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998
- Schroeder 2004 = Klaus Schroeder: Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn 2004
- Schroeder 2006 = Klaus Schroeder: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München/Stamsried 2006
- Schroeder 2008 = Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München/Stamsried 2008
- Schröder 2007 = Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg im Breisgau 2007
- Schröder 2008 = Christoph Schröder: Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland, IW-Trends Nr. 1/2009
- Schürer 1999 = Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Eberhart Kuhrt (Hg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, Opladen 1999, S. 61 ff.
- Schwarzer 1995 = Oskar Schwarzer: Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945 bis 1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Nr. 2/1995, Berlin 1995

- Schwarzer 1999 = Oskar Schwarzer: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945-1989), Stuttgart 1999
- Seibel 2005 = Wolfgang Seibel: Verwaltete Illusion. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990 - 2000, Frankfurt, New York 2005
- Sinn/Sinn 1991 = Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991
- Sinn 2005 = Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten, Berlin 2005
- Solga 1995 = Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995
- Solga u.a. 1999 = Solga, Heike/Diewald, Martin/Goedicke, Anne: Ostdeutsche Erwerbsverläufe nach 1989: Die Verwertbarkeit individueller Handlungsressourcen, Vortragsmanuskript, Berlin 1999
- Sozialreport 1990 = Berger, Horst (Red.); Boldt, Helmut (Red.); Priller, Eckhard (Red.); Trettin, Rudolf (Red.). Sozialreport Ost-Berlin 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage, Berlin 1990
- Sozialreport 1992 = Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Gesamtedaktion: Gunnar Winkler, Berlin 1993
- Staat 1996 = Jochen Staat: Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin Nr. 24/1996, Berlin 1996
- Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR) 1998, 2003 und 2006
- Statistisches Bundesamt 1998: Statistisches Bundesamt: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1998
- Statistisches Bundesamt 2003: Statistisches Bundesamt: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 2003
- Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Reihe 2: Wirtschaftsrechnungen 2002/2007
- Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Heft 1: Wirtschaftsrechnungen 2008
- Steinbicker 2003 = Volker Steinbicker: Fehlbildungen bei Säuglingen im Raum Magdeburg, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Tschernobyl und die DDR: Fakten und Verschleierungen – Auswirkungen bis heute? Magdeburg 2003

- Steiner 2004 = André Steiner: Vom Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004
- Thayßen 2000a = Uwe Thayßen (Hg.): Der zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Band 3: Neuer Machtkampf, Wiesbaden 2000
- Thayßen 2000b = Uwe Thayßen (Hg.): Der zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Band 5: Dokumente, Wiesbaden 2000
- Unverhau/Gries 1999 = Dagmar Unverhau/Sabine Gries:
- Vogel 1999 = Bertholt Vogel: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, in: Sofi-Mitteilungen Nr. 27/1999
- Waibl o.J. = Harry Waibl: Die manipulierte Statistik über jugendliche Kriminelle in der DDR, Manuskript o.J.
- Waldermann 2007 = Anselm Waldermann: Panikmache mit zweifelhaft interpretierten Zahlen, in: Spiegel online vom 24. September 2007: Zugriff: 6.4.2009, 11.30 Uhr
- Wendt 2009 = Alexander Wendt: Ein Paralleluniversum namens DDR. Jeder zweite Deutsche wünscht sich das DDR-Gesundheitssystem zurück, sagt eine Umfrage. Dabei war dieses 1989 so marode wie der ganze Staat, in: Fokus online vom 31.3.2009, Zugriff: 6.4.2009, 12.50 Uhr
- Wolle 1998 = Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1978-1989, Berlin 1998
- Zahlenspiegel 1988 = Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik – ein Vergleich, Bonn 1988
- Zschiesche 2003 = Michael Zschiesche: Umweltschutz in Ostdeutschland – Versuch über ein schnell verschwundenes Thema, in: APuZ Nr. 27/2003, S. 33 ff.